Antifaschistisches info Blatt

Nr. 108 | Herbst 2015 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR

AUFSTAND DER WUTBÜRGER



www.antifainfoblatt.de

12



Ein wenig mehr als Feuerwehr

Während in Sachsen fast täglich der rassistische Mob wütet und Asylunterkünfte angegriffen werden sucht die in der Fläche nur schwach vertretene antirassistische und antifaschistische Linke nach Möglichkeiten effektiver Interventionen.

26



Foto: strassenstriche.net (CC BY-NC 2.0)

„Manneszucht" in Leipzig

Die PEGIDA-Bewegung ging von Anbeginn einher mit Aufschwung und Politisierung des „Hooliganismus". Besonders handgreiflich ist das in Leipzig zu sehen. Die Organisatoren wissen um die Bedeutung der gewaltbereiten, vor allem aber mobilisierungsstarken Fußtruppen und umgarnen sie von der Bühne aus.

44

Foto: Olaf Kosinsky (CC BY-SA 3.0) via Wikimedia Commons

Die AfD nach der Wahl

Die „Alternative für Deutschland" (AfD) hat sich nach dem Essener Parteitag im Juli 2015 gespalten. Der neoliberale Flügel um Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel trat nach einem Rechtsruck aus der Partei aus und gründete die neue Partei „Allianz für Fortschritt und Aufbruch" (ALFA).

62



Rumänien: „Countering the racist discourse"

Interview mit Vicktor, einem antifaschistischen Aktivisten des Projekts CLACA in Bukarest über die Geschichte und Aktualität der extremen Rechten in Rumänien sowie Gegenaktivitäten und Themen der emanzipatorischen Linken.

Titelfoto: 22. August 2015 — Heidenau/Sachsen

TITEL

NS-SZENE

BRAUNZONE

ANTIFA

DISKUSSION

RASSISMUS

GESCHICHTE

REPRESSION

INTERVIEW

INTERNATIONAL

RUBRIKEN

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen,

die aktuellen rassistischen Mobilisierungen und Anschläge gingen selbstverständlich auch an uns nicht spurlos vorüber. Daher haben wir unseren ursprünglich geplanten Schwerpunkt „Stand des organisierten Neonazismus in Deutschland" einfach in das Ressort „NS-Szene" verschoben und den „Aufstand der Wutbürger" zum aktuellen Titelthema gemacht. Das Ressort Rezensionen fehlt in dieser Ausgabe daher ausnahmsweise vollständig. 1992 standen wir vor einer ähnlichen Entscheidung und brachten die Ausgabe Nummer 20 als „Sonderausgabe: Deutschland 1992" zweimal heraus.

Um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen damals und heute geht es auch in dem Artikel „Zwischen grenzenloser Solidarität — und mörderischem Rassismus". Wir haben uns auch erstmalig in der Geschichte des Antifaschistischen Infoblatts dazu entschieden, einen Artikel zweimal zu veröffentlichen. Der Text „Fünf Jahre nach Rostock: Ein Blick zurück im Zorn" aus dem AIB 41 (4.1997) entsprach in so vielen Punkten unseren Gefühlen und Erfahrungen in Heidenau, dass wir eine erneute Veröffentlichung für sinnvoll und geboten halten. Eine aktuelle Bewertung aus antifaschistischer Sicht bietet der Artikel „Ein wenig mehr als Feuerwehr — Antifaschistische und antirassistische Praxis in Zeiten von Freital und Heidenau".

Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) stellt in einer Presseerklärung zur aktuellen Situation zu Recht fest: „ (...) in den Medien (ist) auch derzeit von ‚Ansturm' und ‚Flüchtlingsströmen' die Rede. Nahezu ein Konsens ist die angebliche ‚Überschreitung der Belastungsgrenze'. Die hohe Zahl der Flüchtlinge erzeuge einen Staatsnotstand. Die Bilder, die damit hervorgerufen werden, sind dazu geeignet die Situation zu verschärfen und Menschen als bedrohliche Massen wahrzunehmen. Auch ist es eine unverantwortliche Verharmlosung, wenn rassistische ProtagonistInnen als ‚Asylgegner' oder ‚Asylkritiker' und rassistische Angriffe als ‚Protest' bezeichnet werden. (...) Nicht zu übersehen ist aber auch, dass sich viele Medien bemühen, einer eskalierenden rassistischen Aufladung des Diskurses entgegenzusteuern (...) Während Geflüchtete durch rassistische Agitationen bedroht werden, grenzt ihre ‚Unterbringung' an eine humanitäre Katastrophe. Mitten in einem der reichsten Länder der Welt werden Zeltstädte oder Container errichtet, aus zahlreichen Unterkünften wird berichtet, dass den Geflüchteten nicht ausreichend Nahrung, Wasser und Hygieneartikel zur Verfügung gestellt werden und die Menschenrechte auf Gesundheit und Privatsphäre außer Kraft gesetzt sind. Wer solch einen künstlichen Notstand erzeugt, ist mitverantwortlich für die Taten der rechtsterroristischen Brandstifter. (...) Statt die Rechte von Geflüchteten noch weiter einzuschränken, muss es um den wirksamen Schutz von Flüchtlingen gehen"





Rostock-Lichtenhagen 1992 und Heidenau 2015: Manche Bilder ähneln sich. Aber lassen sich die Ereignisse vergleichen?

Dem möchten wir nur folgende Headline aus der „Zeit" vom 25. August 2015 hinzufügen: „Staatsüberschuss erhöht sich auf 21 Milliarden Euro. Dank der guten Konjunktur hat der deutsche Staat im ersten Halbjahr schwarze Zahlen geschrieben. Noch nie im gleichen Zeitraum war das Plus so groß." Welche „Belastungsgrenze" also? Welcher „Staatsnotstand"? Allerdings sehen wir es auch mit diesem Titelthema nicht als unsere erste Aufgabe, den Staat an seine Aufgaben zu erinnern, sondern möchten zur linken Analyse der Situation beitragen und zu unabhängigem, und vor allem zügigem, konsequentem Handeln anregen. Über die aktuelle Verschärfung der Situation für Geflüchtete berichtet auch der Artikel „Offensiv gegen unerwünschte Migration" im Rassismus-Ressort.

In der letzten Ausgabe fragten wir in dem Artikel „Kategorie C" — auch 2015 wird rechts gerockt": „Wie lang wird es wohl dauern, bis in etwaigen Prozessen gegen rassistische Täter der Satz auftaucht: ‚Bevor wir los zogen, um Flüchtlinge anzugreifen, putschten wir uns mit Liedern von ‚Kategorie C' auf...'?" Nun wurde bekannt, dass die TäterInnen des Brandanschlages auf eine bewohnte Unterkunft im niedersächsischen Salzhemmendorf vor der Tat über YouTube Musik von RechtsRock-Bands wie „Sturmwehr", „Nordfront" und „Kategorie C" hörten. In dieser Ausgabe berichten wir über rechte Bands in der Punk- und Neofolk-Szene.

Gedenken möchten wir an dieser Stelle den neun Menschen, die am 17. Juni 2015 im US-Bundesstaat South Carolina von dem weißen Rassisten Dylann Roof in einer afroamerikanischen Kirche erschossen wurden: Tywanza Sanders, Clementa Pinckney, Sharonda Singleton, DePayne Middleton, Cynthia Hurd, Myra Thompson, Ethel Lee Lance, Daniel Simmons und Susie Jackson. •

„Yakuza“ — das neue „Thor Steinar“?



Die „Yakuza“ Mitbegründer Bertram Krause (links) und Markus Eisold (rechts).

Im Kleinstvertrieb 2004 in Bautzen von Markus Eisold und Bertram Krause unter die Leute gebracht, ist das Label „Yakuza“ heute, elf Jahre später, kaum noch aus dem Sortiment unzähliger Streetwear-Läden wegzudenken. Bereits damals erfreute sich das Label großer Beliebtheit bei Neonazis und Hooligans, vorrangig in Sachsen. Nicht nur durch ihr martialisches Design fügt sich „Yakuza“ in die Palette der Lifestyle-Klamotten, zwischen dem Cottbusser „Label 23“, „Thor Steinar“ und „Brachial“ aus Zwickau. Das Bautzner Label und deren Vertriebsstruktur weist ebenso erkennbare Bezüge in neonazistische Kreise auf.

Laut Szene-Insidern und Sicherheitsbehörden gehörte Markus „Mick Mark“ Eisold Anfang der 2000er zum Umfeld der 1993 gegründeten sächsischen „Hammerskin“-Sektion „East Saxon Hammerskins“, später „Saxon Hammerskins“, unter der Führung von Mirko Hesse, gegen die zeitweilig wegen Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung nach §129 StGB ermittelt wurde[1]. Bei einer Durchsuchung des Computers von Hesse sollen Ermittler u.a. auf ein Foto von Markus Eisold gestoßen sein. Es zeigt ihn, damals schon Tättowierer in Bautzen und bis heute hauptverantwortlich für das Design von „Yakuza“, im engen Kreise mit sächsischen „Hammerskins“. So verwunderte es die Ermittler vermutlich kaum, dass Eisold Anfang Juli 2002 zusammen mit seiner Freundin und Sandro W. aus Bautzen den inhaftierten Hesse in der JVA Dresden besuchte. Für gesteigertes Interesse dürfte jedoch gesorgt haben, dass Hesse hier u.a. äußerte, auf einen Mitarbeiter der „SOKO Rex“ des LKA Sachsen solle ein „Killerkommando“ angesetzt werden. Eisold selbst habe den Ermittlern damals nur gesagt, dass er Hesse zwei gekreuzte Hämmer, die Insignien der „Hammerskins“, tättowiert und dass er ihn auf Konzerten getroffen habe.

Teil der „Hammerskin“-Gruppe um Hesse war auch Martin Schaffrath. Schaffrath selbst ist in der Region kein unbeschriebenes Blatt: Ex-Mitglied der „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS), verurteilter „Gewalttäter Sport“ und bis 2012 NPD-Stadtrat in Stolpen. Sein Laden „The Store“ in Pirna (ehemals „Crime-Store“) soll laut Augenzeugen-Berichten auch als Rückzugs- und Sammelpunkt für Neonazis nach bzw. vor Auseinandersetzungen gedient haben. Der Laden hatte sich bis vor Kurzem vornehmlich auf den Verkauf von „Thor Steinar“-Klamotten konzentriert. Dann, zur Zeit als Markus Eisold die Umstrukturierung und Öffnung der Marke „Yakuza“ für eine breite Kundschaft beschloss, verschwand ab 2012 „Thor Steinar“ immer mehr. In Schaffraths Geschäft nahm stattdessen „Yakuza“ Einzug – nebst der in der rechten Szene beliebten Marke „Label 23“.

Auch in Berlin witterten Neonazis das boomende Geschäft um „Yakuza“, was im übrigen die Bezeichnung für Mafiastrukturen in Japan ist. Im März 2015 eröffnete Alexander Bahls, Schlagzeuger der bis 2009 aktiven Rechtsrock-Band „Spreegeschwader“, den „Herz & Seele Fashionstore“, in dessen Sortiment bisher nur „Yakuza“ zu finden ist. Model für den Laden in der Hellersdorfer Promenade ist Dennis Casper, der seit den 1990ern in verschiedenen Kameradschaften aktiv gewesen ist, unter anderem in der 2005 verbotenen „KS Tor“. Auch war er 1999 zusammen mit Alexander Bahls an einem brutalen Überfall auf Punks an der Raststätte Stolpe beteiligt. Zuletzt fiel der Pankower durch seine Teilnahme an einer Info-Veranstaltung zum diesjährigen „Tag der deutschen Zukunft Neuruppin“ auf.

Fraglich ist, ob „Mick Mark“ Eisold von all dem nicht weiß oder wissen will. Seine Vergangenheit und auch seine aktuell geknüpften geschäftlichen Kontakte mit bekannten Neonazis sind jedenfalls ausschlaggebend, um „Yakuza“ als rechts-offen bezeichnen zu können. Wie sonst konnte Tomáš Marek aus Plzen, Bassist der Rechtsrock-Band „Conflict 88“, offizieller Weiterverkäufer des Labels in Tschechien werden? Zu erwarten ist, dass den Fragen nur schwammige Antworten und den Fakten nur halbherzige Erläuterungen seitens „Yakuza“ folgen werden. Das „Outlaw“-Image verkauft sich eben zu gut, allein der Brückenschlag zwischen Neonazis und Otto-Normal-Verbrauchern verlief erfolgreicher als bei „Thor Steinar“.

Das wird es Antifaschist_innen in Zukunft erschweren, die Spreu vom Weizen zu trennen, Anhaltspunkte für eine Debatte gibt es dafür allerdings reichlich. •

1 Vgl. AIB Nr. 57 / 3.2002: „Razzia bei sächsischen Hammerskins“

Das LfV Sachsen und die AfD – Eine Liebesbeziehung?

■ Als im vergangenen Jahr die Mitgliederdaten der Alternative für Deutschland (AfD) von Aktivist_innen des österreichischen Ablegers von Anonymous im Internet geleakt wurden, war die Aufregung in der AfD groß. Was bereits in Einzelfällen bekannt war, wurde nun in aller Öffentlichkeit deutlich: Einschlägig bekannte Neonazis hatten ihren Platz in der Partei gefunden. Das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz hielt dennoch an seiner Einschätzung fest, die Partei sei, einschließlich ihres Rechtsaußenflügels „Patriotische Plattform", „nicht extremistisch". Nach dem Hack nun diktierte ein „Geheimer" der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit" die Einschätzung, „die Antifa" und „Anhänger der linken Szene" würden nunmehr eine Hatz auf Mitglieder der Partei beginnen. Belege gab es dafür nicht. Im Landesverfassungsschutzbericht 2014 wird die Veröffentlichung der Mitgliederlisten inzwischen als „linksextremistische" Outingkampagne bezeichnet, die „Teil des Kampfes" sei, „bei dem eine demokratisch gewählte Partei in ihrer politischen Betätigung behindert werden soll."

Die Inschutznahme der AfD durch den sächsischen Verfassungsschutz mag Antifaschist_innen nicht weiter verwundern. Für Überraschung sorgte jüngst jedoch ein auf den Hacks basierender Rechercheerfolg. Denn unter den internen Daten der Partei taucht die Personalie Hendrik Seidel auf. Der 48-jährige Seidel, gelernter Instandhaltungsmechaniker und derzeit stellvertretender Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Mittelsachsen, teilt auf seiner privaten Facebook-Seite schon mal Inhalte der extrem rechten Leipziger „Bürgerinitiative Gohlis sagt Nein" und kommentiert sie mit „sehr gut". Nach Recherchen lokaler Antifaschist_innen musste selbst das LfV zugeben, dass es sich dabei um eine Tarn- und Vorfeldorganisation der NPD handelt.

Mit dem Versuch sich als Sicherheitsexperte zu profilieren versuchte Seidel innerhalb der sächsischen AfD Karriere zu machen. 2014 bewarb er sich für ein Listenplatz im Sächsischen Landtag wörtlich mit seiner „Erfahrung im innerbehördlichen Ablauf" und mit seiner Aussagefähigkeit „zur Sicherheitsarchitektur in Sachsen". Laut geleakter Bewerbung sei er 1994 ins sächsische Innenministerium geholt worden um wenig später Verwaltungsbeamter zu werden. Als solcher sei er mit „mehrere[n] Aufgaben in Bezug auf Innere Sicherheit mit Schwerpunkt Extremismus" vertraut gewesen, unter anderem mit dem Verfassen „entsprechender Analysen". Die für solche Aufgaben zuständige Behörde des Innenministeriums ist das LfV in Dresden. Dazu passt, dass in den Metadaten von Seidels parteiinterner Bewerbung als Urheber „lfv23011" eingetragen steht.

Dem LfV muss die Personalie bekannt gewesen sein. Denn seine Sachkenntnisse ließ Seidel öffentlich einfließen in die „Arbeitsgemeinschaft innere Sicherheit", die mit Vorarbeiten für das rechte Wahlprogramm der sächsischen AfD befasst war. An den sogenannten Programm-Thesen, die für eine harte Law-and-Order Politik sprechen, war nicht nur Hendrik Seidel beteiligt, dessen Name das Deckblatt trägt. Auch Sebastian Wippel, seines Zeichens Polizist, Mitbegründer der Patriotischen Plattform und späterer AfD-Landtagsabgeordneter, schrieb daran mit. Die Thesen stießen außerhalb der Partei auf vehemente Kritik und auch das LfV nahm die Programmatik der AfD zur Kenntnis. Das Leipziger Radio Mephisto zitierte einen Behördensprecher mit der Einschätzung, die vorliegenden Schriften seien in Teilen verfassungsfeindlich.

Bisher hat sich das Innenministerium nicht zu den Spekulationen geäußert, es teilte jedoch im Rahmen einer kleinen Anfrage mit, dass keine dahingehende „Gefährdungsanalyse" erstellt wurde. Dass die „Gefahr" dennoch erkannt wurde könnte erklären, warum das LfV an der „extremismustheoretisch gesättigten Kriminalisierung der Leaks ein ebenso großes Interesse entwickelte wie die AfD", kritisiert das ausführlich über den Fall berichtende Webportal Leipzig. •

C18-Waffendeal?

■ Wie die Autonome Antifa Freiburg in einem Communiqué vom 28. Juli 2015 veröffentlichte, plante der Kasseler Neonazi Michel Fr. im Juni 2015 zwei halbautomatische Pistolen samt zugehöriger Munition an Alexander Go. zu verkaufen. Beide kennen sich seit Jahren und gehören zum Netzwerk von „Combat 18" in Deutschland. Mindestens eine der Waffen wollte Alexander Go. demnach mit einem Aufschlag von 100 Euro für 1.700 Euro in Neonazikreisen weiterverkaufen. Michel Fr. trägt auf seiner Brust ein Tattoo, welches einen schießenden Soldaten mit dem Leitspruch von „Combat 18" zeigt: „Mögen sie mich hassen, solange sie mich fürchten". Auf seinem Bauch steht groß eintätowiert „Sturm 18", der Name einer Kasseler Kameradschaft, deren Gründungsmitglied Michel Fr. war.

Seit seiner Jugend ist Michel Fr. als Hooligan und rassistischer Gewalttäter bekannt. Im Sommer 2012 wurde er wegen seiner Mitgliedschaft bei den „Bandidos" Kassel in der Presse als Bindeglied zwischen Neonaziszene und organisierter Kriminalität dargestellt. Er soll am 18. März 2006 als Mitglied der „Streetfighting Crew" der Dortmunder „Combat 18"-Band „Oidoxie" für die Security bei einem RechtsRock Konzert verantwortlich gewesen sein.

Er meinte sich zu erinnern, Uwe Mundlos möglicherweise bei diesem Konzert in Kassel gesehen zu haben. •

Aus aktuellem Anlaß (Dresden-Heidenau) und
anläßlich der Jahrestage des Pogroms in Rostock Lichtenhagen
dokumentieren wir diesen Text aus dem AIB Nr. 41 (4/1997)

Fünf Jahre nach Rostock:

Ein Blick zurück im Zorn

Fünf Jahre nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen ist ein Blick zurück nötig. Der Verfasser dieser Zeilen gesteht, dass dieser Rückblick nur sehr persönlich ausfallen kann. Das Wesentliche ist bereits gesagt: Das Ausmaß dieses inszenierten Pogroms, dieses politisch gewollten Angriffs auf eine wehrlose Minderheit, ist längst beschrieben, der Skandal nicht zuletzt im AIB 20a (November/ Dezember 1992) und dem Film „The trues lies in Rostock" ausführlich dokumentiert.

Eines ließen die hektischen Wochen seinerzeit nicht zu: kritisch zu betrachten, wie die radikale Linke sich verhielt, den eigenen Anteil und das eigene Versagen völlig zu begreifen. Denn sofern man von einzelnen Ereignissen spricht, war das Pogrom sicherlich eine der bedeutendsten Niederlagen der deutschen Linken nach 1945. Unmittelbar nachdem am Sonntag, dem 23. August 1992, die ersten Übergriffe vom Vorabend bekannt geworden waren, machten sich in verschiedenen Städten Norddeutschlands und in Berlin dutzende von Leuten auf den Weg nach Rostock. Ihre Absicht war, nach den Erfahrungen des vergangenen Jahres — den Angriffen in Hoyerswerda, Mannheim und anderswo — weitere Pogrome zu verhindern.

Am Nachmittag hatten sich sechzig oder mehr Personen zusammengefunden und berieten, was zu tun sei. Damit keine Missverständnisse auftauchen: Hier standen Leute, die seit Jahren mit militanten Auseinandersetzungen vertraut waren, die in anderen politischen Bereichen und z.T. für weit unwichtigere Fragen lange Gefängnisstrafen oder ihre Gesundheit riskiert hatten, und die nicht prinzipiell Gewalt ablehnten. Aus Lichtenhagen erreichten Augenzeugenberichte das Plenum. Während die Antifas zum Teil noch anreisten, hatten sich bereits wieder erste Gruppen jugendlichen Mobs zusammengefunden, waren aber noch wenig entschlossen.

Aus dem Haus, in dem die VietnamesInnen lebten, kamen Anrufe, die von neuen Angriffen berichteten. Für das jämmerlich unentschlossene Plenum stellte sich die Frage, was nun zu tun sei. Einzelne, gerade diejenigen, die schon vor Ort gewesen waren, plädierten dafür, vor das Haus zu ziehen und weitere Angriffe durch Präsenz zu verhindern, nötigenfalls auch mit Gewalt zurückzuschlagen. Es war eine realistische Einschätzung, dass zumindest die Chance bestand, hiermit die Situation grundlegend zu ändern. Es bestand tatsächlich die Möglichkeit, eine Eskalation der Übergriffe zu verhindern, was unabsehbare Folgen für die weiteren Ereignisse hätte haben können.

Damit bestand aber in diesen zwei oder drei Stunden die reale Chance, die kommende Pogromwelle bereits zu ihrem Auftakt zu unterbinden. Von der Mehrheit des Plenums wurde allerdings die Angst geäußert, dass man gegen den tobenden Mob keine Aussicht habe und die Gefahr bestehe, gelyncht zu werden. Diese Angst war sicher verständlich und wohl nicht ganz unbegründet. Doch die wenigen, die offen für ein sofortiges, direktes Eingreifen stimmten — und ich bekenne, dass ich selbst nicht zu ihnen gehörte — erklärten, dass es Situationen gebe, in denen man dann im Zweifelsfall bereit sein müsse, die entsprechenden Konsequenzen in Kauf zu nehmen. Als Weiße und als geschlossene Gruppe sei unsere Situation allemal sicherer als die der eingeschlossenen Flüchtlinge und Vertragsarbeiterinnen. Seit Jahren hatte man mit moralischen Argumenten Zivilcourage eingefordert, den schweigenden AugenzeugInnen etwa des 9. November 1938 zurecht vorgeworfen, durch ihr Zusehen mitschuldig zu sein.

Nun, selbst in eine vergleichbare Situation geraten, war die Angst um den eigenen weißen Hintern offenbar größer. Den moralischen Ansprüchen entsprach kein Bewusstsein darüber, wie man sich in der konkreten Situation selbst zu verhalten habe. Weder hatten wir uns selbst als Faktor der Geschichte ernst genommen, noch hatten wir uns ernsthaft klargemacht, dass in solchen Situationen im Zweifel auch Gefahr für unser eigenes Wohlergehen bestehen kann. Angst als dumpfes Gefühl unterscheidet sich von Furcht — einer rationalen, sachlich begründeten Risikoeinschätzung. Angst entsteht dort, wo eine Situation unvertraut ist; seit den Erfahrungen von Hoyerswerda hätten wir uns aber zumindest theoretisch mit den Notwendigkeiten und Gefahren angesichts eines Pogromes vertraut machen können. Ich schreibe dies, weil ich — mehr als in anderen Situationen — hier ein großes konkretes Versagen der Linken angesichts einer echten historischen Verantwortung sehe, das ich außerdem für ein ganz persönliches Versagen halte.

Denn obwohl ich die Forderung, sofort in Lichtenhagen einzugreifen, für das einzig

Richtige hielt, hatte ich nicht den Mut, dies auch offen zu sagen. Ich bin auch nach wie vor der Überzeugung, dass wir echte Chancen hatten, den Mob zu verscheuchen. Wenn Gefahr drohte, dann sicher — wie der weitere Verlauf des Abends zeigte — durch die Polizei, die offenbar den Auftrag hatte, das Pogrom in jedem Falle stattfinden zu lassen. Übrigens nahmen Menschen mit weit weniger entwickeltem antirassistischen „Bewusstsein“ als unserem, die Gefahren in Kauf. Ständig waren Deutsche im Haus, die durchaus Gelegenheiten zu individueller Flucht hätten nutzen können. Das Plenum entschied sich für eine Geste der Hilflosigkeit, für eine Demonstration im sicheren Hinterland des Pogroms. Explizit wurde erklärt, dass dieser Schritt weniger gefährlich sei...

Reaktionen

Natürlich war es richtig, zunächst die Verantwortlichen an dem Pogrom, die durch ihre Aktivitäten und ihre Hetze Schuldigen zu benennen, und so schnell wie möglich vor Ort eine zweite und größere Demo zu organisieren. Wir vergaßen darüber, dass man auch durch Unterlassung mitschuldig werden kann. Dem Mob, vor dem wir aus Angst versagten, hat die radikale Linke denn auch nie verziehen. Die Reaktion war mehr als verblüffend. Wie kaum ein anderes Ereignis zeigte doch gerade das Pogrom von Rostock, dass der rassistische Mob für sich selbst genommen nichts ist, zur Gefahr erst dann wird, wenn seine Taten geduldet werden. Das Pogrom enstand — nachweislich! — genau an dem Tag und Ort, wo die politisch Verantwortlichen es wollten; wo eine Bürokratie, welche Menschen verwaltet wie Dinge, die Situation aus Berechnung eskalieren ließ; wo eine zynische, selbstgefällige und unverantwortliche — hier passt das hässliche Wort — Journaille die Hetze aufgegriffen und verbreitet hatte. Sobald Politik und Bürokratie ihr Ziel — die faktische Abschaffung des Asylrechtes — erreicht hatten, als die Angriffe auf andere Immigrantinnen begannen, den vermeintlichen „sozialen Frieden“ zu stören, und als das Ansehen Deutschlands im Ausland litt, gelang es den drei Gruppen Politik, Bürokratie und Presse, den Mob der Pogromhelden wieder zur Ruhe zu bringen.


Mit einem Knüppel stürmt ein Demonstrant auf die Polizisten los

Ein rassistischer Mob ging 1992 in Rostock-Lichtenhagen gegen Geflüchtete vor. (Faksimile aus „Stern“ 37 / 1992)

Der Mob ist immer eine diffuse Masse von individuellen Feiglingen, die die Gelegenheit und den Mangel an Widerstand ausnutzen. Wer dies nicht glaubt, muß sich nur noch einmal die Filmaufnahmen in „The trues lies in Rostock“ (dt.: „Die Wahrheit liegt/lügt in Rostock“) ansehen. Sie sind in den selben Minuten entstanden, als wir einige Kilometer entfernt unsere Ängste besprachen. Man kann sie als Lehrbeispiel für die Entstehung von Pogromen und die Zusammensetzung des Mob betrachten. Hier bekommen die z.T. sehr jungen Schaulustigen, die jeweils sehr unentschlossenen Grüppchen die Pflastersteine von einigen einzelnen Aufheizern regelrecht in die Hand gedrückt. Dann freilich, und weil niemand sie an ihren Taten hindert, putschen sie sich immer mehr auf, die Meute wächst an, um sich ein paar Tage nach den Übergriffen vollständig aufzulösen, als ob es sie nie gegeben hätte. Schuld an den Übergriffen trägt nicht nur der Mob, sondern eine ganze Gesellschaft.

Aber ob wir mögen oder nicht — dazu gehören nicht nur diejenigen, die jubeln oder unbeteiligt zuschauen, sondern auch diejenigen, die aus Angst gelähmt sind, also auch wir. Indes, die antirassistische Bewegung flüchtete sich in Theoreme vom prinzipiellen Rassismus der Deutschen, in undifferenzierte Beschuldigungen, bei denen die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten von aktiven Brandstiftern, jubelnden Zuschauern, journalistischen Stichwortgebern und bürokratischen Schreibtischtätern zu einem einzigen „nationalen Konsens“ verwischt wurden, während die eigene Unterlassungsschuld nie und nirgends offen thematisiert wurde. Sehr bequem. Für die Zukunft müssen wir die Lehre ziehen. Statt stets und überall verbal mit radikalen Parolen um uns zu werfen, statt in jedem Einzelereignis die Nagelprobe zu wittern, müssen wir lernen zu erkennen und zu unterscheiden, wann eine echte historische Verantwortung besteht, wann der Lauf der Dinge von unserem Handeln und Unterlassen tatsächlich mit beeinflusst wird. Dann müssen wir aber auch in der Lage sein, im entscheidenden Moment das richtige zu tun. Zu dieser Fähigkeit gehört es, sich in seinem eigenen Bewusstsein darauf einzustellen. Dass wir selbst dabei Schaden nehmen können, sollten wir uns deutlich vor Augen halten. Wir sollten aber auch lernen, dass es Situationen gibt, in denen wir uns nicht mehr aussuchen können, was wir wie machen. Dann heißt es eben: Hier ist die Rose, hier tanz! •

Zwischen grenzenloser Solidarität und mörderischem Rassismus

HILDE SANFT

■ Tausende von Geflüchteten, die von vielen Menschen an Bahnhöfen in Städten in Ost- und Westdeutschland mit „Refugees Welcome"-Schildern und Essensspenden begrüßt werden und ausgebrannte und zerstörte Unterkünfte von Geflüchteten: Grenzenlose und grenzüberschreitende Solidarität und mörderischer und gut organisierter Rassismus bestimmten in diesem Sommer 2015 nicht alleine das mediale Bild der deutschen Gesellschaft, sondern ganz konkret das Leben von zehntausenden Menschen: von tausenden Kindern, Frauen und Männern vor allem aus Syrien, Afghanistan, Irak und Eritrea, von Antifaschist_innen und Antirassist_innen, von tausenden ehrenamtlichen Flüchtlingsunterstützer_innen, von Medienmacher_innen, Politiker_innen und von einer entschlossenen Neonazibewegung mitsamt zehntausenden unorganisierten überzeugten Rassist_innen unterschiedlichster sozialer Herkunft.

Auch wenn dieser Sommer zwischen Willkommensfesten, Gegendemos zu Aufmärschen von Neonazis und ihren „Nein-zum-Heim"-Initiativen, zwischen nächtelangem Ausharren an Bahnhöfen und menschenunwürdigen Massenunterkünften für Geflüchtete, zwischen Zimmersuche für Geflüchtete und Recherchen zu organisierten Neonazistrukturen noch nicht vorbei ist: Ein kritischer Vergleich zwischen der aktuellen Situation und den frühen 1990er Jahren ist auch deshalb notwendig, weil mit dem Vergleich seit Beginn der PEGIDA-Bewegung im Sommer 2014 immer öfter auch die Frage nach den Konsequenzen aus den Fehlern und Analysen der unabhängigen Antifa-Bewegung der 1990er Jahre gestellt wird.

Fluchtursachen und Antiziganismus — offensichtliche Parallelen

Die Parallelen bei den Fluchtursachen von heute und damals sind unstrittig: Die Auflösung ganzer Staaten und Machtblöcke — sei es der Zerfall des staatskommunistischen Blocks ab 1989 und der Republik Jugoslawien, der Zerfall des Irak und Afghanistans, die „Arab Rebellion" mit dem damit einhergehenden Zerfall von Libyen und Syrien und dem Aufstieg der mörderischen Bewegung des „Islamischen Staats".

413.000 Geflüchtete hat das Bundesamt für Migration in den ersten acht Monaten des Jahres 2015 registriert — und damit mehr als doppelt so viele wie im gleichen Zeitraum in 2014. Die mit Abstand meisten Geflüchteten — über 110.000 Menschen — kommen inzwischen aus Syrien, die zweitgrößte Gruppe sind 75.000 Menschen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien (Kosovo, Serbien, Mazedonien) und aus Albanien. Dazu kamen viele Geflüchtete aus den Herkunftsländern Irak, Afghanistan sowie Pakistan und Eritrea.[1] Mit der Zahl der Geflüchteten ist auch die Quote der anerkannten Asylberechtigten auf rund 33 Prozent „gestiegen" — während 2/3 aller Anträge abgewiesen wurden.[2] Insbesondere geflüchtete Roma aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien haben keinerlei Chance, als Verfolgte in Deutschland anerkannt zu werden.[3] Die Parallelen zwischen den Zahlen von 1992 sind offensichtlich: Vor 23 Jahren lag die Zahl der Asylanträge bei rund 440.000. Damals kamen 26,3 Prozent der Antragsteller_innen aus der im Zerfall begriffenen Republik Jugoslawien 23,7 Prozent kamen aus Rumänien, 7,2 Prozent aus Bulgarien, 6,5 Prozent aus der Türkei und ein weiteres Viertel der Anträge aus „sonstigen Ländern".[4]

Der Vergleich macht vor allem deutlich, dass sich an der Verfolgungs- und katastrophalen Lebens- und Diskriminierungssituation insbesondere von Roma aus mittel- und südosteuropäischen Staaten in den vergangenen 23 Jahren nichts geändert hat. Ob in den in Auflösung begriffenen staatskommunistischen Ländern oder in den nunmehr neoliberalen post-Kriegsgesellschaften: An den Fluchtursachen — antiziganistische Gewalt, Pogrome, strukturelle Diskriminierung, auswegslose Armut und verweigerte Teilhabe — hat sich bis heute nichts geändert. Ebenso wenig wie am Antiziganismus der bundesdeutschen Politik und Gesellschaft: Zuletzt wurde dies durch die weitere Einschränkung des Asylrechts deutlich, seit September 2014 gelten Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als „sichere Herkunftsländer". Der asylpolitische Antiziganismus korrespondiert mit dem gesellschaftlichen Hass gegen Roma: Im Jahr 2014 lehnte mehr als die Hälfte der Befragten in der „Mitte-Studie" der Universität Leipzig Sinti und Roma als Nachbarn ab.[5] Auch die medialen Bilder, mit denen Antiziganismus geschürt wird, haben sich seit



den 1990er Jahren nicht verändert: Fotos bettelnder Menschen in deutschen Innenstädten mit den dazu passenden Schlagzeilen von „rumänischen Bettler- und Diebesbanden" (1992) oder „Einwanderern ins deutsche Sozialhilfe-System" (2013) bestätigen und schüren Vorurteile und Ablehnung. Wie schnell Antiziganismus in Deutschland sieben Jahrzehnte nach dem Ende des NS-Völkermords an west- und osteuropäischen Sinti und Roma wieder in mörderische Gewalt umschlägt, zeigte schon das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen im August 1992: Ohne die bundesweit verbreiteten Bilder von geflüchteten Roma aus Rumänien, die vor der überfüllten Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung (ZASt) des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Rostock-Lichtenhagen unter freiem Himmel schlafen, essen und ihre Notdurft tatsächlich in den Hecken der Plattenbausiedlung verrichten mussten, wäre der Beginn des Pogroms am 22. August 1992 nicht denkbar gewesen. Weil die ZASt evakuiert und die Roma in ländlichere Heime gebracht wurden, griffen hunderte von Neonazis unter dem Beifall zahlreicher ZuschauerInnen dann das „Sonnenblumenhaus" an, ein Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter_innen. Politischer und medialer Antiziganismus ist auch einer der Ausgangspunkte für die Pegida-Bewegung gewesen, der sich auf den September 2012 fixieren lässt, als der damalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) begann, Roma-Flüchtlinge aus Serbien und Montenegro verbal zu attackieren. Friedrich bediente sich der klassischen Instrumente rassistischer Mobilmachungen: Aus einer kleinen Gruppe von knapp 7.000 Flüchtlingen im Jahr 2012 wurde eine „Flut von offensichtlich unbegründeten Anträgen", natürlich durfte auch der Verweis auf die knappen Ressourcen nicht fehlen; entsprechend hieß es in einem Brief Friedrichs an die EU Kommission, die Flüchtlinge würden „unsere ohnehin schon angespannten Aufnahmesysteme belasten". Unverhohlen drohte der Bundesinnenminister schon damals mit Sanktionen und Rechtsbrüchen, wünschte sich ein 48-Stunden Asylschnellverfahren und kündigte gekürzte Bargeldleistungen für die Betroffenen im Asylverfahren an. Wenig später folgten rassistische Mobilisierungen gegen Flüchtlingsunterkünfte in Mecklenburg-Vorpommern und in Schneeberg (Sachsen) und die bekannte Berichterstattung über „Elendshäuser" in Duisburg und anderswo.

Inzwischen ist absehbar, dass die Unterscheidung der Bundesregierung zwischen

Erstaufnahmelager für Flüchtlinge. In einem Industriegebiet im Stadtteil Dresden-Friedrichstadt wurde ein Zeltlager für 600 bis 700 Menschen errichtet. Bis zu 40 Personen leben auf engstem Raum in einem Zelt.

erwünschten Geflüchteten aus Syrien und dem Irak einerseits und unerwünschten Roma andererseits, dazu führen wird, dass die Zahl der Abschiebungen von Roma noch weiter steigen wird — auch mit dem Verweis auf knappe Ressourcen. Umso notwendiger ist es, dass unabhängige Antifas und Antirassist_innen deutlich machen, dass antifaschistische Solidarität unteilbar ist und nicht von kapitalistischen Verwertungslogiken bestimmt sein darf.

Parallelen und Unterschiede: Politik und Medien

Untrennbar mit der ersten Welle rassistischer Gewalt seit 1990 verbunden ist die Mobilisierung der politisch Verantwortlichen gegen Flüchtlinge: Zwischen dem ersten Pogrom im wiedervereinigten Deutschland im August 1991 in Hoyerswerda (Sachsen), dem Pogrom im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen und der de facto Abschaffung von Artikel 16 des Grundgesetzes im Mai 1993 lag ein sich quasi selbst befeuernder und aufputschender politischer und medialer Dauerdiskurs, der sich nicht allein ge-

gen Flüchtlinge richtete, sondern die deutsche Wiedervereinigung als Ausgrenzungsprozess inszenierte: „Kerndeutsche" gegen Migrant_innen und Geflüchtete. Schon wenige Wochen nach dem Pogrom in Hoyerswerda hatte der damalige CDU-Generalsekretär Volker Rühe in einem Brief alle Kreisverbände dazu aufgefordert, „in den Gemeinde- und Stadträten, den Kreistagen und in den Länderparlamenten die Asylpolitik zum Thema zu machen". Und parallel dazu drängte die CDU die damals oppositionelle SPD zur Zustimmung für eine Änderung des Artikels 16 GG.: „Wenn sich die SPD beim Kanzlergespräch am 27. Dezember verweigert, ist jeder Asylant nach diesem Tag ein SPD-Asylant," hatte Volker Rühe in der Süddeutschen Zeitung im September 1991 erklärt.[6] Wenige Wochen später schreibt die tageszeitung (taz) über eine Bundestagsdebatte zum Thema: Es hätte „um die hierzulande bedrohten Ausländer gehen sollen. Es ging um die Deutschen. Darum, wie man sie vor allzu vielen Fremden im eigenen Land bewahrt. Darum, wie man verhalten Verständnis dafür zeigt, daß ein Teil dieser Deutschen die Ausländer vertreiben will. So bezeichnete Innenminister Wolfgang Schäuble den Anlaß der Parlamentssitzung gleich zu Beginn als ‚doppelt unerfreulich'. Unerfreulich sei die Gewalt gegen Ausländer, die er knapp mit wenigen Urteilen wie ‚Schande für unser Land' verurteilte. Ebenfalls ‚unerfreulich' nannte er es, womit er sich dann bis zum Schluß seiner Rede beschäftigte: Daß viele Ausländer versuchten, mittels des Asylrechts hier ein Bleiberecht zu bekommen und daß sie die geltenden Zuwanderungsbeschränkungen unterliefen. Wie gewöhnlich forderte Schäuble, den Asylartikel 16 des Grundgesetzes zu ändern. Selbst für ihn ungewöhnlich war die Schärfe, in der er dies einklagte. Er zog ‚bürgerkriegsähnliche Zustände' in Ausländerwohnheimen heran. Er drohte versteckt mit noch schlimmeren Zuständen: Nur wenn die Sozialdemokraten sich ‚gesprächsbereit' für eine Änderung des Asylartikels zeigten, ‚bleibt die Bundesrepublik ein ausländerfreundliches Land'. Mittelbar machte der Innenminister das geltende Asylrecht für die Übergriffe verantwortlich: Diese hätten, so Schäuble, nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun. Er habe seit Jahren davor gewarnt, daß sich wegen der Asylrechtslage das Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern verschlechtere."[7] Auf dem Höhepunkt der medial-politischen Allianz titelte die BILD-Zeitung am 23. Januar 1993: „Fast jede Minute ein neuer Asylant. Die Flut steigt — wann sinkt das Boot?" Bürgerliche Magazine wie „Der Spiegel" hatten schon am 9. September 1991 mit einem Bild eines schwarz-rot-gold angemalten Kahns voller Menschen unter dem Titel „Flüchtlinge, Aussiedler, Asylanten: Ansturm der Armen" den rassistischen Schlägern sekundiert. In der Woche nach dem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Hünxe (NRW), den zwei libanesische Mädchen am 3. Oktober 1991 nur knapp überlebten, beschrieb ein „Spiegel"-Reporter den vierjährigen Bruder der beiden schwerverletzten Mädchen als „Monster mit den glühenden Augen" und „Nachwuchs-Asylanten".[8] Andererseits kommentierten zumeist westdeutsche Journalist_innen den nackten rassistischen Hass in Ostdeutschland als Zivilisationsbruch.

Proteste der Geflüchteten verändern Medien und Gesellschaft

Tatsächlich liegen die zentralen Unterschiede zwischen den frühen 1990er Jahren und heute in der medialen Berichterstattung, einer veränderten Gesellschaft und einer veränderten CDU: Angela Merkel ist nicht Helmut Kohl und die CDU/CSU von heute nicht die CDU/CSU der 1990er Jahre. Schon mit der Entscheidung zum Atomausstieg nach dem GAU in Fukushima hat Angela Merkel gezeigt, dass sie scheinbar mühelos bei entsprechender gesellschaftlicher und medialer Mehrheitslage die Forderungen, für die soziale Bewegungen Jahrzehnte gekämpft haben, von einem Tag auf den nächsten umsetzen kann — und dass der Teufel dann im Detail steckt. Das hat die Bundeskanzlerin mit dem staatlichen Trauerakt für die Opfer des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) ebenso gezeigt wie auch mit ihrem Besuch bei den Geflüchteten in Heidenau und der Entscheidung, Dublin II vorübergehend für Syrien-Flüchtlinge auszusetzen und zehntausende in Ungarn festgesetzte Geflüchtete in Deutschland aufzunehmen. Und wenn die Bild-Zeitung „refugees welcome" twittert und mit dem Bild des ertrunkenen kurdischen Jungen Alan Kurdi aufmacht, dann ist das einerseits heuchlerisch und andererseits hat es eben auch eine wichtige Signalwirkung: an Neonazis und rassistische Gelegenheitstäter_innen, dass sie sich — zumindest für ein paar Wochen — nicht als Vollstrecker eines breiten gesellschaftlichen rassistischen Konsenses sehen können, an die Geflüchteten, ihre vor Ort allzu oft heftig angefeindeten und isolierten Unterstützer_innen und an die politisch Verantwortlichen in der Bundesregierung und den Ländern. In der aktuellen medialen Berichterstattung spiegelt sich aber auch wieder, dass es den Protesten der Geflüchteten in den vergangenen drei Jahren — sei es der Marsch und die Hungerstreikaktionen der Geflüchteten gegen Residenzpflicht, das Sammellager-System und das herrschende Asylregime als Ganzes beispielsweise am Oranienplatz und an der Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin und in München — gelungen ist, mit ihren Forderungen zumindest Teile der Gesellschaft und der medialen Öffentlichkeit zu erreichen. Hinzu kommt sicherlich auch, dass eine Reihe von Medienmacher_innen in verantwortlichen Positionen von heute mehrheitlich die Pogrome der 1990er Jahre bewusst miterlebt haben und dass die mediale Deutungshoheit schwindet, wenn sich jede und jeder selbst über Facebook, Twitter und das Internet über den Krieg in Syrien oder im Irak - und damit über die Fluchtursachen — informieren kann.

Dennoch: Gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen der 1990er Jahre wissen wir alle, wie schnell die CDU/CSU und SPD die rassistische Karte zücken werden — unterstützt und befeuert von Boulevard- und anderen Medien —, wenn der Widerstand gegen die Aufnahme von Geflüchteten in den Kommunen weiter wächst und der Kampf um die Ressourcen sich verschärft: Der Widerstand innerhalb der CDU/CSU gegen die Entscheidung Merkels für die Aufnahme der „Ungarn-Flüchtlinge" und die Aussetzung des Dublin II-Abkommens für syrische Geflüchtete ist ebenso wie die angekündigte erneute Grundgesetzänderung und der rassistische Schulterschluss der sächsischen CDU — unter stillschweigen-

dem Einverständnis weiter Teile der sächsischen SPD, Linkspartei und Grünen — mit den organisierten Rassisten von PEGIDA[9] — nur ein Vorgeschmack auf einen möglicherweise heißen Herbst 2015. Entscheidend wird dann sein, ob die gesellschaftliche Mitte — deren praktische Solidarität mit Geflüchteten derzeit eine ganz reale Veränderung bedeutet — die konkreten Erfahrungen mit der mörderischen Asylpolitik und den Begegnungen mit den Geflüchteten Teil einer linken Protest- und Bürgerbewegung für eine offene Gesellschaft und gegen das herrschende Asylregime werden wird. Oder ob die rassistische und nationalistische Karte am Ende doch wieder sticht.

Neonazistische Gewalt und antifaschistische Reaktion: Den Widerstand gemeinsam mit den Geflüchteten organisieren

Ende des Jahres 1991 registrierte das Bundeskriminalamt 1.483 rechter Gewalttaten, 1992 stieg die Zahl auf 2.584. Angesichts der massiven Dunkelfelder bei rechten Gewalttaten in den frühen 1990er Jahren muss man davon ausgehen, dass diese Zahlen nur einen winzigen Ausschnitt der Realität widerspiegeln. Die aktuelle Welle neonazistischer Gewalt — täglich mehr als vier bis fünf rassistische Gewalttaten, 300 Angriffe und Dutzende Brandanschläge gegen geplante und bewohnte Flüchtlingsunterkünfte seit Jahresbeginn — sind auch das Ergebnis der jahrzehntelangen Verharmlosung neonazistischer Gewalt und Strukturen durch Strafverfolgungsbehörden und Politik. Die Kultur der Straflosigkeit der 1990er Jahre für die TäterInnen und den applaudierenden Mob von Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Eisenhüttenstadt oder Magdeburg ist eine der zentralen Ursachen für das Selbstbewusstsein, mit dem die „Generation Terror" der 1990er Jahre Netzwerke wie den „Nationalsozialistischen Untergrund" aufbaute und rechtsextreme Parallelwelten vor Ort verankern konnte. In der Sächsischen Schweiz, in Heidenau, Freital oder Meißen zeigt sich, was passiert, wenn diese Parallelwelten über ein Vierteljahrhundert unangetastet bleiben. Und noch etwas eint die TäterInnen der „Generation Terror", des NSU-Netzwerks und die BrandstifterInnen und rassistischen GelegenheitstäterInnen von heute: Ein mörderischer Rassismus und die Vorstellung, die Idee der „White Supremacy" mit aller Entschlossenheit durchzusetzen.

Dass Heidenau nicht zum Rostock-Lichtenhagen wurde, liegt auch daran, dass Antifaschist_innen vor Ort präsenter waren und den Hass der RassistInnen — und der Polizei — auf sich zogen. Ohne Antifa und die (passive) Polizei wäre ein Pogrom wie Rostock-Lichtenhagen hier möglich gewesen. Aber eine Wiederholung von Rostock-Lichtenhagen ist noch nicht vom Tisch. Denn trotz Facebook und Twitter, die eine virtuelle Präsenz einer antirassistischen und antifaschistischen Zivilgesellschaft simulieren, die aber oft in der realen Welt nicht aufrecht erhalten werden kann, muss das Arbeitsmotto der kommenden Monate immer noch heißen: Nur wenn wir vor Ort sind, nur wenn wir den Widerstand gegen Neonazis ganz real organisieren, nur wenn wir — und notfalls auch alleine und ganze Nächte lang — uns vor die Unterkünfte, die Turnhallen und die einzelnen angegriffenen Flüchtlinge stellen — können wir Schlimmeres verhindern. Dazu gehört — auch als reale Erfahrung aus den 1990er Jahren: Mit den Ansprüchen, dass wir alle unsere Autos sicher parken können, kein Risiko auf Verletzungen besteht und eine Abfahrt ohne Festnahme gesichert ist, wird kein Pogrom zu verhindern sein. Und auch wenn Anfang der 1990er Jahre rechtsfreie Räume vor allem in der ehemaligen DDR völlig normal als Ausgangslage für antifaschistische „Feuerwehreinsätze" mitgedacht wurden, müssen die zwei Nächte rassistischer Krawalle in Heidenau OHNE einen effektiven Polizeieinsatz ein Weckruf und eine Erinnerung für alle sein, die Rostock-Lichtenhagen vergessen oder nicht miterlebt haben: Ein Vertrauen darin, dass die Polizei die Flüchtlinge schützen wird ist unangebracht — deren Einsatz oder Abzug wird letztendlich politisch entschieden.

Und nur wenn wir weiter beobachten und recherchieren und unsere Rechercheergebnisse öffentlich machen, wird deutlich, wie und wo die Neonazistrukturen, wie z.B. der „III. Weg" die Angriffe, Brandanschläge und rassistischen Mobilisierungen steuern und beeinflussen, wo Neonazis — was eigentlich niemanden überraschen sollte — als Security die Unterkünfte schützen oder als Bauarbeiter die Unterkünfte sanieren, die die Kameraden dann anzünden oder anderweitig unbrauchbar machen — oder sogar als Feuerwehrmann das Feuer legen und später selber löschen.

Und eines ist auch klar: Das „wir" der unabhängigen Antifastrukturen von heute unterscheidet sich natürlich sehr deutlich vom „wir" der autonomen Antifabewegung der 1990er Jahre, die als Teil einer viel größeren, selbstverständlich militanten autonomen Bewegung ganz andere Spielräume und Aktionsmöglichkeiten hatte — und dennoch ab 1990 nur noch Abwehrkämpfe führte. Apropos Militanz: Nur dort, wo durch militante Antifa-Aktionen den Neonazis klare Grenzen gezeigt wurden und werden, wird es auch in Zukunft Freiräume geben — für alle, die anders sind und anders sein wollen.

Dazu gehört aber auch, dass wir die Geflüchteten als politische Subjekte ernst nehmen: Ihre Entschlossenheit und ihre Strukturen haben in diesem Sommer das europäische Grenzregime und die Festung Europa zum Wanken gebracht. Wenn tausende Geflüchtete jetzt über Monate unter menschenunwürdigen Bedingungen in Baumärkten, Turnhallen und Zeltstädten leben müssen, wird es auch an uns liegen, ob ihre zu erwartenden neuerlichen Proteste erfolgreich sein werden. Und erst wenn die Fluchtursachen angegangen und das europäische Asylregime komplett aus den Angeln gehoben wird, kann es hier für Geflüchtete menschenwürdige Bedingungen und gleichberechtigte Teilhabe geben. •

1 www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-und-einwanderer-die-wichtigsten-fakten-a-1030320.html#sponfakt=5 2 www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201504-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf?__blob=publicationFile 3 Vgl. Christian Jakob „Offensiv gegen unerwünschte Migration", AIB 108 S. 52 4 www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56443/flucht-und-asyl-seit-1990 5 www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/mitte_leipzig_internet.pdf 6 Vgl. Ferdos Ferudastan, Bonn schützt Deutsche vor Ausländern, in: taz, 19. 10. 1991. 7 Ebenda 8 Cordt Schnibben „Wenn wir gehen, hauen die ab", in: Der Spiegel, 14.10.1991, hxxp://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13491444.html 9 Vgl. Artikel „Ein wenig mehr als Feuerwehr" S. 12

Während in Sachsen fast täglich der rassistische Mob wütet und Asylunterkünfte angegriffen, angezündet, geflutet oder beschossen werden und die Landesregierung immer wieder Verschärfungen des Asylrechts fordert und nebenbei humanitäre Notlagen für Geflüchtete produziert, sucht die in der Fläche nur schwach vertretene antirassistische und antifaschistische Linke nach Möglichkeiten effektiver Interventionen.

Ein wenig mehr als Feuerwehr

Antifaschistische und antirassistische Praxis in Zeiten von Freital und Heidenau

EIN BEITRAG DER GRUPPE ANTIFA KLEINPARIS (LEIPZIG)

Dresden-Friedrichstadt, Freitagabend, 24. Juli 2015. In der Bremer-Straße haben sich ca. 150 Antirassist*innen versammelt, um die sogenannte Zeltstadt vor möglichen Angriffen aus einer Kundgebung der NPD heraus zu verteidigen und die menschenwürdige Unterbringung von Refugees zu fordern. Seitens der NPD hatten sich ca. 80 Rassist*innen zusammengerottet, um das gerade in Eröffnung befindliche Zeltlager als Manifestationsort für widerlichen, völkischen Rassismus zu nutzen. Die Polizei ist nur mit knapp einer Hundertschaft präsent und schafft es mit Mühe und Not eine räumliche Trennung zur NPD-Kundgebung auf der anderen Straßenseite aufrecht zu erhalten. Kurz nachdem diese vom NPD-Kreisverband Dresden aufgelöst wird, versuchen große Teile der Neonazikundgebung die Antirassist*innen vor dem Lager zu attackieren. Zuerst trifft es ein Kamerateam des Senders ZDF, anschließend versuchen Hooligans der SG-Dynamo die Reihen der Polizei zu durchbrechen und werfen Baustellenschilder, Flaschen und Böller auf die Supporter*innen. Drei Supporter*innen werden verletzt. Die Polizei setzt unter dessen weiterhin auf Deeskalation, trägt anfangs keine Helme, unterlässt den Einsatz von Pfefferspray und löst die Versammlung der NPD nur sehr langsam auf. Die ganze Nacht befinden sich Gruppen von bis zu 40 Rassist*innen im Viertel und versuchen das Zeltlager wiederholt anzugreifen. Während der ganzen Nacht erreichen Busse mit Geflüchteten aus der überfüllten ZAST in Chemnitz das Zeltlager. Am frühen morgen werden es ca. 500 Menschen sein. Die Unterstützer*innen sind abwechselnd und in Arbeitsteilung damit beschäftigt, das Umfeld zu überwachen, Neonazis entgegenzutreten und die Geflüchteten bei ihrer Ankunft im Lager zu begleiten.

Antirassist*innen im Dilemma

Selten verdichteten sich die Widersprüche gegenwärtiger linksradikaler Politik wie an diesem Abend. Die Unterbringung von Geflüchteten in der sogenannten Zeltstadt, in die unter schlimmsten humanitären Bedingungen inzwischen bis zu 1.100 Menschen gepfercht wurden, konnte schon am Abend der Eröffnung von Antirassist*innen nicht befürwortet werden. Trotz dessen sehen sich Antirassist*innen in Sachsen derzeit damit konfrontiert, die schlimmsten Zustände rassistischer Geflüchtetenverwaltung, die noch Asylpolitik genannt wird, nicht offen anzugreifen. Antirassist*innen scheinen sich damit zufrieden geben zu müssen, das erreichte Minimum vor dem Zugriff durch rassistische Zusammenrottungen zu verteidigen. Dieses strategische Dilemma drückt sich auf verschiedenste Weise aus: Erstens gibt es bisher keine praktische, antirassistische Antwort auf die zunehmende Verschärfung des Asylrechts und die unhaltbaren Bedingungen, denen Geflüchtete derzeit in Sachsen, aber auch bundesweit, ausgesetzt sind. Zweitens: Entgegen vieler Darstellungen ist der gegenwärtige Asyldiskurs nicht allein von einer „das Boot ist voll"-Rhetorik geprägt. Vielerorts ist gelebte Solidarität mit Geflüchteten zu sehen und gerade angesichts der aktuellen Zuspitzung scheint sich diese gesellschaftlich stärker zu verbreiten. Drittens führt diese gelebte Solidarität bisher nicht ansatzweise dazu, dass sich die politischen Verhältnisse progressiv entwickeln würden. Die Bewegung befindet sich in einem Abwehrkampf gegen Rassist*innen und staatliche Strukturen, allen voran gegen die Innenministerien von Bund und Ländern, die kaum einen Anlass auslassen, Asylrechtsverschärfungen zu fordern und durchzusetzen.

Die Eskalation vor dem Zeltlager in Dresden-Friedrichstadt war jedoch nur ein vorläufiger Höhepunkt angesichts der jüngsten Ereignisse in Heidenau und des schon lange anhaltenden, asylfeindlichen Diskurses in Sachsen. Erinnert sei an dieser Stelle an die rassistischen Fackelmärsche von Schneeberg im Winter 2013, an die ebenfalls von der NPD angeleiteten „Nein-Zum-Heim" Proteste, die die Eröffnung von vielen Asylsuchendenheimen begleitete und nicht zuletzt an die PEGIDA-Bewegung, die diese rassistische Grundstimmung erfolgreich für sich zu nutzen wusste. Der in AIB Nr. 106 beschriebene PEGIDA-Effekt zeigt mittlerweile deutlich seine Folgen. Während die montäglichen Aufmärsche einen stetigen Rückgang der Teilnehmendenzahl erfahren, kommt es vor allem im Ballungsraum Dres-





Am Samstag den 22. August 2015 demonstrierten im sächsischen Heidenau 250 Menschen ihre Solidarität mit den Geflüchteten. Am Vorabend hatten sich Rassisten, Neonazis und Hooligans Strassenschlachten mit der Polizei geliefert, um zu verhindern, dass Flüchtlinge in einen umgebauten Baumarkt einziehen.

den vermehrt zu rassistischen Protesten, die sich direkt gegen Unterkünfte und Asylsuchende richten, wie in Freital, Meißen, Mittweida und Heidenau. Hier marschiert PEGIDA-Personal Seite an Seite mit bekennenden Neonazis. Solche Proteste werden allerorts von Anschlägen begleitet, die teils erfolgreich die Eröffnung von Unterkünften verhinderten oder hinauszögerten. Trotz der jüngsten verbalen Verurteilung solcher Taten von Spitzenpolitiker*innen des Landes und Bundes erfahren die lokalen Anti-Asyl-Akteure immer wieder eine Verharmlosung, Rechtfertigung und Zustimmung durch lokale Politiker*innen aus den Reihen von CDU[1] und AfD.

Kaum mehr möglich als Feuerwehrpolitik

Die gängige antifaschistische Gegenstrategie ist bis dato durch eine Feuerwehrpolitik gekennzeichnet, die vor allem durch Mobilisierungen aus den Städten Leipzig und Dresden getragen und seit den Ereignissen in Freital auch durch einige auswärtige Antirassist_innen unterstützt wurde. Die Erfolge dieser Strategie sind dabei beschränkt. Neben einem medialen Blaming der jeweiligen Orte konnten solche Mobilisierungen allenfalls die sicherheitspolitische Linie beeinflussen. Während Ersteres lokale Akteure zur Positionierung zwang und teilweise einen Keil zwischen bekennende Neonazis und ‚besorgte Bürger' trieb, führte Zweiteres zum Teil auch zur Einschränkung der Versammlungsfreiheit auf Seiten der rassistischen Mobilisierungen, wie beispielsweise in Freital am 31. Juli 2015, als ein Konzert der rassistischen Musikercombo „A3stus" direkt vor der Asylsuchendenunterkunft abgesagt wurde. Gleichzeitig jedoch wurde in Freital ein Straßenfest der „Organisation Freital für Weltoffenheit und Toleranz" vom Platz vor dem Heim in die Innenstadt verlegt, mit der vielsagenden Begründung, dass es vor dem Heim immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen „Asylbefürwortern und Asylgegnern" gekommen sei. Auch in Heidenau war am Wochenende nach den massiven Angriffen auf Polizei, Geflüchtete und Antirassist*innen die Ankündigung antirassistischer Proteste der maßgebliche Anlass für ein generelles Versammlungsverbot, welches letztlich mit Polizeinotstand begründet und gegenüber dem rassistischen Mob weitestgehend durchgesetzt wurde. Ein antirassistisches Willkommensfest stand auf Grund des konsequenten Versammlungsverbots bis zu seinem Beginn auf der Kippe, auch weil man Ausschreitungen des „Black Blocks" befürchtete. Von den meisten Lokalmedien werden solche extremismus-theoretisch inspirierten Deutungen derzeit dankend übernommen.

Deutscher Rassismus, zu Hause in Sachsen

Für Sachsen lässt sich festhalten, dass sich eine breite asyl- und migrationsfeindliche Bewegung etabliert hat, die arbeitsteilig vorgeht und den derzeitigen Diskurs um Migration und Asyl dominiert. Das Problem bleibt der altbekannte deutsche Rassismus. Dabei gilt es klar zu benennen, dass Teile der Landesregierung und Lokalpolitik Bestandteil dieses Problems sind. Genauso wie die marodierenden Neonazibanden, die vor Brandanschlägen und Waffengewalt nicht zurückschrecken. So wird auf die steigende Zahl von Geflüchteten mit der Einrichtung menschenunwürdiger Notunterkünfte in Form von Zeltlagern und Turnhallen reagiert und somit bewusst das Bild vom Asylnotstand produziert. Gleichzeitig werden diese Notunterkünfte von Rassist*innen als Manifestationsorte für ihren Rassismus benutzt, wobei es auch immer wieder zu Übergriffen auf Supporter*innen der Geflüchteten kommt. Von Polizei und Verfassungsschutz werden



28. August 2015 — Willkommensfest für Flüchtlinge in Heidenau.

diese als Ausschreitungen zwischen „Asylbefürwortern“ und „Asylkritikern“ gedeutet. Sachsens Innenminister Ulbig, maßgeblich verantwortlich für das mutmaßlich politisch gewollte Versagen der Polizeikräfte in Heidenau und anderswo, lässt derzeit kein Ereignis aus, um die weitere Verschärfung des Asylrechts zu fordern, z.B. ein Sonderlager für Geflüchtete vom Westbalkan oder die Kürzung ihres „Taschengeldes“. Dies alles sind bekannte Reaktionsmuster aus den Anfängen von PEGIDA, als Ulbig die Schaffung einer Sonderpolizeieinheit für „kriminelle Asylsuchende“ versprach und die Parolen der Bewegung damit befeuerte. Das Verhalten der Landesregierung macht deutlich, dass sie in den rassistischen Protesten von PEGIDA bis NPD kein Problem sehen, weil sie meinen, dass diese ihre rassistische Politik nur auf dem parlamentarischen Weg durchsetzen (lassen) wollen. Bedrohungen, Übergriffe, Anschläge und pogromartige Zustände wie in Freital, Meißen und Dresden werden dadurch konsequent heruntergespielt und der alltägliche Terror von Rassist*innen zur „Asylkritik“ verniedlicht. Der sächsische Verfassungsschutz, der mutmaßlich auch bekennende AfD-Funktionäre in seinen Reihen duldet[2], geht in einer aktuellen ‚Analyse' sogar so weit zu empfehlen, die „asylkritischen Initiativen des Freistaates Sachsen sollten daher sensibel und mit deutlicher Abgrenzung auf das Engagement von Rechtsextremisten reagieren“[3]. Erst nach Heidenau und bundesweiter massiver Kritik an der CDU-Landesregierung sprach Ministerpräsident Tillich wenig überzeugend von „Grenzen“, die „überschritten worden“ seien.

Konkreter Schutz, konsequente Kritik und praktische Solidarität

Die Linie der derzeitigen sächsischen Landesregierung ist nicht nur durch die konsequente Verharmlosung eines allgegenwärtigen Rassismus gekennzeichnet, sondern sie produziert auch die Bilder, Zustände und Orte einer Elendsverwaltung, die jene Rassist*innen brauchen um ihre Vorurteile zu bestätigen und auszuleben. Solange sich der rassistische Mob vor Asylsuchendenunterkünften und an Orten wie dem Dresdener Zeltlager versammelt und die sowieso schon skandalösen Zustände weiter verschärft, gilt es den Neonazis und Rassist*innen entschlossen und konsequent entgegen zu treten. Nur so kann vielerorts in Sachsen derzeit der konkrete Schutz und die Unversehrtheit der Geflüchteten vor dem Zugriff des rassistischen Mobs gesichert werden. Die auch in antirassistischen Kreisen naive Annahme, die staatliche Exekutive werde im Zweifelsfall eine erneutes Pogrom verhindern, muss prinzipiell, vor allem aber mit Blick auf die aktuellen sächsischen Zustände und die Erkenntnisse aus Rostock-Lichtenhagen, als geschichtsvergessen und gefährlich betrachtet werden. Eine antirassistische Linke muss jedoch auch viel stärker als bisher die Linie der sächsischen Landesregierung angreifen und dem Bild vom Asylnotstand das Bild der praktischen Solidarität mit Geflüchteten entgegensetzen. Die vielen Freiwilligen, die in Dresden, Chemnitz, Leipzig und anderen Orten des Bundeslands tagtäglich praktische Hilfe leisten, zeigen, dass viele Menschen nicht bereit sind, die Zustände zu akzeptieren. Der Rückzug des Netzwerks „Dresden für alle“ aus der Verwaltung des Zeltlagers war in diesem Sinne ein richtiges und wichtiges Signal aus den Reihen der Unterstützer*innen. Es zeigt, dass Antirassist*innen nicht bereit sind, Teil der Inszenierung der sächsischen Landesregierung zu sein. An diese Haltung sollten antirassistische Gruppen anknüpfen und den Protest gegen rassistische, menschenverachtende Zustände nachdrücklicher werden lassen.

Die Proteste gegen die Verlegung von 51 Geflüchteten aus einer Notunterkunft in Leipzig-Connewitz nach Heidenau am Montag nach den pogromartigen Ausschreitungen vermitteln eine Idee davon, wie eine emanzipatorisch-antirassistische Praxis aussehen kann, die sich an den Bedürfnissen von Geflüchteten orientiert[4]. Innerhalb eines zehntägigen Protestcamps, das vom Bündnis Refugees Welcome und vielen weiteren Supporter*innen getragen wurde, erkämpften Antirassist*innen menschenwürdigere Unterbringungsmöglichkeiten, organisierten gemeinsam mit den Geflüchteten eine Demonstration mit über 1300 Teilnehmenden sowie Verpflegungen und Alltag, Rechtsberatung und Partys — und schufen so Räume praktischer Solidarität, die die sächsischen Zustände temporär aushebeln konnten. ▪

1 Der sachsenkritische Journalist Matthias Meißner über den Freitaler Oberbürgermeister Uwe Rumberg (CDU), der von Asylsuchenden als „Glücksrittern, die nach Deutschland kommen, um auf Kosten der Gemeinschaft ein sorgloses Leben ohne Gegenleistung zu fuhren“ spricht, und andere ‚Asylkritik' in den Reihen der sächsischen CDU; www.tagesspiegel.de/politik/pegida-freital-meissen-und-die-cdu-in-sachsen-ist-was-faul/11982850.html **2** Informationen über den AfD-Rechtsaußen Hendrik Seidel in der Rubrik NS-Meldungen auf Seite 4 **3** Artikel des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz: „Rechtsextremisten versuchen weiterhin Einfluss auf Anti-Asylveranstaltungen im Freistaat Sachsen zu nehmen“ **4** Hintergrundinformationen, Pressemitteilung und den Aufruf zur Demo findet man auf der Website des Bündnisses ‚Refugees Welcome Leipzig'; www.refugeeswelcome.blogsport.eu/

NS-SZENE

Die Neonazi-Partei „Der III. Weg" ersetzte nach einer Razzia gegen das „Freie Netz Süd" (FNS) dessen Strukturen und etablierte sich bis zu dessen Verbot als unangefochtene Aktionsplattform in Bayern. Nun dehnt „Der III. Weg" seinen Aktionsraum zusehends bundesweit aus. Der Artikel beleuchtet die Entstehungsgeschichte, alt bekannte Strippenzieher innerhalb der Führungsriege und die Ausbreitung, gemessen an Relevanz und Einflussnahme.

„Der III. Weg"

Ein Produkt der Krise des „Nationalen Widerstandes"?

VON JOHANNES HARTL, INFORIOT.DE, HASKALA.DE UND AIB

Der Gründung der Partei durch Klaus Armstroff — ehemals Mitglied des rheinland-pfälzischen Landesverbands der NPD — sind langjährige Streitigkeiten vorausgegangen. So endete der Richtungsstreit zwischen dem völkisch-orientierten Flügel um Armstroff und seiner Ehefrau Dörthe (ehemals Landesvorsitzende der NPD-RLP) auf der einen Seite und einer eher „subkulturell" ausgerichteten Fraktion um Sascha Wagner und dem heutigen NPD-Landesvorsitzenden Markus Walter auf der anderen, im Sommer 2013 mit dem Rückzug des Armstroff-Flügels aus der NPD. Kurze Zeit später, im September 2013, rief Armstroff den „III. Weg" in Heidelberg ins Leben. Neben ihm als Parteivorsitzenden finden sich mit Matthias Herrmann als Stellvertreter und René Rodriguez-Teufer als Beisitzer zwei langjährige Kader des „Aktionsbüro Rhein-Neckar" im Parteivorstand wieder. Als Schatzmeister fungiert Christian Steup, ehemaliger NPD-Funktionär und vormals Schatzmeister der als kriminelle Vereinigung eingestuften „Kameradschaft Westerwald" (vgl. AIB Nr. 70).



Mit ihren „Stützpunkten Pfalz, Rheinhessen und Westerwald/Taunus" setzt der „III. Weg" in RLP aktuell auf rassistische Hetze gegen Asylsuchende. So machten deren Anhänger in Limburgerhof bei Ludwigshafen gegen eine geplante Unterkunft und den „drohenden Volkstod der heimischen Bevölkerung" nicht nur durch Kundgebungen und Infostände, sondern auch in Gestalt einer „Bürgerbewegung Limburgerhof" mobil. Als es in Folge eines Brandanschlages auf die noch unbewohnte Unterkunft im Mai 2015 zu „wilden Zeugenvorladungen von ortsansässigen Nationalisten" durch die Polizei gekommen war, veranstaltete der „III. Weg" eine Demonstration in Limburgerhof und Ludwigshafen. Obwohl nur 30 Neonazis erschienen, wertet die Partei solche Aktionen als vollen Erfolg. Dabei spielt der elitäre, völkische Charakter eine wesentliche Rolle.

„Wir leben im Kleinen das, was wir täglich im Großen auf der Straße einfordern. Allein das unterscheidet uns schon von allen anderen nationalen Parteien", schrieben Aktivisten des „Stützpunkt Hermannsland" (NRW) in ähnlicher Manier wie Armstroff, der „Kultur, Familie und Freizeit verstärkt ins Auge fassen und sich nicht ausschließlich dem Kampf um Wählerstimmen und Prozente widmen" möchte. Im Südwesten wird so versucht eine Lücke zu schließen, die nach dem Verbot der „Heimattreuen Deutschen Jugend" (HDJ) entstanden ist.

Vom „Freien" ins Parteien-Netz

Im September 2013, als der „III. Weg" gegründet wurde, stand die parteifreie bayrische Neonazi-Szene vor einem Prob-

lem: Nach einer Razzia im Juli war der militante Kameradschaftsdachverband „Freies Netz Süd“ akut von einem Verbot bedroht und musste sich auf den Wegfall sämtlicher Strukturen einstellen. Doch für Matthias Fischer, Norman Kempken & Co., die maßgeblichen Köpfe hinter dem Netzwerk, war das keine neue Situation. Gut neun Jahre zuvor waren die Kader bereits mit einer vergleichbaren Ausgangslage konfrontiert. Damals gehörten sie der Führungsspitze der „Fränkischen Aktionsfront“ (FAF) an, eine für ihre offensive „Anti-Antifa-Arbeit“ bekannte Gruppierung mit Schwerpunkt in den fränkischen Regionen, die 2004 von Bayerns Innenminister Günter Beckstein (CSU) wegen „Wesensverwandtschaft zum historischen Nationalsozialismus“ verboten wurde. Die seinerzeit in dem Zusammenschluss organisierten Aktivisten gründeten daraufhin nach einem mehrjährigen Intermezzo bei der NPD im Jahr 2009 das FNS als Ersatzorganisation und führten unter dessen Dach die Aktivitäten der verbotenen FAF fort — mit weitgehend identischer personeller Besetzung und nahezu derselben politisch-strategischen Zielsetzung.

Über sechs Jahre konnte das Netzwerk auf diese Weise ungestört agieren, bundesweit bedeutende Aufmärsche durchführen, Rechtsrock-Konzerte abhalten und Antifaschist_innen auf ihrer Internetseite steckbriefartig diffamieren. Allen Hinweisen zum Trotz, dass es sich beim FNS um eine Nachfolgeorganisation der FAF handelt, ist die Staatsregierung über Jahre hinweg nicht eingeschritten und hat keinerlei Verbotsbemühungen erkennen lassen. Erst ein fraktionsübergreifend angenommener Antrag der SPD-Landtagsfraktion brachte Bewegung in die Angelegenheit und mündete im Juli 2013 in der Razzia gegen das FNS. 700 Polizisten durchsuchten 73 Wohnungen, Postfächer und Arbeitsstätten und stellten 16.000 Asservate sowie 130 Terabyte Daten sicher.

Vor diesem Hintergrund begann das FNS sich gezielt auf die Maßnahme vorzubereiten und alternative Strukturen im Freistaat aufzubauen. Dazu knüpfte das Netzwerk ab November 2013 Kontakte zum „III. Weg“ um Klaus Armstroff. Die Neugründung war für das FNS aufgrund der an das „25-Punkte-Programm“ der NSDAP angelehnten Programmatik, der offenen Konkurrenz zur NPD sowie der militant-aktivistischen Ausrichtung eine besonders attraktive Plattform. Dementsprechend blieb eine Kooperation zwischen den beiden Gruppierungen nicht aus. In der ersten Zeit beschränkte sich diese noch vorwiegend auf die gegenseitige Teilnahme an Aktionen wie dem „Trauermarsch“ in Wunsiedel, bei dem „Der III. Weg“ am 15. November mit eigenen Bannern präsent war. Schon Ende desselben Monats erweiterte sich das Level der Kooperation auf den personellen Wechsel von führenden FNS-Kadern unter das Dach der Partei, darunter mit Tony Gentsch eine zentrale Figur der oberfränkischen extremen Rechten. Der gelernte Metzger aus Töpen wohnte im Anschluss an seine 26-monatige Haftstrafe wegen Beleidigung und Körperverletzung in der FNS-eigenen Immobilie in Oberprex im Landkreis Hof und trat eine Woche nach dem Aufmarsch in Wunsiedel am 23. November in Greiz erstmals als offizieller „Vertreter der neuen Parteialternative Der III. Weg“ bei einer Demonstration gegen eine Flüchtlingsunterkunft auf. Eineinhalb Monate später sprach er bei einer Demonstration in Ludwigshafen über die „Aktivitäten [der Partei] in seiner Region“ und kündigte damit eine Entwicklung an, die noch im selben Monat in der Gründung des „Stützpunktes Hof/Saale“ mündete und den Grundstein für die Etablierung des „III. Weg“ im Freistaat legte.

Bereits im Juni 2014, ein Monat vor dem Verbot des FNS, hatte die Partei nicht nur vier weitere „Stützpunkte“ gegründet, die neben Oberfranken mit den Regionen Oberbayern, Nürnberg/Fürth, Schwaben und Ostbayern den ehemaligen FNS-Aktionsraum abgedeckt haben. Auch das Personal hinter den Ablegern im Freistaat war beinahe deckungsgleich mit den Aktivisten des FNS, unter anderem traten zusätzlich zu Gentsch auch Matthias Fischer oder der niederbayerische Neonazi Walter Strohmeier (Leiter des „Stützpunkts Ostbayern“) nach dem kontinuierlichen Aufbau von Parteistrukturen nur noch unter deren Namen auf. Gleichzeitig wurden alle ehemals zentralen und lokalen Events des FNS — die 1.-Mai-Aufmärsche, das „Heldengedenken“ in Wunsiedel etc. pp — seitdem ausschließlich unter den Bannern der neuen Formation durchgeführt.

Das Verbot des FNS, das am 23. Juli 2014 erwirkt wurde, verfehlte aus diesem Grund in weiten Teilen seine Wirkung. Zwar stellte die Beschlagnahmung der Immobilie in Oberprex und des „Final-Resistance-Versands“ unter der Leitung von Fischer und Gentsch einen strategischen und finanziellen Schlag für das FNS dar, doch entgegen der Meinung des heutigen Innenministers Herrmann hat die Zerschlagung der Strukturen den Kameradschaftsverband keinesfalls wirklich „empfindlich“ getroffen. Tatsächlich ermöglichte die lange Dauer zwischen Razzia und Verbot den Aufbau einer Ersatzorganisation unter den Augen der Behörden. Das FNS konnte deshalb seine Aktivitäten ohne Problem fortführen. Gerade im Moment, angesichts der extrem rechten Agitationen gegen Asylsuchende, führen die mittlerweile sechs Parteistützpunkte dem Ministerium mit ihren diversen Flugblattverteilungen und Kundgebungen die Wirkungslosigkeit des viele Jahre zu spät eingeleiteten Verbotsverfahrens eindrucksvoll vor Augen.

Für die Partei selbst war der Aufbau von Ersatzstrukturen jedoch keine reine Gefälligkeit für das FNS. Dem „III. Weg“ diente die Etablierung einer Ersatzorganisation vielmehr für seine eigenen Zwecke, um sich als effektive Organisation zu profilieren und ihre Ambition als ernstzunehmende Kraft innerhalb der extremen Rechten unter Beweis zu stellen. Das eigentliche Ziel, die Partei nach und nach in weitere Bundesländer auszuweiten, haben die Neonazis währenddessen nie aus dem Blick verloren — im Gegenteil: Unter Rückgriff auf die bundesweiten Kontakte des FNS knüpfte die Partei Beziehungen in andere Bundesländer, vorwiegend in das thüringische und sächsische Vogtland sowie nach Brandenburg.

Die „Hustensafttruppe“ aus Saalfeld

Nachdem Gentsch auf einer rassistischen Demonstration des Greizer Neonazis David Köckert sprechen durfte, fingen auch Thüringer Neonazis an, Interesse für die Partei zu zeigen. Eine erste öffentliche Bezugnahme auf die Partei war die Mai-Demons-



tration im sächsischen Plauen 2014, wo in größerer Anzahl „Freie Kräfte", wie etwa Michel Fischer aus Tannroda, aber auch Erfurter NPD-Mitglieder dem Aufruf folgten. In der zweiten Jahreshälfte 2014 organisierte der „III. Weg" dann in Thüringen mehrere Veranstaltungen in Saalfeld, Kahla und im Raum Erfurt. Der „Nationale Widerstand" befände sich „durch diverse Fehlentwicklungen der letzten Jahre in einer tiefen Krise", weshalb nun die „Wiedergeburt des Nationalen Widerstandes" auf der Agenda stünde, hieß es später in einer Parteimeldung. Auch der Bundesparteitag des „III. Weg" fand am 27. September 2014 im thüringischen Kirchheim bei Erfurt statt, wo neben Parteichef Klaus Armstroff und dem früheren FNSler Matthias Fischer auch der Liedermacher Torsten Hering („Torstein") auftrat. Nur zwei Wochen zuvor scheiterte die NPD mit ihrem Ziel in den Thüringer Landtag einzuziehen, dazu tauchten in der Endphase des Wahlkampfes noch Ermittlungsakten wegen Kindesmissbrauchs und Misshandlungen in der Familie gegen den NPD-Landesvorsitzenden Patrick Wieschke auf. Die internen Verwerfungen nutzte der „III. Weg" und ging Anfang 2015 in die Offensive. Mehrere Monate wurde bundesweit für einen Aufmarsch zum „Arbeiterkampftag" in Saalfeld mobilisiert. Die NPD verstand dies als Affront und reagierte mit einer eigenen Anmeldung für die gleiche Zeit in Erfurt. Einige Funktionäre zeigten sich brüskiert über das Wildern einer neuen Partei in den eigenen Gebieten. Mandy Meinhardt, NPD-Kreistagsabgeordnete in Saalfeld-Rudolstadt, bezeichnete den „III.Weg" als „Hustensafttruppe" und riet den NPD-Anhängern: „jeder der Ehre und Stolz besitzt lässt sich bei denen nicht sehen". Die NPD konnte schlussendlich 250 Personen nach Erfurt mobilisieren, der „III. Weg" brachte es in Saalfeld auf über 600 Neonazis, die auch aus dem Ausland angereist waren. Stimmig zum militanten Auftreten der neuen Partei kam es mehrfach zu Übergriffen durch Teilnehmer der Neonazi-Demonstration, welche in zahlreichen Verletzungen auf Seiten der Gegendemonstrant_innen resultierten. Kurze Zeit danach gründete der „III. Weg" in der Region um Saalfeld seinen ersten Thüringer Ableger, den „Stützpunkt Thüringer Wald / Ost", in dem Mitglieder aus dem Umfeld der Gruppen „Freies Netz Kahla" und „Freies Netz Saalfeld" unter kamen. Letztere hatte sich im Vorfeld des 1. Mai überraschend aufgelöst. Lokale Rivalitäten zwischen Neonazis, aber auch die Rolle des VS sollen Gründe gewesen sein. So schrieben sie, dass „dieser Landkreis ein regelrechter Hort von V-Männern" sei und weiterhin „der Umstand, dass jedoch noch weite Teile der Szene zu diesen Gestalten stehen (...) ist mehr als erbärmlich und zeigt deutlich auf, dass mit solchen Leuten keine Zusammenarbeit möglich ist". Ein Seitenhieb an jene, die weiterhin Feiern des enttarnten V-Manns Tino Brandt in Rudolstadt besuchten. Man habe bei den eigenen Kameraden die „geistigen Fähigkeiten überschätzt", so das Resumé der Auflösungserklärung.

Jenseits eines im Sommer 2015 organisierten Camp- und Fussballturniers des neuen Stützpunktes, einer Wanderung mit etwa 30 bis 40 Personen und einer Reihe an Flugblattaktionen in den Regionen Jena, Saale-Holzland-Kreis und Saalfeld-Rudolstadt gegen geflüchtete Menschen und Asylunterkünfte, fanden seit dem 1. Mai bisher keine öffentlichen Veranstaltungen der Partei in Thüringen statt.

Revoluzzer in Parteikluft

In Sachsen spielt die Kleinstpartei öffentlich ebenso eine randständige Rolle. Erstes Lebenszeichen war Anfang 2014 die Gründung eines bayrisch-sächsischen „Stützpunkt Hochfranken/Vogtland". Die etwa 20 Mitglieder rekrutieren sich vor allem aus der vogtländischen Kameradschaft „Revolutionäre Nationale Jugend" (RNJ), die seit 2010 öffentlich in Erscheinung trat und ähnlich wie das FNS einen aktivistisch militanten Habitus pflegte. Örtliche Führungsfigur ist der einstige RNJ-Aktivist Rico Döhler, wichtiger Förderer des Parteiaufbaus in der Region ist seit Anbeginn niemand anderes als Tony Gentsch.

Seit Februar 2015 ist der „Stützpunkt Vogtland" selbständig, in Bemühung um verstärkte Kontakte nach Thüringen. Für Furore sorgte jener zu dieser Zeit auch, als Mitglieder in Parteikluft an der Besichtigung einer örtlichen Unterkunft für Asylsuchende teilnahmen. Flyeraktionen gegen die Unterkunft folgten im Juli. Die „Früchte" dessen erntete Plauen wenige Wochen später: In der Nacht zum 25. August griffen rund 40 Neonazis die Unterkunft mit Steinen und Flaschen an, die der „III. Weg" im Februar besucht hatte. Im Juni wurde außerdem bekannt, dass sich Thomas Lauter, ehemaliger Stadtrat der NPD in Plauen, der Partei angeschlossen hat. Nun ist er der erste Stadtverordnete des „III. Weg". Das und die frühzeitige Präsenz in Sachsen sind strategisch bedeutsame Schritte bei dem Versuch, den Parteistatus zu behaupten und durch die Aufstellung in verschiedenen Bundesländern einem Verbot auf Landesebene vorzubeugen.

Einen weiteren sächsischen Ableger stellt der im April 2015 gegründete „Stützpunkt Mittelland" dar, welcher den Raum Halle, Leipzig und Merseburg umfassen soll. Zumindest im Leipziger Gebiet verfügt die Partei aber bislang über keinerlei Strukturen. Anhand eines einzelnen Mitgliedes im nahen Schkeuditz zeigt sich, dass für eine Hinwendung zum „III. Weg" mitunter die persönliche Bindung an die bayrische Szene ausschlaggebend ist, weniger die Nachfrage vor Ort. So wird aktuell zwar der Versuch forciert, in Mittelsachsen Fuß zu fassen, doch als dortige Parteifreunde Ende Juli auf einer NPD-Kundgebung in Dresden Flugblätter verteilten, wurden sie nach eigenen Angaben angegriffen — angeblich durch NPD-Funktionäre. So bleibt der Einfluss auf



„Der III. Weg"-Funktionär Tony Gentsch (vorne) aus dem Vogtland während einer Neonazi-Demonstration am 18. April 2015 in Gotha.

Regionen beschränkt, in denen NPD und JN schwächeln und freischwebende Sympathisanten zurücklassen. Offensichtlich setzt der „III. Weg" in Sachsen nicht auf einen Schulterschluss, sondern will perspektivisch vom Negativtrend des nationaldemokratischen Platzhirsches profitieren.

In Sachsen dürfte ein bleibendes Handicap sein, der Partei „Die Rechte" nach eilen zu müssen. Zudem lässt der aktuelle Agitationsschwerpunkt gegen Asylsuchende unter den besonderen sächsischen Bedingungen alle Alleinstellungsmerkmale missen.

Des Fischers neue Heimat: „Der III. Weg" in Brandenburg

Noch lächelt Dave Trick, NPD-Stadtverordneter und Aktivist der „Freien Kräfte" aus Neuruppin, neben dem Transparent des „Der III. Weg" in Wittstock Ende Juni. Doch geht es mit dem Dahinscheiden der NPD weiter wie bisher, wird Trick demnächst nicht mehr neben, sondern hinter dem Transparent stehen. Denn inzwischen wird „Der III. Weg" zur ernstzunehmenden Konkurrenz in Brandenburg, nicht nur für die NPD, sondern auch für „Die Rechte" und die „Europäische Aktion".

Seit einem knappen Jahr hat „Der III. Weg" in Brandenburg Strukturen aufgebaut. Der Grund: Matthias Fischer zog im Sommer 2014 in die Uckermark. Asylfeindliche und rassistische Aktionen folgten. Unterstützung bekommt er von Maik Eminger, Zwillingsbruder des im NSU-Prozess Angeklagten André Eminger, aus Grabow. Als Führungsfigur tritt Eminger für die Partei öffentlich auf, meldet Versammlungen an und ist federführend für ihre Durchführung verantwortlich. Neben einer Reihe von Kundgebungen, wie für die „Gefangenenhilfe", einer Nachfolgeorganisation der „Hilfsorganisation Nationaler Gefangenen", oder vor der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende in Eisenhüttenstadt, trat die Partei durch kleinere Flugblattaktionen in Erscheinung. Auch gibt es inzwischen einen offiziellen „Stützpunkt Potsdam/Mittelmark", welcher im August diesen Jahres ein Sommerfest abhielt, bei dem nach eigenen Angaben Neonazis aus Ungarn und aus der Ukraine teilnahmen.

Eminger und Fischer bilden nicht nur ein szenebekanntes, sondern auch ambitioniertes Führungsduo für die Partei in Brandenburg. Mit seinem „nationalrevolutionären" Charakter spricht „Der III. Weg", ganz im Gegensatz zu dem eher gediegenen Parlamentarismus der NPD, die sich zunehmend radikalisierenden AktivistInnen der rechten Szene an. Erste Übertritte und Annäherungen gibt es bereits: Der ehemalige Bad Belziger NPD-Stadtverordnete Pascal Stolle gab bekannt sich dem „III. Weg" anzuschließen und tritt seitdem als Redner für die Partei in Erscheinung. Selbst die langjährige NPD'lerin Manuela Kokott ergriff bei einer Kundgebungsfahrt in Zossen und Damsdorf Anfang August das Wort.

Der im März 2015 gegründete „Stützpunkt Berlin" fiel bisher kaum auf. Abgesehen von Verteilaktionen rassistischer Propaganda im April in Marzahn, Vortragsveranstaltungen und der Teilnahme an Kundgebungen ist der Berliner Ableger öffentlich genauso marginal wie Ableger in Niedersachsen oder Rheinland-Pfalz.

Mag der „III. Weg", trotz seinen nun 15 bundesweiten „Stützpunkten", nur in Bundesländern wie Bayern, Thüringen, Brandenburg und Sachsen an Relevanz gewinnen, so avanciert sich die Kleinstpartei im Großen doch zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz innerhalb der extrem rechten Parteienlandschaft. Beeinflusst von der desolaten Lage der NPD, die sich nach internen Skandalen und Misserfolgen abnehmender Beliebtheit erfreut, bildet sie ein stabiles und aktionistisches Netzwerk vormals regionaler „Freier Kräfte", welches selbst im internationalen Rahmen anknüpfungsfähig ist. So pflegt die Partei jene Kontakte, welche bereits durch das FNS intensiviert wurden: Klaus Armstroff trat als Redner der Partei zum „Tag der Ehre" 2015 in Budapest auf, ungarische „Blood & Honour"-Aktivisten marschierten wiederum in Plauen und Saalfeld. Ein Produkt des von Fischer und Gentsch zu FNS-Zeiten initierten „Deutsch-Ungarischen Freundeskreis". Auch der Fackelmarsch im Februar 2014 im tschechischen Karlovy Vary — eine Ersatzveranstaltung zum traditionellen Aufmarsch in Dresden — war maßgeblich vom „III. Weg" organisiert.

Angesichts der aktuellen Betätigung bei Anti-Asyl-Protesten, dem gezielten strukturellen Ausbau und dem militanten Personal hinter der Gruppierung dürfte von der Neonazi-Partei in der Zukunft also ein nicht unerhebliches Gefahrenpotenzial ausgehen. Mit der Veröffentlichung einer Google-Maps Karte diesen Jahres, auf der bekannte und in Planung stehende Flüchtlingsheime verzeichnet sind, befeuerte sie die rassistischen Mobilisierungen, die nicht zuletzt in den August-Wochen in zahlreichen Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte, besonders in der sächsischen Provinz, mündeten. •

NS-SZENE

Die neonazistische Mini-Partei „Die Rechte“ wurde Ende Mai 2012 u.a. durch den Neonazi-Kader Christian Worch und einigen ehemaligen Mitglieder der inzwischen aufgelösten „Deutsche Volksunion“ (DVU) gegründet, die sich nicht mit der Fusion zwischen DVU und NPD im Mai 2012 abfinden wollten. Seitdem gilt „Die Rechte“ als eine relativ verbotssichere Alternative für AktivistInnen aus verbotenen Neonazi-Gruppierungen. Es bestehen Landesverbände in Baden-Württemberg, Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Brandenburg, Niedersachsen und Bayern. An dieser Stelle sollen die drei Landesverbände NRW, Sachsen und Thüringen vorgestellt werden.

„Die Rechte“

VON LOTTA, AIB UND ARTHUR SAJDOWSKI

NRW — Auffangbecken für verbotene Kameradschaften

In keinem anderen Bundesland verfügt „Die Rechte“ über ähnliche viele Kreisverbände und AktivistInnen wie in Nordrhein-Westfalen: Neun Kreisverbände werden auf der offiziellen Parteiseite im Internet aufgeführt, hinzu kommen noch die beiden Kreisverbände Recklinghausen und Ostwestfalen, die bislang vor allem auf „Facebook“ aktiv sind. Ende 2013 soll die Gesamtpartei etwa 500 Mitglieder gehabt haben. Mehr als die Hälfte der Mitglieder sollen hierbei aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen (NRW) stammen.

Das westliche Bundesland ist die Schwerpunktregion der Neonazi-Partei, hier wurde am 15. September 2012 auch ihr erster Landesverband gegründet. Wenige Wochen zuvor hatte der Landesinnenminister am 23. August drei der wichtigsten Kameradschaften in Hamm, Dortmund und Aachen verboten. Es war ein Verbot mit Ankündigung: Bereits im Mai war schon die „Kameradschaft Walter Spangenberg“ aus Köln verboten worden. Zumindest die stark im öffentlichen Fokus stehenden Gruppen „Nationaler Widerstand Dortmund“ (NWDO) und „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) konnten danach ahnen, dass sie als Nächste an der Reihe sind.

So ließ sich kurze Zeit nach dem Verbot der vormalige NWDO-Anführer Dennis Giemsch zum Landesvorsitzenden wählen. Der ehemalige Anführer der verbotenen „Kameradschaft Hamm“, Sascha Krolzig, komplettierte zusammen mit den beiden Dortmunder Neonazi-Aktivisten Michael Brück und Dietrich Surmann den Vorstand. Einen Monat später bildeten sich die ersten fünf Kreisverbände von „Die Rechte“, darunter auch die beiden sehr aktiven Verbände aus Hamm und Dortmund. Die Aachener Szene brauchte noch bis Februar 2013, bis sie sich als „Die Rechte“-Kreisverband reorganisierte.

In der Folgezeit lösten sich zahlreiche Kameradschaften formal auf. „Die Rechte“ — allen voran der dominante Dortmunder Kreisverband — übernimmt seitdem fast vollständig die Rolle der vormals in der neonazistischen Szene des Bundesland einflussreichen „Freien Kameradschaften“. Dies zeigt sich besonders deutlich an der „Demonstrationspolitik“. Eine Auswertung der Zeitschrift LOTTA kam zu dem Ergebnis, dass in den Jahren 2013 und 2014 nur eine einzige, von der eher unbedeutenden „Kameradschaft Volkssturm Deutschland“ organisierten, Kundgebung insgesamt 15 Demonstrationen und 33 Kundgebungen mit mehr als 25 Teilnehmenden von „Die Rechte“ gegenüber stand.[1] Schnell offenbarte sich nämlich, dass die Polizei, mit Ausnahme des jährlichen Marsches im rheinischen Stolberg, nicht gegen Aufmärsche der Partei vorgehen wollte oder konnte. Nachdem die Prüfung eines Verbots als Nachfolgeorganisation einer verbotenen Vereinigung aufgrund des Parteienprivilegs zunächst als wenig aussichtsreich abgetan wurde, soll nun ein neuerliches Rechtsgutachten die Möglichkeiten für ein Verbot klären.

Durch die Organisierung als Partei ist es jedoch nicht zu einer „Parlamentarisierung“ der Neonazi-Szene gekommen. Allerdings versucht „Die Rechte“, die neuen, mit dem Status der Partei verbundenen Möglichkeiten und Privilegien zu nutzen, beispielsweise wenn sie in Wahlkampfzeiten legal Plakate anbringt. Diese sollen mit Parolen wie „Wir hängen nicht nur Plakate“ vor allem eine provokative Wirkung erzielen. Die Neonazis wollen so zeigen, dass sie sich weiterhin als kompromisslose und überzeugte „Nationale Sozialisten“ verstehen. Dazu tragen auch Aktionen wie der in handfesten Angriffen endende „Marsch auf das Dortmunder Rathaus“ am Abend der Kommunalwahl 2014[2], die Patrouillen eines „Stadtschutzes“ oder ein spontaner Aufmarsch mit Fackeln und Böllern vor einer Flüchtlingsunterkunft bei.

Nachdem „Die Rechte“ vom Bundeswahlausschuss im Juli 2013 zur Bundestagswahl 2013 als politische Partei zur Kandidatur zugelassen wurde, trat sie nur in NRW zur Wahl an. Als Ergebnis holte sie 2.245 Zweit-



Der „Die Rechte"-Funktionär Alexander Kurth (mitte) aus Leipzig mit seiner neuen Parteifahne.

stimmen, was das niedrigste Zweitstimmenresultat aller angetretenen Parteien war. Bei den Kommunalwahlen trat „Die Rechte" nur in Hamm und Dortmund zur Wahl des Stadtrats an, wobei sie mit Ergebnissen von 0,9 und 1 Prozent je ein Mandat gewann. In Wuppertal kandidierte sie erfolglos für zwei Bezirksvertretungen. In den Räten wurden seitdem zahlreiche provokante Anfragen gestellt. In Dortmund wechselte das Mandat von Siegfried Borchardt über Dennis Giemsch zu Michael Brück. Aktuell mobilisiert „Die Rechte" vor allem gegen Asylsuchende. Im Dortmunder Stadtteil Mengede hat sie sich dazu das Deckmäntelchen einer „Bürgerinitiative" umgehangen. Die Resonanz ist aber eher mäßig.

Sachsen — langwieriger Aufbauprozess

Ein erster, kurzlebiger sächsischer „Die Rechte"-Landesverband wurde bereits im Oktober 2013 gegründet, kurioserweise in Nordhessen. Dem ursprünglichen Landesvorstand, angeführt durch den Zwickauer Sebastian-Daniel Risse, gehörten Gesinnungsgenossen aus dem Vogtland, Ostsachsen und dem Landkreis Leipzig an: Allesamt Randfiguren, die in der Szene keinerlei Resonanz für ihre Gründung erzeugen konnten. Nach wenigen Monaten zerfiel der sächsische ebenso wie der hessische „Die Rechte"-Verband, der unter Pierre Levien Pate gestanden hatte. Die dortige Abspaltung „Nationale Sozialisten Main-Kinzig" (NSMK) wurde infolge mit einer „Organisation Sachsen" auch im Freistaat aktiv, getragen von gerade einem halben Dutzend Personen, inklusive ehemaligen „Die Rechte"-Anhängern.

Der zweite Anlauf, einen Landesverband zu schaffen, wird seit Herbst 2014 verfolgt. Maßgeblich ist dabei der Leipziger Neonazi Alexander Kurth. Kurth hat sich nach einem jahrelangen Gefängnisaufenthalt wegen gefährlicher Körperverletzung zu einem der derzeit aktivsten Szeneprotagonisten in der Region entwickelt. Als solcher wurde er Wortführer des NPD-Kreisverbandes und seines Nachwuchses in Leipzig. Sein Aktivismus brachte ihn aber bald in Konflikt mit dem Landesvorstand, die ärgste Episode: Kurth trat für die NPD zur Stadtratswahl im Mai 2014 an — erfolglos zwar, doch die Wahl musste in seinem Bezirk komplett wiederholt werden, weil er durch strafrechtliche Belastung gar nicht hätte antreten dürfen. Nachdem ihm ein Parteiausschlussverfahren angedroht wurde, zog sich der 35-Jährige zurück und ging zu „Die Rechte". Fortan fungierte er als deren „Landesbeauftragter". Inzwischen ist er zum ordentlichen Landesvorsitzenden gewählt worden.

Der Zeitpunkt dieses Engagements war strategisch äußerst günstig, denn er fiel zusammen mit dem Scheitern der NPD zur Landtagswahl als sichtbarstem Ausdruck der Krise der Partei in einem ihrer „Kernländer". Seitdem leidet die NPD unter verstärktem Personalschwund, unter anderem in Ostsachsen, wo bereits mehrere „Die Rechte"-Informationsveranstaltungen stattfanden. Ende November 2014 trat die Bautzner Stadträtin Daniela Stamm, die bisher der NPD angehörte, zu „Die Rechte" über und bescherte der Partei ihr erstes Mandat in Sachsen. Stamm, bekannt als Initiatorin von Anti-Asyl-Veranstaltungen, ist inzwischen stellvertretende „Die Rechte"-Landesvorsitzende. Andere AnhängerInnen neben ihr und Kurth wollen einstweilen anonym bleiben. Zwar wurde inzwischen wiederholt die Gründung mehrerer Kreisverbände angekündigt, doch statt einer Ausbreitung in der Fläche sind viele Aktivitäten offensichtlich an Kurth gebunden, der sich zugleich als Redner und „Reisekader" bundesweit bekannt macht. Allerdings spielt er eine streit-



Michel Fischer (vorne rechts), Landesorganisationsleiter von „Die Rechte" in Thüringen, bei einem Neonazi-Trauermarsch am 7. Februar 2015 in Weimar.

bare Rolle. Das zeigen Inhalte seines Mobiltelefons, die unlängst anonym veröffentlicht wurden und für Furore sorgten, weil sie den augenscheinlich privaten Kontakt zu einem Polizeibeamten belegen. Daneben zeigen die Daten, wie Kurth einige langjährige „Kameraden" ausmanövrieren und andere für seine Partei anwerben will.

Der „Die Rechte"-Bundesvorsitzende Christian Worch hat nach Jahren der Abstinenz erwogen, wieder eine Demonstration in Sachsen anzusetzen. Dazu kam es bisher nicht und es bleiben Zweifel, ob sein sächsischer Aktivistenstamm dafür genügt: Angaben zur Mitgliederzahl werden nicht gemacht, zumindest am Anfang waren nicht mehr als zehn Leute involviert. Im Vordergrund stehen derweil vor allem propagandistische Aktivitäten, etwa die Verbreitung einer an jüdische Organisationen gerichteten Aufforderung zur Ausreise oder generelle Aktivitäten in sozialen Netzwerken. Daneben beteiligen sich Kurth und Konsorten an 'Gida'-Versammlungen.

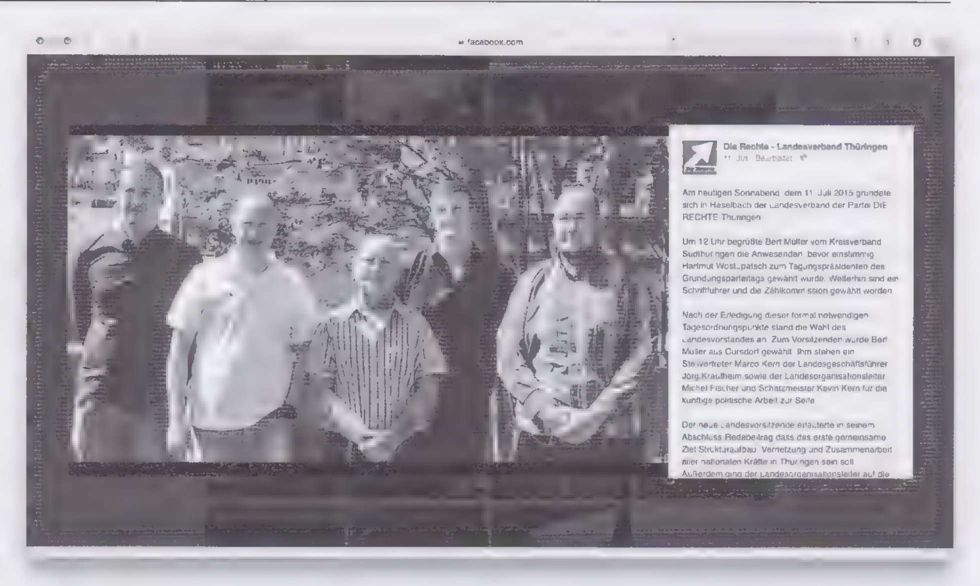
Beachtlich ist, dass trotz offener Konkurrenzsituation weiterhin enge Verbindungen insbesondere zur sächsischen JN bestehen. Bei einer weiterhin zurückgehenden Bedeutung der NPD könnte der vergleichsweise aktivistische Nachwuchsverband zu einer bedeutsamen Erbmasse werden, um die „Die Rechte" gern buhlen würde. Ohne diese strategische Option wäre die Partei in Sachsen auf einen langwierigen Aufbauprozess angewiesen, um irgendwie selbst zu Kräften zu kommen. Ob diese zweite „Die Rechte"-Gründung in Sachsen von der erforderlichen Kontinuität ist, wird sich erst dann erweisen.

Thüringen — Schläger und 90er Jahre an der Spitze

Seit dem 11. Juli 2015 existiert der Landesverband „Die Rechte" in Thüringen. Zuvor versuchten Sympathisanten der Partei mühsam über anderthalb Jahre ausreichend Unterstützer zu finden. Eine treibende Kraft spielte dabei Jörg Krautheim, 1994 Mitgründer der „Kameradschaft Gera" und aktives Mitglied im früheren „Thüringer Heimatschutz". Krautheim betrieb den „Aufruhr-Versand", der bis 2006 zu den bedeutendsten Szenevertrieben gehörte, ehe er von Antifaschist_innen gehackt und die über 7500 Kundendatensätze im Internet veröffentlicht wurden. Krautheim war bereits Ende 2013 Teilnehmer eines „Drei-Länder-Stammtisches" von „Die Rechte"-Anhängern aus Sachsen, Hessen und Thüringen, auf dem bereits die Landesverbandsgründung Thüringen ins Auge gefasst wurde. Zur selben Zeit reiste auch der wegen mehreren Gewaltdelikten vorbestrafte Thüringer Neonazi-Funktionär Michel Fischer zu einer Vielzahl von „Die Rechte"-Demonstrationen. Unterstützung erhielten die Thüringer Sympathisanten auch durch den Leipziger „Die Rechte"-Aktivisten Alexander Kurth, der monatelang immer wieder das Nachbarbundesland besuchte. Als dessen Handykommunikation im Mai 2015 durch Antifaschist_innen publik gemacht wurde, sorgte auch ein enthaltener SMS-Verkehr mit dem Erfurter NPD-Stadtrat Enrico Biczysko für eine Überraschung. Biczysko kündigte an, zur Konkurrenzpartei „Die Rechte" überlaufen zu wollen, weil er mit deren Programm und einem persönlichen Neuanfang mehr erreichen könne. Auch andere NPD-Mandatsträger würden es ihm gleich tun, so die Versprechung.

Am 13. Juni 2015 fand eine Infoveranstaltung der Partei in Südthüringen statt, bei der Michel Fischer über den Parteiaufbau in Thüringen sprach und gegen die NPD wetterte. Noch zwei Jahre zuvor hatte die Thü-

ringer NPD ihm mit einer Unvereinbarkeitserklärung „blinden Aktionismus, eine Spaltung nationaler Gruppierungen und eine inszenierte Selbstdarstellung“ vorgeworfen. Vier Wochen nach der Veranstaltung wurde der Landesverband bei einem Treffen in Haselbach bei Sonneberg gegründet. Unter den Gästen befanden sich auch die bayrischen Neonazis Hartmut Wostupatsch und Philipp Hasselbach. Hasselbach hatte bereits im März 2015 eine Kundgebung der Partei für den mutmaßlichen Thüringer NSU-Helfer Ralf Wohlleben kurz nach seinem 40. Geburtstag vor dem Münchener Oberlandesgericht organisiert. Zum Landesvorsitzenden wurde der bis dato kaum öffentlich in Erscheinung getretene Bert Müller gewählt. Er stammt aus Cursdorf, das Nachbardorf von Oberweißbach, aus dem auch die vom NSU ermordete Polizistin Michele Kiesewetter kommt. Müller ist ein Neonazi-Skinhead wie aus dem Bilderbuch, der sich Mühe gibt, die Klischees der 90er Jahre zurückzuholen. Fischer wurde zum Landesorganisationsleiter gewählt, Jörg Krautheim zum Landesgeschäftsführer. Als weitere Mitglieder im Landesvorstand wurden Marco Kern und Kevin Kern gewählt. Der Anhängerkreis von „Die Rechte“ dürfte in Thüringen bisher noch relativ klein ausfallen, gleichwohl zeigen sich einige Mitglieder äußerst reisefreudig und laufen beinahe wöchentlich bei den „Thügida“-Demonstrationen mit. Landesorganisationsleiter Fischer kündigte an, die Partei in Sachsen-Anhalt im Landtagswahlkampf 2016 zu unterstützen. Zuletzt attackierte er am 27. Juni 2015 in Jena am Rande eines Aufmarsches einen Journalisten und wurde deswegen kurzzeitig in Gewahrsam genommen.



„Die Rechte“ Landesvorstand Thüringen: 2.v.l. Jörg Krautheim aus Gera, 3.v.l. Bert Müller aus Cursdorf und 5.v.l. Michel Fischer aus Tannroda. (Foto: Screenshot facebook)

Wolf im Wolfspelz

Obwohl im „Programm der Partei DIE RECHTE“ an erster Stelle steht: „Die Partei DIE RECHTE bekennt sich vollinhaltlich und ohne jeden Vorbehalt zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verfasst ist. Die Verwirklichung der vom Grundgesetz vorgeschriebenen Verfassungsziele ist für die Partei DIE RECHTE oberstes Gebot.“ macht sich innerhalb der Neonazi-Szene kaum noch jemand Illusionen über den wahren Charakter der Partei. Christian Worch selbst erklärte recht schwammig seine Partei solle „radikaler als die REPs und die Pro-Bewegung“ sein, aber „weniger radikal als die NPD“.[3] Ein Redner von „Die Rechte“ formulierte es am 31. August 2013 in Dortmund mit den Worten: „Was wir uns wünschen würden, ist nicht, dass ihr uns irgendwann mal bei irgendeiner Wahl, sei es nun Kommunal, Europa oder Bundestagswahl eine Stimme gebt. Eine Stimme für eine Kleinstpartei hat im Grunde kaum Wirkung und kann nichts verändern. Das eigentliche Ziel an der Partei sollte aber sein, an der dauerhaften Willensbildung des deutschen Volkes teilzunehmen (...)“

Um den Parteienstatus nicht zu gefährden kann „Die Rechte“ jedoch auf Wahlantritte nicht verzichten. Neben den Wahlen in NRW trat sie daher auch bei der Landtagswahl in Hessen 2013 in einem Wahlkreis in Main-Kinzig mit dem Direktkandidaten Pierre Levin an. Dieser erhielt 300 Stimmen (0,4 Prozent). Doch bereits im Januar 2014 trat Pierre Levien von seinen Posten bei „Die Rechte“ zurück. Später erklärte der Landesverband Hessen die Einstellung seiner Aktivitäten, da die Partei „in Hessen als gescheitert angesehen“ werde. Als Ursache wurden u.a. Auseinandersetzungen zwischen Pierre Levien und seinem Nachfolger Bernd Hilpert vermutet. Christian Worch hatte auch die Teilnahme an den Europawahlen 2014 angekündigt, welche jedoch im März 2014 scheiterte. „Die Rechte“ hatte nur etwa 1000 Unterstützerunterschriften statt der erforderliche Anzahl von 4000 Unterschriften sammeln können. Was „Die Rechte“ mit ihren minimalen parlamentarischen Möglichkeiten anstellt, ist jedoch bezeichnend genug — im November 2014 stellte Dennis Giemsch als Parteivertreter im Stadtrat von Dortmund die Anfrage an die Stadtverwaltung, wie viele Menschen jüdischen Glaubens in Dortmund ansässig seien und in welchen Stadtteilen diese gemeldet seien. •

1 Lotta Nr. 58 **2** Vgl. AIB Nr. 103 **3** spiegel.de vom 27.7.2012: „Die Rechte“: Neue Rechtspartei will NPD ersetzen

NS-SZENE

„Europäische Aktion“

Eine internationalistische Neonazi-Avantgarde?

VON HANS STUTZ (SCHWEIZ) UND
ARTHUR SAJDOWSKI (THÜRINGEN)

„Die „Europäische Aktion“ (EA) strebt einen gesamteuropäischen Zusammenschluss von extrem rechten Aktivisten an. Ihr Gründer und Vordenker, der Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub, ist in der Versenkung verschwunden, nun spielt Rigolf Hennig den starken Mann.

Es war ein sonniger Samstag im September 2012. „Europafest“ der „Europäischen Aktion“ auf dem Odilienberg bei Strassburg. Rund 60 Personen lauschten dem „Festvortrag“ von Bernhard Schaub, angekündigt als EA-„Gründer“. Er war ab 2003 Vorsitzender des „Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV) gewesen und — kurz vor dem VRBHV-Verbot durch das deutschen Bundesinnenministerium im Winter 2008 — von seinem Amt zurückgetreten. Bereits Anfang Februar 2010 berichtete die langjährige Schaub-Weggefährtin und VRBHV-Exponentin Ursula Haverbeck-Wetzel in einem Vortrag von Vorarbeiten für eine Neugründung, die zuerst „Bund Freies Europa“ heissen solle. Unter anderem will die EA ihre Ziele durch „Heranbildung einer Schicht von zukünftigen Verantwortungsträgern“ erreichen, die GründerInnen sehen sich also als politische Avantgarde-Organisation.

Es habe „gut begonnen“, freute sich Schaub Anfang 2010 in einem internen Schreiben. Aber dann kam es zu „Störungen“, wie Rigolf Hennig in einem internen Schreiben sechs Monate später meldete. Es folgte ein Eklat: Schaub trat bereits vor der offiziellen Gründung zurück. Die Gründe sind unklar. Doch „einige Mitstreiter“ (Hennig) schritten Mitte Juli 2010 dennoch zur Tat: Tagungsleiter ist „Dieter Fricke“, Exponent einer „Unabhängigen Bürgergemeinschaft“ in Verden. Rund 40 „Mitstreiter“ sind anwesend, „darunter Bettina Schaub, Bernhards Tochter“. Die Versammlung beschliesst, so Hennig, „einstimmig, die Arbeit des Bundes unter dem Aussenbegriff ‚Europäische Aktion’ fortzusetzen“. Gemäss Schaubs Wunsch soll „der Begriff ‚Bund Freies Europa’“ für den „inneren Bereich“ gelten. Als Sprecher bestimmen die Anwesenden ein „Dreiergremium“, bestehend aus Ursula Haverbeck, Rigolf Hennig und dem Schweizer Patrick Wagner.

Erste grössere mediale Beachtung erhält die EA ein Jahr später, als sie Mitte September 2011 im „Raum St. Gallen“ ihr erstes „Europa-Fest“ durchführt. Schaub spricht hier über den „Feind“: „Die kleine messianische Chabad-Sekte in Newyork (sic!) und ihren Chef, den sogenannten Rabbi von Lubawitsch“. Der „Aufbau der Europäischen Aktion“ sei, so Schaub, auch eine „Vorbereitung der Machtübernahme“. Ein Jahr später feiert die EA auf dem Odilienberg ihr zweites „Europafest“. Angekündigt sind — neben Festredner Schaub — VertreterInnen von EA-Landesgruppen, meist bekannte HolocaustleugnerInnen, so Michèle Renouf oder Richard Edmonds. Weiter „Dr. Hans Berger“, Landesleiter EA Österreich, jedoch seit Jahrzehnten in der Schweiz wohnhaft. Und auch: Rigolf Hennig, damals Vorsitzender der norddeutschen EA. Weitere Gäste: Bojan Rasate, Gründer des „Bulgarischen Nationalbundes“ (BNS) und der einschlägig bekannte spanische Buchhändler Pedro Varela. Der damals 23jährige Oliver Hasler, Landesleiter der EA Liechtenstein, verkündete nach einem Medienbericht über seinen Auftritt dort seinen Rücktritt und Austritt, zumindest für die Öffentlichkeit.

Ende Januar 2013 verkündet Bernhard Schaub zusammen mit Pierre Vial, Gründer der französischen Gruppe „Terre et Peuple“ („Land und Volk“), dass die beiden Organisationen zusammenarbeiten würden, ebenso die spanischen und portugiesischen Schwesterorganisationen „Tierra y Pueblo“ und „Terra e Povo“. Anwesend war auch Pierre Krebs, Verantwortlicher der deutschen Gruppe „Thule-Seminar“. Seit diesem Anlass ist Schaub nicht mehr öffentlich aufgetreten. Ob aus politischen oder persönlichen Gründen ist nicht bekannt. Fakt ist: Der Schweizer Holocaust-Leugner Ernst Indlekofer klagt im Oktober 2014, dass Schaub die Schweiz habe verlassen müssen. Schaub erfuhr die rigide Migrationspolitik der Schweiz am eigenen Leib. Seiner langjährige Lebensgefährtin war 2012/2013 wegen ihrer Sozialhilfeabhängigkeit die Schweizer Aufenthaltsbewilligung entzogen worden.

Es ist der EA auch nie gelungen, in Schaubs Heimat eine Landesgruppe zu betreiben. In der Schweiz finden zwar manchmal EA-Veranstaltungen statt, organisiert werden sie jedoch von der sehr aktiven EA Liechtenstein. Die meisten anderen internationalen EA Stützpunkte wirken eher inaktiv. Nur die deutschsprachige Sektion tritt noch regelmäßig an die Öffentlichkeit. Es wird deutlich, dass Rigolf Hennig zur Zeit die prägende Figur ist. Er ist „Landesleiter Deutschland“ und besorgt die szene-wirksamen EA-Auftritte. Hennig pflegt auch die internationalen Kontakte. Bald fünf Jahre nach ihrer Gründung ist die „Europäische




klamiert Gäbe bis zu den Parlamentariern fort, unfähig den nebenan
Die bundesgerichtlich ausgebürgerte Familie Schaub in ihrer Wahlheimat
nem Leserbrief politischen Zusammenhang der Einwande- Doch sie ma

Oben links: Die Fahne der „Europäischen Aktion" auf einem Neonazi-Aufmarsch in Bad Nenndorf.
Oben rechts: Der EA-Gründer Bernhard Schaub in einer Reportage (Faksimile aus Recht+Freiheit 5/10 2014)
Unten links: v.l.n.r.: Mitglied der EA Liechtenstein, Pierre Dornbrach (JN), Adrian Segessenmann (PNOS), Richard Melisch, Oliver Hasler (EA). Aufgenommen anlässlich eines Vortragsabends der EA Liechtenstein im St. Galler Oberland, April 2014



Aktion" eine Organisation geblieben, die große Projekte ankündigt, jedoch wenig umsetzen kann.

„Europäische Aktion" Thüringen

In Deutschland ist die EA vor allem in Thüringen aktiv. Sie tritt hier seit 2013 in Erscheinung und bestand zunächst aus wenigen Einzelpersonen, welche aus den Regionen Nordhausen und Sonneberg stammten. Als Thüringer Gebietsleiter tritt seither Axel Schlimper auf. Zum Aktionsradius gehörten lange Zeit nur interne Schulungen und Gebietsleitertreffen in Thüringen, bei denen Schlimper regelmäßig vor allem antisemitische Ideologie vermittelte. Ende November 2013 soll auch das Haus des Neonazis und NPD-Funktionärs Thorsten Heise in Eichsfelddorf Fretterode für Treffen der EA genutzt worden sein. Öffentlich wahrnehmbar trat die EA zeitweise nur vereinzelt mit Fahnen auf Thüringer Neonazi-Demonstrationen und durch Redebeiträge Schlimpers auf. Mit der Gründung des lokalen Ablegers „Stützpunkt Nordthüringen" gab es einen leichten Anstieg an öffentlichen Aktivitäten. Die Gruppe, die sich aus selbsternannten „Autonomen Nationalisten" aus der Region Nordhausen rekrutierte trat auch mit eigenem Banner beim Trauermarsch in Magdeburg auf. Zu einem Treffpunkt der EA entwickelte sich die so genannte „Gedächtnisstätte" in Guthmannshausen, die durch den geschichtsrevisionistischen und extrem rechten Verein „Gedächtnisstätte e.V." betrieben wird. Wichtiges Bindeglied spielt hier auch Martin Gärtlein, der seinen Wohnsitz inzwischen auf die Adresse der Immobilie in Guthmannshausen verlegte. Seit 2011 holte er Vertreter der EA zu von ihm initiierten Treffen in den Landgasthof „Frische Quelle" in Mosbach bei Eisenach. Die vierte wichtige Immobilie in Thüringen mit Bezug zur EA ist die „Erlebnisscheune" in Kirchheim, die seit 2008 als populärer Veranstaltungort für Neonazi-Konzerte und Parteitage gilt. Bevor die NPD 2014 ihren Bundesparteitag dort ausrichtete präsentierte der Betreiber seine neue Außenwerbung: ein großes blaues Banner mit zwei gelben „Kruckenkreuzen" der EA. Zuvor hatte die "Europäische Aktion" dort auch ihr Sommerfest ausgerichtet. Die EA unterstützt mittlerweile regionale neonazistische Veranstaltungen durch Beschallungstechnik, Videoaufzeichnungen und durch Bereitstellung eines Lautsprecherfahrzeuges. Auf der „Thügida"-Demonstration am 23. März 2015 in Erfurt berichtete Schlimper über „geheime Pläne" gegen das Deutsche Volk: „Eine eurasisch-jüd... negroide Mischrasse soll aus uns gezüchtet werden" und weil die „Mischrasse" sich nicht organisieren könne, würden europäische Juden die Leitung übernehmen, so Schlimper. In Thüringen erprobte die Organisation in diesem Jahr auch mehrfach ein Geländetraining „durch Aufklärungsaufgaben, Abseilübungen, Bergwerksbegehungen sowie Waldbiwaks". Am 27. Juni fand eine eigenständige Demonstration in Jena statt, um der toten Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig zu gedenken. Nachdem es am 1. Mai in Saalfeld schon einen „EA-Block" auf der Demo des „III. Weg" gab, formierte sich in Jena ein „Weißer Block" mit 15 EA-Anhängern an der Spitze, der den Blockaden trotzen und sich den Weg durch die Stadt erkämpfen sollte. Die EA erreichte nur 100 Teilnehmer, wurde blockiert und konnte die eigenen Anhänger nur wenig überzeugen. Davon ungetrübt wird sie in den kommenden Monaten weiterhin eine zentrale Rolle bei der Infrastruktur von Thüringer Neonaziaufmärschen spielen. •

Rechte Hooligans als aggressiver Mob bei einer LEGIDA-Demonstration in Leipzig.

Foto: Björn Ketzmann

NS-SZENE

Die PEGIDA-Bewegung ging von Anbeginn einher mit Aufschwung und Politisierung des „Hooliganismus". Besonders handgreiflich ist das in Leipzig zu sehen.

„Manneszucht" in Leipzig

ANTIFA-KOMITEE LEIPZIG

„Schiebt sie weg, los!" Dieses Kommando setzte den zweiten extrem rechten LEGIDA-Aufmarsch am 21. Januar 2015 in Bewegung. Die teils vollvermummte Spitze des 5.000 Personen starken Pulks verstand sofort und attackierte mehrere JournalistInnen. Das würde sich an diesem Abend in Leipzig noch mehrfach wiederholen, begleitet von „Ahu!"-Rufen und Beamten, die nicht eingreifen. Die Polizei, mit sagenhaften 44 Hundertschaften angerückt, sprach hinterher von einem „weitgehend friedlichen Verlauf" und davon, keine Angriffe bemerkt zu haben. Sachsens Innenministerium will später doch rund 120 Fußballanhänger ausgemacht haben, inklusive 20 „Kategorie C"-Fans. In einer internen Lageanalyse der Polizeidirektion Leipzig wurde dagegen vermerkt, dass sich dem rechten Aufzug „mindestens 1000 gewaltbereite Personen" angeschlossen hatten, darunter bemerkenswert viele Hooligans.

Sie waren an LEGIDA, der stärksten Demonstrationsserie dieser Art außerhalb Dresdens (siehe AIB Nr. 106), von Anbeginn beteiligt. Den ersten Fuß in der Tür hatte „Scenario", eine berüchtigte Truppe im Umfeld des 1. FC Lokomotive. Der Fußballverein aus dem Stadtteil Probstheida steht für failed soccer, er kam seit Ende der 1990er nicht über die vierte Liga hinaus. Deutlich länger stehen Teile der Fanszene in einem dubiosen Ruch: Er umgab ein Fanprojekt, in dem Neonazis aus- und eingingen; Transparente mit der Aufschrift „Lok-Fans gegen links"; und ebenso gestrickte Anhänger, die zu einem menschlichen Hakenkreuz Aufstellung nahmen, sich in einem NPD-Büro trafen oder zarte Triebe einer bunten Ultra-Kurve mit Gewalt unterbanden. Vorerst letzter Spross dieser ausgeprägten Fankultur ist „Scenario", eine nach amtlicher Einschätzung rechtsextreme Vereinigung. Zum harten Kern gehören 50 bis 70 Personen. Vor gut einem Jahr wollen sie ihre Gruppe, die fast ein Jahrzehnt gewachsen war, aufgelöst haben.

Aber dann kam, wie gesagt, LEGIDA. „Für jeden sollte Teilnahme Pflicht sein", hieß es kurz vor dem ersten Marsch am 12. Januar in einem Aufruf, der in der Fanszene kursierte und zu einem eigenen Vorabtreffpunkt in der City mobilisieren sollte. Dort erschienen dann mehr Leute, als „Scenario" je vereinte — bis zu 300 sollen es gewesen sein. Anstelle von Vereinsfarben wurden vielfach HoGeSa-Klamotten aufgetragen. Die Polizei ließ das unangemeldete Treffen gewähren. Bei der zweiten Gelegenheit wurde die lange Leine zum Nachteil der geschmähten „Lügenpresse" ausgenutzt. Und beim dritten LEGIDA-Marsch am 30. Januar stellten die Hooligans durch Unterstützung (etwa aus Dresden und Halle) bereits knapp ein Viertel der 1.500 Teilnehmenden. Die rechte Fan- und die von ihr kaum trennbare örtliche Neonaziszene rissen eine Schwungmasse mit, die man nach Jahren der Stagnation schon abgeschrieben glaubte. Unverhofft sind „die Hools" wieder ein Faktor geworden.

Plattform und Schwungmasse

Eine Reihe von Protagonisten der Pegida-Bewegung in verschiedenen Orten ist bekanntermaßen in ganz verschiedenen Sportszenen verankert. So auch in Leipzig, wo Silvio Rösler (51) zu den anfänglichen Köpfen von LEGIDA zählte. Rösler ist zwar kein Hooligan, hing zuletzt aber der Fanszene der SG Leipzig-Leutzsch (SGLL) an. Es handelte sich um einen schon wieder aufgelösten Nachfolgeverein des FC Sachsen Leipzig, dem geradezu historischen Lokalrivalen von Lok, beheimatet im Stadtteil Leutzsch. Doch die SGLL war auch Konkurrenz für eine andere Leutzscher Ausgründung, die BSG Chemie, deren Fans sich gegen Diskriminierung wenden. Für Außenstehende ist das verwirrend, aber die politischen Koordinaten sind klar: Im Umfeld der SGLL sammelten sich einschlägige Fangruppen („Metastasen", „Leutzscher Kameraden"), die sich etwa bei einem Spiel gegen den Roten Stern Leipzig im September 2011 zu „U-Bahn-Lied" und Hitlergrüßen hinreißen ließen. Den Thüringer Neonazi Thomas „Ace" Gerlach (siehe AIB Nr. 99) kennt Rösler aus dem SGLL-Umfeld.

Dass es im fußballerischen Sinne nicht mehr existiert, begünstigt einen ungewöhnlichen Brückenschlag: Neben Rösler zählt



Foto: Björn Kietzmann



Foto: Björn Kietzmann

Die LEGIDA-Demonstrationen in Leipzig wurden massiv von rechten Hooligans unterstützt. Am Rande kam es immer wieder zu Angriffen auf Pressevertreter_innen und Protestierende.

auch Marco P. (41) zu den frühen LEGIDA-Aktivisten — der gehört jedoch zu Lok. Und er kennt die Leute von „Scenario". P., der seinen Rückzug aus dem „Orgateam" erklärte, gleich nachdem sein Name bekannt geworden war, kümmerte sich fortan um den LEGIDA-eigenen Ordnerdienst. Presseaufnahmen belegen, dass einige derer, die auf Medienvertreter_innen losgingen, neben HoGeSa-Merchandise auch Ordnerbinden übergestreift hatten. Noch vor dem ersten Marsch hatte P. in HoGeSa-Kreisen gedrängt, nach Leipzig zu kommen. Zur Fußballszene haben weitere Legida-Unterstützer Kontakt, etwa der Torgauer Michael C. (31), der hinter den Kulissen einen eingetragenen Verein mit hochziehen will. Ziel ist der „Aufbau eines starken europäischen Kulturbewusstseins".

LEGIDA ist nicht nur Gelegenheitsstruktur und Plattform für Hooligans. Sondern die Organisatoren wissen umgekehrt um die Bedeutung der ruppigeren, vor allem aber mobilisierungsstarken Fußtruppen und umgarnen sie von der Bühne aus. So etwa ein bei mehreren GIDA-Ablegern erprobter Redner und Carl-Schmitt-Rezitator, der sich „Friedrich Fröbel" nennt. Ende Januar sagte er in Leipzig: „Die ersten, die für den Erhalt unserer Freiheit und Demokratie auf die Straße gegangen sind, waren nicht die Gründer von PEGIDA, sondern die Hooligans!" Sie müssten nun das „Volk vor der Antifa" schützen, vielleicht gar die Polizei ersetzen. Der unnachahmlich überdrehte Fröbel rief zur „Manneszucht" wie dereinst bei den Lützower Jägern. Ein späterer Redner, „Graziani aus Berlin", wiederholte das nochmal in leichter Sprache: Jeder hier sei eine „Ein-Mann-Armee". Hooligans gelten offenbar als konkrete Kombattanten in dem Bürgerkriegsszenario, das sich die PEGIDA-Bewegung von der Neuen Rechten entliehen hat und sich mit eigenen Mitteln ausmalt.

Unterschätzter Hool-Habitus

Bis Anfang September gab es 17 LEGIDA-Versammlungen in Leipzig, inklusive einer verbotenen. Bei jeder dieser Gelegenheiten waren Hooligans mit von der Partie — oder jedenfalls solche, die sich so aufführen. Spätestens seit HoGeSa erfuhr das Label eine massive Aufwertung und Umdeutung, vom Schläger im Namen eines Vereins zum legitimen Schutzmann „des Volkes".

Der Schläger lässt sich nicht nur gedanklich gegen alles wenden, wogegen die PEGIDA-Bewegung antritt: „Lügenpresse", „Volksverräter", „Islamisierung", freilich auch AntifaschistInnen. Sondern er vollzieht diese Wendung wirklich, in einem ganz handgreiflichen Sinne.

Die Probe aufs Exempel war der HoGeSa-Marsch in Köln, der als kollektives Erfolgserlebnis wahrgenommen wurde und die spätere PEGIDA-Frontfrau und Bürgermeisterkandidatin in Dresden, Tatjana Festerling, zu einer historisch inakkuraten Eloge in der nationalkonservativen Schweizer Weltwoche bewegte: „1989 waren es Hooligans des 1. FC Lokomotive Leipzig, die DDR-Bürger bei den dortigen Montagsdemonstrationen vor Zugriffen durch die Stasi schützten. Nun sind am 26. Oktober in Köln rund 5000 ‚Hooligans gegen Salafisten' auf die Straße gegangen — und ich habe vor ihnen den Hut gezogen." Das seien kurz gesagt „Typen, die sich trauen"; man will hinzusetzen: irgendetwas zwischen Gewaltstraftat und Volksaufstand. Das ist zwar eine Fehleinschätzung der Hooliganszene, aber



Der Leipziger Alt-Hooligan Riccardo Sturm (mit Wollmütze) im Umfeld einer LEGIDA Demonstration. Vgl. zu Riccardo Sturm AIB Nr. 70, 71, 85.

sie entspricht den aggressiven Großzielen der nationalistischen Bewegung, dem patriotischen Kulturkampf ums „Abendland". Mit „den Hools" setzt die PEGIDA-Bewegung auf einen Faktor, der ein fertiges, popkulturell befestigtes Identifikationsmodell bietet — man denke an den Schlachtruf „Ahu" aus dem Gewaltstreifen „300".

Gerade die Situation in Sachsen zeigt, wie gut es angenommen wird. Den Einschätzungen von Fachjournalisten wie Christoph Ruf und Olaf Sundermeyer zufolge, aber auch nach Zählungen der Polizei, gab es zumindest fünf PEGIDA- und LEGIDA-Versammlungen, bei denen politisierte Kategorie-B- und C-Fans weit zahlreicher in Erscheinung traten, als es rechnerisch möglich erscheint. Denn nach offizieller Zählung gibt es im ganzen Freistaat rund 1.400 gewaltbereite und gewalttätige Fußballfans. Knapp ein Fünftel davon, das sind 275, gilt als „rechtsextrem". Im Winter 2014/15, auf dem Höhepunkt der Mobilisierungen, war das aber eher die Unterkante dessen, was sich in Dresden und dann auch Leipzig einreihte. Eine Ursache ist, dass sich weit mehr Leute als Hooligans verstehen, als tatsächlich in diese durchgerasterte Szene gehören. Eine andere Ursache kann sein, dass die Schnittmenge mit der rechten Szene größer ist als angenommen. Sachsens Innenministerium löst das Problem auf seine Weise — und unterbietet bei der Frage nach Hooligans bei den GIDA-Demos zuverlässig alle anderen Schätzungen.

Langfristige Entwicklung

Mehr als ein halbes Jahr nachdem LEGIDA begann, handelt es sich noch immer um die größte PEGIDA-Imitation. Aber die Aufmerksamkeit hat nachgelassen, auch das Interesse unter den eigenen, zum Teil wieder zerstrittenen Leuten. Zuletzt reihten sich Hooligans nicht mehr zahlreich in den Demonstrationszug ein, sondern setzten sich in nahe gelegene Cafés oder trafen sich vor einem stadtbekannten Rotlichtladen, um sich an vorüberziehenden Linken abzureagieren. Das funktioniert regelmäßig, auch weil die Polizei noch immer so wenig mitbekommen will, wie zu Beginn. Aber es funktioniert eben nur noch auf einem bescheideneren Niveau und nutzt LEGIDA nichts. Bekannte „Scenario"-Köpfe liefen zum letzten Mal am 20. April 2015 mit, übrigens im Beisein des Szeneunternehmers Thomas Persdorf (siehe AIB Nr. 85). Persdorfs sinniges Erkennungszeichen: eine Mütze mit der Aufschrift „LOK".

An diesem Tag hielt der Leutzscher Silvio Rösler die Abschlussrede und wies die Anwesenden darauf hin, dass heute die Probstheidaer „Sportfreunde von Lok Leipzig" einen „freiwilligen Begleitschutz" für den Nachhauseweg böten. Der Verein verwahrte sich gegen diese Vereinnahmung und leitete rechtliche Schritte ein. Bereits Ende vergangenen Jahres hatte sich der Verein angesichts des Demonstrationsgeschehens unter der Überschrift „Klare Kante gegen Rassismus" gegen „rechtspopulistische Parolen" ausgesprochen und sogar Stadionverbote angedroht. Das war eine unerwartet deutliche Positionierung des Vereins. Allerdings auch eine gnadenlos verspätete: Ein extrem rechtes Fanumfeld existierte in Leipzig bereits zu DDR-Zeiten. Nach der Wende beförderte es die Entstehung einer „Fascho-Hool"-Mischszene mit vielfältigen Wechselwirkungen, beachtenswerter Kontinuität und erheblicher Politisierungskraft: Mal kamen Köpfe des örtlichen Neonazispektrums aus dem Lok-lastigen Kampfsport- und Hoolspektrum, mal zogen sie sich dorthin zurück. (Siehe AIB Nr. 89 und 97)

In den vergangenen Jahren haben entsprechende Gruppierungen mit braunem Spielbein wie die „Blue Caps LE" oder auch „Scenario" den aktionistischen Bereich der Szene zunehmend dominiert, im gleichen Maß sank auch die Bindung an den Aktionsort Stadion. Bereits bei den Schneeberger „Lichtelläufen" Ende 2013 zeigte sich, dass ein fußballaffines Spektrum in Sachsen verstärkt unter politischem Vorzeichen auf die Straße drängt. Wie groß die Nachfrage tatsächlich ist, machte HoGeSa klar. In einem internen Kommunikationsforum debattierten kurz vor der Eskalation in Köln mehrere hundert ostdeutsche UnterstützerInnen über neue Aktionen. Viele gaben sich als „Sportfreunde" von Lok Leipzig zu erkennen. •

NS-SZENE

Der Thüringer PEGIDA-Ableger wird durch die organisierte Neonaziszene koordiniert. Er wuchs anders als in Sachsen nicht zur großen Massenbewegung, erreicht aber eine hohe Schlagzahl an Veranstaltungen.

Die Entwicklung von „Thügida" in Thüringen

ARTHUR SAJDOWSKI

Im Dezember 2014 konstituierte sich ein „Vorbereitungsteam für PEGIDA Demonstrationen in Thüringen", hieß es vom „konservativen Freundeskreis der AfD Thüringen". Unterschrieben war die Mitteilung auch vom AfD-Landtagsabgeordneten Thomas Rudy, der bereits wegen dem Like eines Hakenkreuz-Fotos auf Facebook auffällig wurde. Doch zu AfD-initiierten PEGIDA-Demonstrationen kam es nicht, die organisierte Neonazi-Szene stahl den Rechtspopulisten die Show.

Neonazis aus der Vertriebsszene als Aufmarsch-Organisatoren

Unter dem Label „Sügida" („Südthüringen gegen die Islamisierung des Abendlandes") begann die Mobilisierung für die erste Demo am 12. Januar 2015 in sozialen Netzwerken nach Suhl, wo eine Außenstelle einer Thüringer Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge eingerichtet worden war. Maßgeblicher Veranstalter war der Südthüringer Neonazi Tommy Frenck von der neonazistischen Wählergemeinschaft „Bündnis Zukunft Hildburghausen" (BZH) sowie der bayrische NPD-Funktionär Patrick Schröder, der im Internet die Nazi-TV-Show „fsn-tv" betrieb. Beide verdienen mit extrem rechten Vertriebsstrukturen ihr Geld: Frenck mit dem Portal „druck18.de" und Schröder mit dem Klamotten-Label „Ansgar Aryan" im Suhler Nachbarort Oberhof. Anmelderin Yvonne Wieland aus Suhl fiel auf Facebook mit allerlei rassistischen Kommentaren und Gewaltaufrufen auf und forderte gar, dass Nichtdeutsche „mitsamt der Gebärmaschinen übern Haufen geknallt" gehören. Antifaschist_innen skandalisierten frühzeitig diese und andere extrem rechte Verstrickungen um „Sügida", welche zusammen mit einer Anzeige wegen Volksverhetzung gegen Wieland auch von den Lokal- und Landesmedien rasch thematisiert wurden. Dennoch ließen sich beim ersten „Sügida"-Aufmarsch rund 650 TeilnehmerInnen blicken, zur einen Hälfte so genannte besorgte Bürger und zur anderen Hälfte die organisierte Neonazi-Szene aus ganz Thüringen und Teilen Bayerns. Obwohl zu der Zeit in Thüringen nur 0,3 Prozent Muslime lebten, lag der Anteil in der Bevölkerung, der Muslimen feindlich gegenüber steht bei 47 Prozent (Thüringen Monitor-Studie 2014). In den ersten Wochen pendelte die TeilnehmerInnenzahl zwischen 650 und 1000 Personen und die Thüringer Szene entwickelte ein gestärktes Selbstbewusstsein.

Von 1000 auf 150 binnen 3 Monaten

Nach einem Monat hatte „Sügida" den Zenit überschritten und fiel sukzessive auf 700, nach zwei Monaten auf 400 TeilnehmerInnen zurück. Thematisch spielte die vermeintliche „Islamisierung" im Vergleich zur angeprangerten „Überfremdung" auch nur eine untergeordnete Rolle. Während die große Massenbewegung nicht funktionierte, kam es parallel zu den Aufmärschen zu einem Anstieg rechter Gewalt in Thüringen. In der Befürchtung, sich tot zu laufen und komplett zu marginalisieren, musste auch eine erste Konzeptänderung her. Ende März 2015 wurde „Sügida" dann in „Thügida" transformiert, um über Südthüringen hinaus wirksam zu werden. David Köckert, der inzwischen zum NPD-Landesorganisationsleiter aufgestiegen war und anderthalb Jahre zuvor bereits wochenlang rassistische Aufmärsche in Greiz organisiert hatte übernahm das Zepter. Mit ihm auch Axel Schlimper, Thüringer Gebietsleiter der „Europäischen Aktion" (EA). Weil bei der ersten „Thügida"-Demonstration in Erfurt zunächst Antifaschist_innen durch eine Blockade und später die Verwaltung per Verbot eine Route zur anvisierten Flüchtlingsunterkunft unterbanden, mobilisierte Thügida insgesamt dreimal in Folge nach Erfurt und schrumpfte so von zuletzt 300 auf 150 TeilnehmerInnen weiter zusammen. Anders als in Suhl entfalteten die Aufmärsche kaum Attraktivität auf die Zielgruppe, der verbliebene Rest bildete das ausschließlich neonazistisch geprägte „Thügida"-Kernklientel ab. Auch weil Axel Schlimper kein Blatt vor den Mund nahm, über eine „eurasisch-negroide Mischrasse" am Rednerpult schimpfte und offen gegen Juden in Europa Stimmung machte, festigte „Thügida" das bestehende Bild in der Öffentlichkeit von einer neonazistisch-geprägten „Bewegung".

Interner Diskurs im Orga-Team: Judenhass nicht massenkompatibel, besser schwarz-rot-gold

Wegen der öffentlichen Stigmatisierung verfasste Patrick Weber, stellv. Landesvorsit-



Thügida Organisationstreffen im Sommer 2015: u.a. mit NPD-Funktionär David Köckert (1.v.l.), Versandhändler Tommy Frenck (2.v.l.), Kampfsportler Hannjo Wegmann (3.v.l.) und „Die Rechte"-Landesvorsitzender Bert Müller (2.v.r.). (Foto: Screenshot von facebook)



Thügida-Demonstration zum Geburtstag von Adolf Hitler am 20. April 2015 in Eisenberg.

zender der Thüringer NPD und Betreiber des „Germania Versandes" aus Sondershausen im April 2015 für das Orgateam ein internes „Konzeptpapier für die inhaltliche Ausrichtung und das öffentliche Auftreten von ThüGIDA", welches dem AIB vorliegt. Darin formulierte Weber neben einem Entwurf für ein inzwischen publiziertes 10-Punkteprogramm den besonders vertraulich zu behandelnden Part „Das Auftreten der ThüGIDA in der Öffentlichkeit". Unter 2.1 forderte Weber, Inhalte über „Juden, Nazi-Begriffserklärung, Rassenlehre, Verschwörungstheorien etc." sollen vermieden werden, weil der „normale Bürger" sich „dadurch von uns abwenden [würde], so richtig manche dieser Inhalte auch sein mögen". Weber warb außerdem für den Verzicht von NPD- und anderen Parteifahnen, der Fahne des Deutschen Reichs und anderer NS-Symboliken. Unter 2.4. hieß es daher auch, statt dessen „schafft das Orgateam 20 schwarz-rot-goldene Fahnen an." Er appellierte an seine „Kameraden", „jeder von euch weiß wo ich politisch stehe", dennoch sollte man in dieser Form auftreten, „um möglichst viele Normalbürger anzusprechen". Die Veranstalter führten außerdem ein Rotationsprinzip ein und demonstrierten bis Ende Juni 2015 mit insgesamt 21 Demonstrationen und am Ende noch knapp 150 Personen. Nicht mitgezählt sind ein Dutzend weitere Aufmärsche des gleichen Personenkreises ohne „Thügida"-Label, sondern von Kameradschaften, extrem rechten Fake-Bürgerinitiativen und Parteien wie NPD und „Der III. Weg".

Nach der Sommerpause und weiteren Orga-Treffen folgte ein dritter Kurswechsel: Thügida sollte mit mehreren Demos gleichzeitig in verschiedenen Städten auf sich aufmerksam machen. Zum Todestag von Rudolf Heß am 17. August 2015 marschierte das Thüringer Netzwerk aus NPD, „Die Rechte", Reichsbürgern, klassischen Neonazis und vermeintlichen Bürgerinitiativen unter Namen wie „Wir lieben den Saale-Holzlandkreis" oder „Wir lieben Gera". Nach Erfurt kamen 80, nach Eisenberg 100, nach Nordhausen 120 und nach Suhl 250 TeilnehmerInnen. Als es zwei Tage später in der Suhler Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge zu heftigen Auseinandersetzungen kam, mobilisierte „Thügida" innerhalb von weniger als 24 Stunden zu einer Spontandemo rund 600 Personen nach Suhl, darunter viele Neonazis und „besorgte Bürger".

Fazit:

Anders als in Sachsen konnte sich „PEGIDA" in Thüringen bislang nicht zum Massenphänomen entwickeln, obwohl an den Ressentiments gemessen das Potential in den Köpfen schlummert. Möglicherweise trägt eine frühzeitigen Skandalisierung ihren Anteil daran, nicht weniger dürfte es jedoch auch an der Dresdener Spezifik liegen. Nichtsdestotrotz reicht auch der wöchentliche Wanderzirkus von „nur" 150 Neonazis aus, um bestehende antifaschistische Strukturen monatelang an ihre Grenzen zu bringen und zur Fokussierung auf eine Feuerwehrpolitik beizutragen, bei denen die Kritik an den gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen des Neonaziterrors nur noch partiell stattfindet. Bisherige Gegenstrategien haben den Aufmärschen nur selten wirksam etwas entgegensetzen können, in äußerst wenigen Fällen fanden Blockaden oder Routenverkürzungen statt. Die Herausforderungen dürften mit Entwicklungen der weltweiten Fluchtsituation, deren Auswirkungen in Deutschland und den Bundesländern nicht weniger werden. Nach dem 1. Halbjahr war bereits ein deutlicher Anstieg an Gewalt und Aktionen gegen Flüchtlinge und Unterkünfte in Thüringen zu verzeichnen. Neben der Solidarität dürfte der praktische Schutz von Geflüchteten vor bürgerlichen Rassisten und militanten Neoazis, da wo er notwendig und leistbar ist, weiter in den Vordergrund des Aktionsradius antifaschistisch-aktiver Menschen rücken. •

NS-SZENE

Die NPD: Sinkendes Schiff ohne Kurs?!



Im Dezember 2014 prangte ein Bild des frisch gewählten Parteivorsitzenden Frank Franz auf der Titelseite der NPD-Parteizeitung. „Der Neue“ war in großen Lettern direkt daneben geschrieben. Im 50. Jahr ihres Bestehens hätte die NPD nun einen „ausgesprochen jungen Vorsitzenden bekommen“, so der Tenor des Artikels. Franz übernahm die NPD in einer katastrophalen Lage. Die Enthüllungen rund um den „Nationalsozialistischen Untergrund“ und zahlreiche innere Zerwürfnisse hatten die Partei vor allem auf einem Politikfeld gestärkt: Der Selbstzerfleischung. Als dann auch noch Holger Apfel wegen angeblicher Übergriffe auf einen jüngeren Neonazi aus dem Amt und schlussendlich auch der Partei gejagt worden war, hatte die NPD ihren Tiefpunkt erreicht. Zunächst sollte dann der Fraktionsvorsitzende der NPD-Landtagsfraktion, Udo Pastörs, für Ruhe auf dem sinkenden Schiff sorgen. Eine „harte Hand“ kündigte der für seine Hetzreden bekannte Pastörs an. Doch viel passierte nicht. Dass diese Geschehnisse die Partei nach wie vor beschäftigen, zeigt auch ein Statement zum „Fall Apfel“ des ehemaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden der NPD, Karl Richter, im Juni diesen Jahres auf Facebook: „Die Parteispitze unter dem Übergangsvorsitzenden Udo ‚starke Hand‘ Pastörs deckelte den Fall seinerzeit nach Kräften, aufgeklärt wurde nie etwas, und Apfels Seilschaften blieben unangetastet.“ Richter ist mittlerweile Mitarbeiter des Europaabgeordneten und ehemaligen Parteivorsitzenden der NPD, Udo Voigt. Für Voigt muss der Einzug in das Europaparlament eine echte Genugtuung gewesen sein. Von Apfel aus dem Amt gejagt und von Pastörs um die Kandidatur herausgefordert, gelang ihm am Ende der Einzug und damit der Aufstieg zu einem erneuten Machtpol innerhalb der Neonazipartei. Apfel vergibt mittlerweile „Sauf-Diplome“ für seine trinkfreudige Kundschaft in seiner Kneipe auf Mallorca und Pastörs ist nach seinem Rückzug vom Bundesvorsitz offensichtlich soweit in sein Privatleben zurückgekehrt, dass auch von der noch bestehenden Landtagsfraktion der NPD in Mecklenburg-Vorpommern kaum noch eine Außenwirkung zu erkennen ist. Damit haben sich die Machtzentren neu geordnet. Dass im Juli 2015 auch noch Holger Szymanski, Landesvorsitzender in Sachsen und Bundesgeschäftsführer der NPD, von allen seinen Ämtern zurücktrat, schwächte die Partei weiter. Hinzu kommt, dass zahlreiche Landesverbände wie Bayern, Sachsen-Anhalt oder Niedersachsen faktisch keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten mehr entfalten.

Verschwundene Nachwuchskader

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen und Machtkämpfe haben jedoch auch andere Spuren hinterlassen. So verschwand eine ganze Reihe von NPD-Nachwuchskadern anscheinend aus der Partei. Noch vor einigen Jahren gehörten Michael Schäfer, Julian Monaco oder Andy Knape zum hoffnungsvollen NPD-Nachwuchs und hatten auch auf Bundesebene der Partei Funktionen inne. Schäfer war immerhin von 2007 bis 2012 Vorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN) und wirkte noch 2014 im Wahlkampf in Sachsen mit. So gehörte Schäfer auch zum Mitarbeiterstab der Landtagsfraktion. Anfang 2015 tauchte dann eine Strafanzeige Schäfers auf, in der er angab, kein

Mitglied einer politischen Partei mehr zu sein. Eine öffentliche Erklärung oder derartiges findet sich hingegen nicht. Sein Name scheint wie ausradiert auf Parteiseiten. Ähnlich gestaltet sich auch der Verbleib von Andy Knape. Knape beerbte nicht nur Schäfer 2012 als Vorsitzender der JN sondern war auch Leiter des NPD Ordnerdienstes und damit Mitglied des Bundesvorstandes der Partei. Auch er arbeitete für die sächsische Landtagsfraktion der NPD. Im Herbst 2014 war Knapes Name plötzlich von der Homepage der NPD verschwunden, auf seine Mitgliedschaft im NPD-Bundesvorstand und den Vorsitz der JN deutete nichts mehr hin. Doch Knape ist nicht ganz aus der Öffentlichkeit verschwunden. Er betreibt mittlerweile eine eigene Homepage (andy-knape.de), die eine Art Berufsprofil darstellt. Ohne Hinweise auf seine politische Laufbahn heißt es dort: „Andy Knape — ein engagierter und zielstrebiger junger Mann, der sich ein umfangreiches Wissen im Bereich der Betriebswirtschaftslehre, der Personalführung und Motivation, sowie im Bereich des Verkaufstrainings angeeignet hat."

Im Impressum der Website ist die Adresse des Landtages in Sachsen angegeben. Auch Julian Monaco war noch an der „Wahlkampffront" der NPD in Sachsen 2014 zugegen. Als Bundesvize der Jungen Nationaldemokraten gehörte auch er zum Parteinachwuchs. Doch wie auch Schäfer und Knape ist Monaco völlig aus der Öffentlichkeit verschwunden. Eine Erklärung ist nicht bekannt.

Eingeholt von der Zeit: Konkurrenz und veränderte Bedingungen

Gleichzeitig mit den personellen Querelen der Partei sind mit „Die Rechte" und dem „III. Weg" Konkurrenzparteien entstanden, die sich — wie vor allem der „III. Weg" — auch ganz dezidiert von der NPD abgrenzen. Vor allem beim „Kampf um die Straße" scheinen die Neugründungen der NPD derzeit deutlich voraus. Zu sehen war dies am 1. Mai 2015 beispielsweise in Thüringen. Seit Jahren ist das Bundesland Stammland der NPD. Als die Partei am 1. Mai in die Landeshauptstadt zur Demonstration mobilisierte, kamen keine 150 Menschen zusammen, um die Partei zu unterstützen. Gleichzeitig konnte der „III. Weg" als teilweise Nachfolgestruktur des verbotenen „Freien Netzes Süd" rund 700 Neonazis zur Teilnahme einer Demonstration im thüringischen Saalfeld mobilisieren. Das aktionsorientierte extrem rechte Spektrum ist durch die jahrelange versuchte seriöse Aufstellung der NPD und die Priorisierung des „Kampfes um die Parlamente" der NPD schlicht davon gelaufen. Dies ist für die Partei vor allem jetzt ein großer Nachteil, da der „Kampf um die Parlamente" gescheitert scheint. Im kommenden Jahr ist Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und es besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass die NPD dann auch ihre letzte Fraktion verliert. Ob sie diese etwa in Sachsen-Anhalt ersetzen kann, ist eher unwahrscheinlich. Der massiv aufflammende Rassismus in Deutschland bereitet zunehmend wieder den Boden für eine Mobilisierung extrem rechter Gruppierungen auf der Straße. Damit müsste sich aber die NPD erneut verstärkt dem „Kampf um die Straße" zuwenden, der dem vermeintlich seriösen Image entgegenstehen würde. Ob dies am Ende allerdings Wahlerfolge nach sich ziehen würde, bleibt offen. Eine Mobilisierung gelingt ihr nur noch in wenigen Regionen. Die Partei steht damit insgesamt wieder vor dem seit Jahren bekannten Dilemma: Seriöses Image oder aktionistisches, radikales Auftreten auf der Straße. Einen einheitlichen Kurs scheint es dabei nicht zu geben.



Flickr.com sacratomato_hr (CC BY SA 2.0)

Partei ohne Kurs?

Einerseits versucht die Partei ihr seriöses Image weiter zu pflegen. Seit Ende März gibt es dazu ein eigenes YouTube-Format namens „DS-TV" (Deutsche Stimme-TV), welches als mediale Ergänzung zur eigenen Partei-Zeitung „Deutsche Stimme" dienen soll. Außerdem werden zahlreiche Videos von Reden des NPD-Europaabgeordneten Udo Voigt über YouTube auf der Homepage der Partei verlinkt. Passend zu diesen medialen Präsentationen postet der stets gut gekleidete Parteivorsitzende Frank Franz gern Bilder von seinen zahlreichen Dienstreisen im Namen der Partei. Besonders oft wird er dabei vom stellvertretenden Parteivorsitzenden Ronny Zasowk und dem Bundesorganisationsleiter Sebastian Schmidtke begleitet. Der „Selfie-König" Franz vermittelt so zumindest digital den Eindruck von Präsenz. Aber auch in der Parteizeitung sind seine kurzen Texte eher weniger Ausdruck einer starken Position innerhalb der NPD. Sein Einfluss auf die Partei scheint sich nicht über das gesamte Bundesgebiet zu erstrecken. Besonders in Thüringen pflegt die Führungsspitze der NPD ein Auftreten, was wenig mit dem „aufgeklärten Nationalismus" des Frank Franz zu tun haben dürfte. Nachdem der ehemalige Vorsitzende Patrick Wieschke aufgrund von veröffentlichten Ermittlungsakten zurücktreten musste, führt nun faktisch der Neonazi David Köckert nach außen die Geschicke des Landesverbandes. Er gehört auch zum Führungskreis des Neonazi-PEGIDA-Ablegers „Thügida". Bei den Veranstaltungen der „Thügida" sind Neonazis aller Parteien zugegen und auch Sebastian Schmidtke redete schon. Gern wird hier von Rednern schwadroniert, man wolle die „Europäer" durch eine „asiatisch-negride-Mischrasse" austauschen und weitere antisemitische und rassistische Theorien werden verbreitet. Doch Köckert und Franz eint zumindest ihre Liebe zu Bildern von sich selbst. •

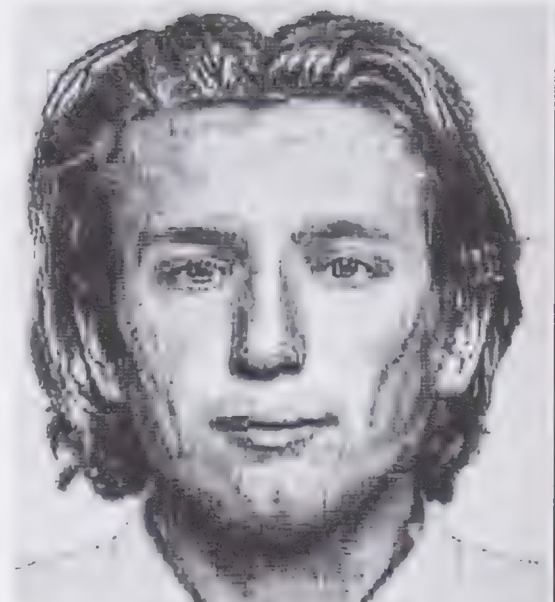
NS-SZENE

Kölner Neonazi-Aktivist war V-Mann des Verfassungsschutzes

„Ich habe diese Person vorgefunden und in dem Moment, in dem ich mich mit der Person befasst habe, habe ich auch Konsequenzen gezogen. In dem Moment haben wir die Zusammenarbeit beendet", so Mathilde Koller, bis Juni 2012 Leiterin des NRW-Verfassungsschutzes, als sie mit der Biografie des Kölner Neonazi-Aktivisten Johann H. konfrontiert wird. Dieser sei eine Person, „die in einem Vertrauensverhältnis mit der Behörde stand", ergänzt sie bei ihrer Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags. Damit hat Koller bestätigt, dass Johann H. ein V-Mann war.

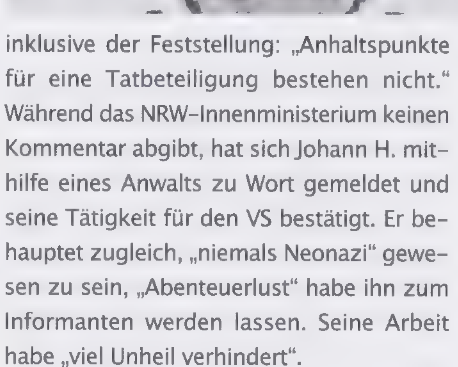
Die „Welt am Sonntag" hatte bereits im Juni aus einer „geheimen Verschlusssache" zitiert, in der Koller im Februar 2012 mitteilte: „Johann Detlef H (...) ist seit 1989 als geheimer Mitarbeiter für den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen tätig." Dieses Schreiben war bislang nicht bekannt. Bekannt war lediglich eine „Dienstliche Erklärung" Kollers, in der sie den Generalbundesanwalt am 9. Februar 2012 auf die Ähnlichkeit Johann H.'s mit dem Phantombild des Bombenlegers in der Kölner Probsteigasse hinwies — ohne allerdings mitzuteilen, dass der Betreffende auf der Gehaltsliste ihrer Behörde steht.

Im Untersuchungsausschuss wurde nun bekannt, dass dem NRW-Verfassungsschutz diese Ähnlichkeit nicht selbst aufgefallen war, sondern der Vorgang durch eine Mitteilung des Bundesamtes für Verfassungschutz ausgelöst wurde. Dann ging alles ganz schnell: Am nächsten Tag wurde eine „Dienstliche Erklärung" mit dem Name und weiteren Informationen zu Johann H. an den Generalbundesanwalt geschickt —





Verblüffende Ähnlichkeit: Links das Phantombild des Bombenlegers aus der Kölner Probsteigasse und rechts V-Mann Johann Detlef H.



inklusive der Feststellung: „Anhaltspunkte für eine Tatbeteiligung bestehen nicht." Während das NRW-Innenministerium keinen Kommentar abgibt, hat sich Johann H. mithilfe eines Anwalts zu Wort gemeldet und seine Tätigkeit für den VS bestätigt. Er behauptet zugleich, „niemals Neonazi" gewesen zu sein, „Abenteuerlust" habe ihn zum Informanten werden lassen. Seine Arbeit habe „viel Unheil verhindert".

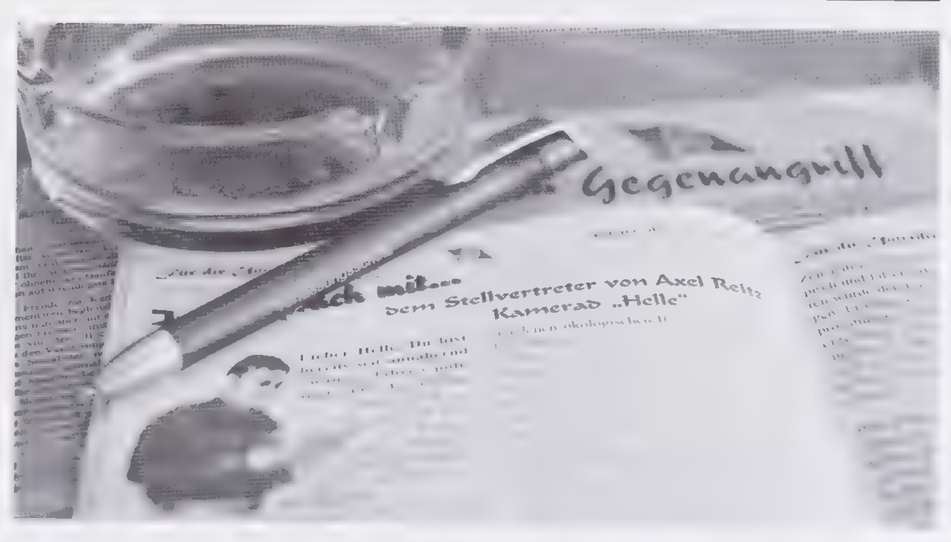
Beginn einer Spitzel-Karriere

Doch Zweifel an der (Selbst-) Darstellung von Johann H. als „Undercover-Antifaschist" sind berechtigt. Mitte der 1980er Jahre war der 1967 geborene Johann H. Mitglied einer Clique, die unter dem Namen „Anarchistische Terrorfront" (ATF) agierte. Von der Polizei wurde sie als politisch „verworren" bezeichnet. 1984 offerierte die ATF per Aushang in einem Supermarkt in Köln-Zollstock den Ankauf von Waffen sowie die Ausführung von „Anschlägen aller Art". Sie führte Nachtmärsche mit Bewaffnung und in paramilitärischer Uniformierung durch. Mitglieder beschmierten eine Polizeistation mit Hakenkreuzen und linken Parolen. Im Jahr 1984 fiel die Gruppe durch Brand- und Sprengstoffanschläge auf. Auf einem leer stehenden Fabrikgebäude an der Kölner Vorgebirgsstraße setzte sie Gasflaschen in Brand, die anschließende Detonation verletzte eine Passantin. Daraufhin wurden mehrere ATF-Mitglieder verhaftet. Die beiden Hauptangeklagten erhielten Bewährungsstrafen, drei Mitangeklagte lediglich Verwarnungen. Johann H. wurde im Jahr 1985 zu einer Jugendstrafe wegen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz verurteilt.

Johann H. ging dann zur Bundeswehr, wo

er an einem Lehrgang für Scharfschützen teilnahm. 1987 wurde er in einer Anzeige in der Zeitschrift Internationaler Waffenspiegel als Kontaktperson des „Heimatschutzverbandes", einer paramilitärischen Wehrsportgruppe aufgeführt. In der Satzung des „Heimatschutzverbandes" hieß es: „Im Konfliktfall sieht der Verband seine Hauptaufgabe in der Unterstützung der Streitkräfte, in der Heimatverteidigung. Im Falle der Besetzung Europas durch feindliche Kräfte setzen die Mitglieder des Verbandes den Kampf als Widerstandsbewegung fort." Der „Heimatschutzverband" veranstaltete in der Eifel beim Polizeipräsidium Aachen angemeldete Wehrsportübungen mit Schusswaffen. Der WDR berichtete damals, unter den Mitgliedern kursiere die Schrift „Der totale Widerstand. Kleinkriegsanleitung für jedermann" des Schweizer Majors Hans von Dach. Der antikommunistische Verband orientierte sich also in Richtung eines „Werwolf"-Konzeptes, wie es in den 1990er Jahren auch in der militanten Neonazi-Szene diskutiert wurde.

Nachweislich bewegte sich Johann H. also spätestens 1987 in rechten Kreisen, zwei Jahre bevor er als Spitzel angeworben wurde. Einem Interview mit der Postille „Der Gegenangriff" zufolge wurde er dann Mitglied in der Nationalistischen Front (NF), einer 1992 verbotenen, nationalrevolutionären Kaderorganisation der militanten Rechten. Auch der verstorbene V-Mann Thomas Richter alias „Corelli" war zu dieser Zeit NF-Mitglied. Seine nächste Station war bis 1994 die neonazistische Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), die 1995 verboten wurde.



Der Stellvertreter

1998 wurde die „Kameradschaft Köln" gegründet, Johann H. war Gründungsmitglied. Die auch als „Kameradschaft Walter Spangenberg" (benannt nach einem Kölner SA-Führer) auftretende Gruppe nahm durch die Organisation von Aufmärschen und Vernetzungsarbeit eine führende Rolle in der NRW-Szene ein. Johann H. war der Stellvertreter des Kameradschaftsführers Axel Reitz, wie er in einer Postkarte an die lokale Antifa mitteilte. Als Reitz eine Haftstrafe absitzen musste, übernahm der V-Mann dessen Rolle. Eine „Mitteilung der Kameradschaft Köln" vom 28. Dezember 2007 wurde mit „Helle (Kameradschaftsführer Köln/Walter Spangenberg)" unterzeichnet. Dahinter verbarg sich Johann H., doch seinen richtigen Namen versuchte er tunlichst verdeckt zu halten, wie er auch sonst bei öffentlichen Aktionen eher zurückhaltend auftrat. Bei internen Veranstaltungen dagegen war er präsent. So beispielsweise im November 2009 bei einer Saalveranstaltung in Erftstadt, bei der er neben dem SS-Standartenjunker Lothar Eiding als Redner auftrat, im Oktober 2011 bei einer Veranstaltung in Köln unter dem Titel „Das Rheinland im Angriff" oder im Februar 2012 bei einer Gedenkzeremonie für Walter Spangenberg, die von „Kamerad Helle mit einer kurzen Einweisung und Worten der Begrüßung" eröffnet wurde. Drei Monate später, im Mai 2012, wurde die „Kameradschaft Köln" durch den NRW-Innenminister verboten.

1999 war Johann H. dem kurz zuvor gegründeten „Kampfbund Deutscher Sozialisten" (KDS) beigetreten, auch hier agierte er als Stellvertreter des „Gausekretärs" Reitz. Der KDS war bis zu seiner Auflösung im Jahr 2008 eine offen neonazistische Organisation, die sich in der Tradition der SA und der Kühnen-Bewegung sah. Trotz einer vereinsähnlichen Struktur und der verfassungswidrigen Ausrichtung erfolgte seitens der Behörden kein Verbot des bundesweit agierenden KDS.

Untersuchungsausschuss muss weiter aufklären

Johann H. weist jede Beteiligung am Probsteigassen-Anschlag von sich. Es gibt keine Beweise, dass er etwas mit der Tat zu tun hat. Allerdings bestehen Zweifel an der ordnungsgemäßen Ermittlungsarbeit. Dies wurde im Untersuchungsausschuss bei der Vernehmung einer BKA-Beamtin deutlich, die die „Spur H." abklärte. Sie legte den AugenzeugInnen ein vom NRW-Verfassungschutz übersandtes Ganzkörperbild in schlechter Qualität vor. Einer weiteren Wahllichtbildvorlage wurden zahlreiche Portraitfotos von der NSU-Unterstützung Verdächtigten untergemischt, denen mittels Bildbearbeitung lange Haare ähnlich dem Phantombild verpasst wurden.

Der Fall Johann H. wirft aber auch Fragen nach der Steuerung der Neonazi-Szene durch V-Personen auf. Burkhard Schnieder, Gruppenleiter beim NRW-Verfassungschutz, sagte im Untersuchungsausschuss dazu, manchmal müssten auch Führungspersonen als V-Leute angeworben werden, um Informationen aus den inneren Zirkeln zu bekommen. „Damals" habe aber eine andere Philosophie beim Verfassungsschutz vorgeherrscht, in Einzelfällen habe man die „Steuerung von oben" als Strategie der Befriedung angesehen, so der hochrangige Geheimdienstler. Doch ist diese Praxis wirklich Vergangenheit? Während die ehemalige VS-Chefin Koller ausgesagt hat, Johann H. im Jahr 2012 abgeschaltet zu haben, behaupet dessen Anwalt, dass er noch bis Anfang 2015 für den Verfassungschutz tätig war. •

Der Artikel ist eine aktualisierte Version eines Beitrags der antifaschistischen Zeitung LOTTA: www.lotta-magazin.de
Mehr Informationen zum NSU-Untersuchungsausschuss NRW: nrw.nsu-watch.info

NS-SZENE

„Punkfront“ im Geiste der NSDAP?

Im Juli 2015 erschien die CD „Der zweite Streich“ der Neonazi-Punk-Band „Punkfront“. Die Berliner Band hat sich so deutlich zum Nationalsozialismus bekannt, das man sie nicht mehr unter „Grauzone“ verbuchen braucht. Selbst der Berliner Senat kam nicht darum herum, die Band im „Verfassungsschutzbericht Berlin 2013“ unter der Rubrik „Rechtsextremismus“ aufzulisten.

Kaum im Fokus sind jedoch befreundete rechte „Punk“-Bands und das breite Umfeld der „Grauzonen“-Bands. Von hier sind die Übergange zu krampfhaft „unpolitischen“ oder „antipolitischen“ Punk-Bands fließend, die auch in alternativen und linken Räumen ein und ausgehen.

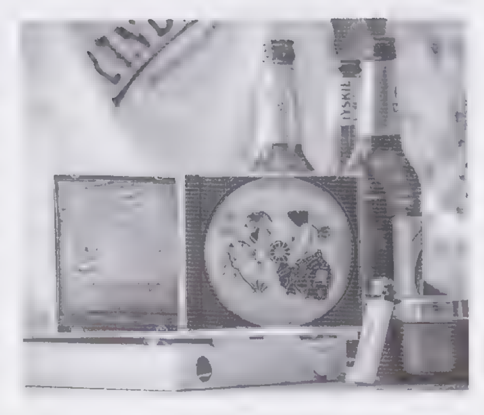
Punks als Unterstützer der Neonazi-Bewegung

Ende der 1970er Jahre gab es in England die Gruppe „Punk Front“, die aus Neonazi-Punks bestand und als eine Art Jugendorganisation der Neonazi-Partei „British National Front“ unterstand. Es gab ein eigenes Fanzine und vier eigene Punk-Bands die für „Punk Front“ 1979 auf einem „Rock Against Communism“-Konzert der „National Front“ auftraten.

In einem Interview erklärte Punkfront der Homepage punksnotred.org, das der gleiche Name kein Zufall ist: „Our name come from the Punkfront from England in the early 70th. And we thougth that is the right name for us.“[1] Im selben Interview grenzen sie sich von unpolitischen Punkbands ab: „For us dosnt exist this no politic live style. Everyone is political. we are a right wing punk band“.

Von „unpolitisch“...

Die Geschichte der Neonazi-Band „Punkfront“ ist mit der Geschichte der betont „unpolitischen“ Punkband „Lost and Found“ aus Halberstadt verbunden. Mit Text-Zeilen wie „wir scheißen auf eure Politik, es gibt niemanden, der uns lenkt“ versuchten „Lost and Found“ den Anschein zu erwecken, sie wären „unpolitisch“. Ihr Politikbegriff beschränkte sich dabei offensichtlich auf das, was direkt mit Staat und Parteien zu tun hat. Mit dem Label „Gegen Political Correctness“ kam die Band bestens in rechten Szenekreisen an. Lokale Antifaschist_innen wussten zu der Band zu berichten: „Der Bassist, der schon vorher durch Angriffe auf vermeintliche Antifaschisten auffiel, verließ nach relativ kurzer Zeit die Band, um nun, in Berlin wohnend, Rechtsrock mit der Nazipunkband „Punkfront“ zu machen.“[4]



... zu offen rechts

Die Band „Punkfront“ macht aus ihrem politischen Standpunkt kein Geheimnis. Zu ihrer CD „100% Hass“ erklärte sie in einem Interview im Juli 2011: „It is a statement from us as a band against the red jerks, that they have to stay away (...) Und Morgens Ruft Der Muezzin is a sarcastic written song about the muslim invasion of our European culture. Fuck Crust...Yes I think the name say it all. A song about anti Germans and other left wing scum (...) Yes, Berlin is really red! And you have really many immigrants here (...) I think bands like Landser or now called Die Lunikoff Verschwörung is one of the most famous bands from here.“[5] Im Interview mit einem anderen Blog erklärte der Punkfront-Gittarist: „I like Faustrecht realy much. For me they are one of the best political bands in Germany. Personaly, I am intrested in Gregor Straßer[6]. A big man in the early history of the N***P.“[7]

Acht (versuchte) Konzerte...

...gemeinsam mit maximal 25 anderen Musik-Projekten in zwei Jahren. Die Live-Auftritte der Band sind noch sehr überschaubar, zeigen aber auf, wo der neonazistische Flügel der Punk-Bewegung beheimatet ist. Bisher wurden acht (versuchte) Konzertauftritte bekannt. Die ersten Konzerte fanden nach Angaben der Band im September 2010 zusammen mit „Endstufe“ (Bremen) und „Shaven Heads“ (NRW) in West-Deutschland und mit „Elbroiber“ (Magdeburg) und „Notlöhsung“ (Wernigerode) in Ost-Deutschland statt. Das westdeutsche Konzert fand am 11. September 2010 in Oldenburg im Clubhaus der Rockergruppierung „Red Devils“ vor ca. 100 BesucherInnen statt. Das zweite Konzert wurde für den 25. September 2010 unter dem Motto „Strassenrock im Center“ zusammen mit den Bands „Notlöhsung“ und „Fiese Kerle“ in Wernigerode beworben. Im Februar 2011 sollten „Punkfront“ zusammen mit den Bands „3:2 pro MH“ (Tschechien), „Prohibice“ (Prag) und „Beerstreet Bois“ (Slovakei) für das „Boots & Braces Zine“ unter dem Motto „100% Streetpunk Party Vol.3“ in Prag (Tschechien) auftreten. Das Konzert fiel wegen antifaschistischer Proteste aus.

Als ein Veranstalter wurde von lokalen AntifaschistInnen Thomas D. („Duchin") benannt, der in Tschechien bereits mehrere rechte Konzerte unter dem Motto „Boot Boys are back" organisierte. Da im Zuge des verhinderten Konzertes in Prag auch einige Autos von rechten Skinheads zu Bruch gingen, fand am 2. April 2011 im „Keith-Club" in Magdeburg ein „Solikonzert für Opfer linker Gewalt" mit den Bands „Punkfront", „Elbroiber", „Notlöhsung", „Kriegsberichter" (Magdeburg) und „Angry Bootboys" statt. Dieses Konzert war u.a. durch „Punkfront" selbst mit organisiert worden.[8] Am 13. August 2011 trat „Punkfront" auf einem Freiluft-Konzert unter dem Motto „come on boys! hear the white noise !!" für „white working class kids" in Colditz/OT Möseln (Sachsen) auf. Angekündigt wurden die Bands „Last Riot" (Köthen), „Ohne Worte" (Mülsen), „Overdressed" (Chemnitzer Land), „The Granits" (Oberlausitz), „Verboten" (West-Sachsen) und „Old Glory" (Jena). Das rechte Publikum wurde von „Punkfront" u.a. mit einem Cover des Liedes „Der Morgen wird unser sein" von der RechtsRock-Band „Division Germania" erfreut.[9] Unklar ist ob ein für 2011 beworbenes „Punkfront"-Konzert unter dem Motto „Rock dap Dörp" in Bad Segeberg (Schleswig-Holstein) mit den rechten Bands „Flak" (Rheinland), „Motorhate" (MV), „Timebomb" (Schleswig-Holstein), „Fight Tonight" (Sachsen-Anhalt) und „Wiege des Schicksals" (Mecklenburg-Vorpommern)" tatsächlich stattfand. Es folgte am 31. März 2012 ein Auftritt auf einem RechtsRock-Konzert, welches der Neonazi Oliver Malina in Nienhagen für rund 200 Gäste organisiert hatte. Hier teilte „Punkfront" sich die Bühne mit „Abtrimo" (Hamburg), „Angry Boot Boys" und „Endstufe". Bei dem RechtsRock Konzert „Saxonian Summer Skinhead" trat „Punkfront" mit „Overdressed", „Angry Bootboys" und „White Rebel Boys" (Hof) auf die Bühne.[10] Hierbei dürfte es sich um ein Konzert am 18. August 2012 in Torgau/ OT Staupitz gehandelt haben, zu dem rund 160 Gäste erschienen. Am 24. November 2012 zog es „Punkfront" erneut nach Döbeln. Hier waren sie zu einem Konzert mit dem Liedermacher „Oiram" (Mario Albrecht) aus Dessau und den Bands „White Rebel Boys" und „Sachsenblut" (Freiberg) eingeladen worden.

Die Band und ihre Produzenten

„Punkfront" brachte mittlerweile zwei CDs und zwei Splitalben auf rechten Musik-Labels heraus. Die CD „100% Hass" erschien 2010 auf dem neonazistischen „Oi Ain't Red Records"-Label, welches zum ebenfalls neonazistischen „Adler-Versand" von Bertino Adler aus Hildesheim gehört. Die „Punkfront"-CD mit dem Titel „Angry young and punk" erschien im März 2012 zusammen mit der Band „The Angry Boot Boys" beim „Oldschool-Record Label" von Benjamin Einsiedler aus Bad Grönenbach (Bayern). Eine Split-LP (Mai 2013) von „Punkfront", „Smart Violence" und „Hammerstroke" erschien im RechtsRock Label „Rebel Records" von Martin Seidel aus Cottbus. Die jüngste „Punkfront"-CD „Der zweite Streich" erschien ebenfalls beim „Oldschool-Record Label".

Im neonazistischen „Thiazi"-Forum hieß es in einer begeisterten Besprechung der CD „100% Hass" zu Punkfront: „Die Band besteht zur Zeit aus 2 Punks und 3 Skins und versteht sich als Punkrock-Band. Aber im Gegensatz zu 99% der dortigen Gruppen ist ihre Vaterlandsliebe nicht verschütt gegangen." In einem Interview mit dem Fanzine „UPRISE DIRECT" heißt es: „Punk Front are Martin at the drums, Stoffel vocals, Schmidt „Schmidtgart" bass, Tim at the second guitar and me, Patrick at the first guitar." In einem weiteren Interview tritt der Sänger „Stoffel" als „Little Buddha", Patrick als „Pedding" und Tim als „Beam" auf.[11] Hinter „Martin at the drums" steht der Berliner Punker Martin S., welcher früher in nichtrechten Punk- & OI-Bands gespielt hat. Er trägt bei Punkfront auch den Spitznamen der „Unbärtige Bärtige".[12] Der Bassist ist in der Szene unter „Schmidtgard" oder „Drunken" bekannt und soll mindestens an einem RechtsRock-Event im Mai 2013 in Nienhagen teilgenommen haben.[13] Der „Punkfront"-Gitarrist Patrick spielt auch bei der Band „Smart Violence" (bundesweit) mit, welche als Nachfolge-Projekt der Band „Angry Bootboys" gilt. Er ist auch in die Band „Musikgruppe" involviert, die aus Mitgliedern der Bands „White Rebel Boys", „Overdressed", „Moiler", „Überzeugungstäter Vogtland", „Verboten" und „Dangerzone" besteht.

Fazit

„Punkfront" ist weit davon entfernt innerhalb der Punk-Bewegung oder der Neonazi-Bewegung irgendeine Art von (politischer) Relevanz zu entwickeln. In Zeiten von Nazi-Hipstern, NS-Hip-Hop, NSHC und „n'Socialist Soundsystem" ist „NS-Punk" auch kein wirkliches (musikkulturelles) Schock-Thema mehr. Das Band-Projekt scheint eher der subkulturellen Selbstbespaßung eines kleinen Personenkreises zu dienen. Sie ist aber die logische Konsequenz aus den zahlreichen Schnittstellen zwischen „unpolitischen" Punk-Bands, „Grauzonen"-Bands und der RechtsRock-Szene. Gerade hier muß „Punkfront" als ein reales Bindeglied zwischen „unpolitischem" Oi!, „Grauzone" und hartem RechtsRock benannt werden. „Punkfront" ist damit in Deutschland in der Form noch ein Einzelfall, in anderen europäischen Ländern gibt es ähnliche und weitaus erfolgreichere RechtsRock/PunkRock-Band-Projekte seit vielen Jahren. Beim Zusammenrücken von RechtsRock und „Grauzone" ist ein Aspekt jedoch nicht zu vernachlässigen: Die „unpolitische" bis rechte OI!/Punk/Grauzonen-Szene stellt mittlerweile ein lohnendes Geschäftsfeld innerhalb der Subkulturen da. Profiteure der verschwimmenden Grenzen in diesem Bereich dürften rechte und neonazistische Labels und Konzert-Veranstalter sein. •

1 Punkfront Interview auf punksnotred.org, 11. Oktober 2010 **2** ebd. **3** Lied „Die Jungs von Lost and Found" auf „verloren geglaubt" **4** Halberstadt: Rechtsoffenes Konzert am 05.10.2013 im Salut auf http://harzinfo.blogsport.de **5** Punkfront Interview, 17. Juli 2011 auf uprisedirect.blogspot.de **6** Gregor Strasser, andere Schreibweise auch Straßer, war NSDAP-Politiker. Er beteiligte sich am missglückten Hitlerputsch und wurde NSDAP-Reichspropagandaleiter und später NSDAP-Reichsorganisationsleiter. **7** Interview 21. Oktober 2011, Punk Front(en), http://out19of69control.blogspot.de **8** FN: „Schmidtgard" in dem Neonazi-Skinhead-Fanzine Viva Saxonia #3 **9** Fanzine „Heimwärts" # 4 **10** Fanzine „Heimwärts" # 4, Fanzine „Viva Saxonia" #3 **11** Feindkontakt Nr.9 **12** ebd. **13** Halberstadt: Rechtsoffenes Konzert am 5. Oktober 2013 im Salut auf http://harzinfo.blogsport.de.

NS-SZENE

„In Stahlgewittern“

Einblicke in die rechte Neofolk-Szene

Für den 28. März 2015 kündigte die Band „Allerseelen“ ein Konzert in Berlin-Kreuzberg an. Halb-konspirativ organisiert war der Ort erst 24 Stunden vor Konzertbeginn zu erfahren, allerdings auch nur, wenn man das rund 40 Euro teure Ticket erwarb.

Trotz dem medialen Interesse in den Tagen vor dem Konzert und einer erhöhten Aufmerksamkeit seitens antifaschistischer Initiativen konnten „Allerseelen“ gemeinsam mit „The Grimsel Path“ ungestört im Kreuzberger Club „Chesters Inn“ in der Glogauer Straße im kleinen Kreise auftreten.

Runen und Mystik

Gerhard Petak, alias „Kadmon“ bzw. „Helmstatt“, ist Sänger und kreativer Kopf der seit 1987 bestehenden österreichischen Formation „Allerseelen“. Am Bass ist Marcel Petri und Christien H. am Schlagzeug. Musikalisch angesiedelt zwischen Neofolk, Dark Wave und Military Pop vertont die Band Esoterisches und Okkultes, dessen Ursprung nicht selten im Nationalsozialismus zu finden ist. Mit dem Album „Gotos=Kalanda“ kombiniert das Projekt um Petak Ambient-Klänge mit Texten des gleichnamigen Gedichtzyklus' des SS-Brigadeführers Karl Maria Wiligut. Wiligut, Leiter des Archivs im Rasse- und Siedlungshauptamt des Dritten Reichs, war federführend an der Entwicklung der mystischen Seite der SS beteiligt, etwa durch den Entwurf des Totenkopfrings oder die Umgestaltung der Wewelsburg.[1]

Auch die bei Neonazis beliebte „Schwarze Sonne“, welche als Bodenornament im sogenannten Nordturm der Wewelsburg eingelassen ist, ziert jenes Album. „Allerseelens“ fünftes Album „Neuschwabenland“ bezieht sich durch den Titel auf die gleichnamige Expedition der Nationalsozialisten in der Antarktis.[2] Besonders die mystische Seite des Nationalsozialismus scheint Petaks kreative Quelle zu sein. In vielen seiner Werke sind Bezüge zu Leni Riefenstahls Film „Das Blaue Licht“ erkennbar. Das Cover der Single „Alle Lust will Ewigkeit/Traumlied“ zeigt Riefenstahl in Gestalt des Mädchens „Junta“, die Hauptprotagonistin des Films. Die Platte selbst ist mit der „Schwarzen Sonne“ gestaltet. Riefenstahl, welche nach der Machtübernahme 1933 enge Vertraute von Joseph Goebbels war und Propaganda-Filme wie „Triumph des Willens“ produzierte, beschreibt Petak als „wunderschöne und starke Frau“ und stand laut eigener Aussage vor einigen Jahren mit ihr in Korrespondenz. Die Idee Riefenstahls, „Das Blaue Licht“ neu zu vertonen, setzte er allerdings nie um.[3]

Ein bisschen Jünger, ein bisschen Rahn

Der unreflektierte Umgang mit dem esoterischen Bild des Nationalsozialismus bzw. die Umdeutung dessen äußert sich auch in Petaks Schriften. Dazu gehören die „Aorta/Ahnstern-Hefte“, eine Reihe, die er unter seinem Pseudonym „Kadmon“ zwischen 1994 und 1999 veröffentlichte. In diesen führte er seine verklärte, romantische Sicht auf NS-Ideologen wie Karl Maria Wiligut und Otto Rahn aus und gab Platz für Interviews mit extrem rechten Bands wie „Blood Axis“ und „Burzum“, dem Urgestein des NS-Black Metal (NSBM). Die rund 30 Schriften erschienen 2008 als Buch unter dem Namen „Blutleuchte“.

Wegweisend war Petak auch in der Ikonisierung des nationalistischen Schriftstellers Ernst Jünger innerhalb der Szene. Ihm, Angehöriger der Reichswehr und Vordenker des Nationalsozialismus, widmete er nicht nur Aufsätze, sondern vertonte auch seine Kriegstagebücher „In Stahlgewittern“, das „Käferlied“ und die Abhandlung „Abenteuerliches Herz“. Auch hier wird Petaks unkritischer Sinn deutlich, denn er bezieht sich immer wieder nur auf esoterische Ansätze innerhalb Jüngers Theorien, besonders dem Verhältnis zu Masse und Individuum. Denn, trotz des militaristischen Gedankens und dem Konzept des nationalen Konservatismus, ist es besonders der individualistische Ansatz Jüngers, der Petak prägt. Damit eröffnete er einen Diskurs innerhalb des Neofolks, welcher in zahlreichen Vertonungen von Jüngers Schriften mündete. Wegbegleiter Petaks wie „Blood Axis“, „Von Thron-

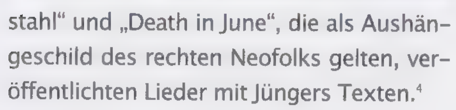








Links: Marcel Petri und rechts Gerhard Petak. (Foto: facebook) **Mitte:** Paul Morgenstern als Bandmitglied von „Aeveron“ (Foto: facebook) **Rechts:** Gerhard Petak und Christien H. live im „chesters inn“ (Berlin-Kreuzberg), am 28. März 2015 (Foto: facebook)



stahl“ und „Death in June“, die als Aushängeschild des rechten Neofolks gelten, veröffentlichten Lieder mit Jüngers Texten.[4]

Zwischen NSBM und „Blood & Honour“

Abgesehen von ihrem verklärten Bezug auf den Nationalsozialismus und dessen historische Protagonisten ist das Projekt „Allerseelen“ auch real in der rechten Musiklandschaft eingebettet. Nicht nur durch die Teilnahme an Tribut-Samplern für Riefenstahl oder den rumänischen Faschistenführer Corneliu Zelea Codreanu schaffen sie Verknüpfungen zur extremen Rechten, auch die personellen Überschneidungen sind gravierend.

Marcel Petri aus Bonn, welcher sich bei einigen Auftritten und im Studio beteiligt, ist tief im Rechtsrock-Milieu verankert. Neben seiner ehemaligen Tätigkeit bei „Von Thronstahl“ ist er Teil des Black Metal/Neofolk Projekts „Helgadom“, deren Gitarrist Frank Krämer auch bei „Stahlgewitter“ mitwirkt und in Eitorf den rechten „Sonnenkreuz-Versand“ betreibt. „Helgadom“ rückte schon 2004 in den antifaschistischen Fokus, nachdem sie der „Schulhof-CD“ der NPD einen Song beisteuerten. Auch Gründungsmitglied und bis 2006 Sänger der Gruppe, Sebastian Scheuseil, kann auf eine neonazistische „Karriere“ zurückblicken. Gemeinsam mit dem in nun Berlin lebenden Hendrik Möbus gründete er das Urgestein des deutschen NSBM „Absurd“ (siehe AIB 105 „Satansmörder als Neonazi-Netzwerker“).

Wie weit Marcel Petri innerhalb der extremen Rechten verankert ist, macht auch die Besetzung des Gesangs bei „Helgadom“ nach 2006 deutlich. „Bile“, „Hendrik“ oder einfach Paul steht in der Nennung des Sängers auf den CDs. Recherchen ergaben, dass es sich dabei um den in Wilkau-Hasslau bei Zwickau lebenden Paul Morgenstern handelt. Seit mehr als einem Jahrzehnt im „Blood & Honour“-Sumpf verankert bestreitet er das NSBM Solo-Projekt „Leichenzug“, spielt Schlagzeug bei der Zwickauer Metal-Band „Aeveron“, war als Gitarrist bei den Chemnitzer Rechtsrockern „Blitzkrieg“ aktiv und ist aktuell Schlagzeuger bei einer der wichtigsten NS-Hardcore Bands, „Brainwash“ aus Altenburg. Auch war er kurzzeitig Mitglied der rechts-populistischen Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), aus der er aber nach Bekanntwerden seiner Aktivität bei „Blitzkrieg“ austrat.

„Allerseelen“, nur falsch verstanden?

Dies kann deutlich mit Nein beantwortet werden. Das Projekt war von Beginn an federführend beteiligt, völkische und faschistische Bilder innerhalb des Neofolks zu etablieren. Sie schafften damit Raum für Umdeutung, Neu-Ausrichtung rechter Lyrik und Mystifikation menschenverachtender Ideologien. Unter dem Mantel der Musik und Kunst ist Neofolk und Military-Pop zum Auffangbecken Pseudo-Intellektueller geworden, deren Inhalte rechte Publikationen wie „Junge Freiheit“ und „Blaue Narzisse“ nicht besser hätten formulieren können.

Betrachtet man die rechte Neofolk-Szene bundesweit, so weist sie nicht nur einen florierenden Absatzmarkt durch Versände wie „Sonnenkreuz“ auf, sondern schafft zeitweise den Sprung in den Gothic-Mainstream. In Leipzig fand dieses Jahr zum vierten Mal das „Runes + Men“-Festival statt, dessen Ideengeber kein geringerer als Douglas Pearce ist, Kopf der Band „Death in June“. Auch Internet-Portale wie „Nonpop“ vermischen rechten Neofolk mit gängigem Dark Wave. Verantwortlich für Design und Konzept des Portals ist Christian Kapke, Bruder des NSU-Unterstützers André Kapke. Christian Kapke, bis 2000 in der „Jungen Landsmannschaft Ostpreussen“ (JLO) aktiv, war schon früh Vorreiter in Sachen Neofolk, sei es durch seine Band „Eichenlaub“ oder die Seite „Lichttaufe“. Mit letzterer organisierte er — der laut eigener Aussage im Jahr 2000 aus der rechten Szene ausgestiegen sei — 2004 und 2005 das „Flammenzauber Festival“ in Gera, wo neben „Ostara“ (ehemals „Strength Through Joy“) und „Blood Axis“ auch „Allerseelen“ auftraten.

Abschließend bleibt die Frage, welchen Einfluss dieses Genre auf die Neonazi-Szene hat. Dies lässt sich allein durch die genannten Verstrickungen nur erahnen. Fakt ist jedoch, dass eine weitere Nische unterwandert wurde, in der sich Neonazis Erlebniswelten schaffen, in denen Raum für Austausch, Rekrutierung und ideologische Festigung ist. •

Weiterführende Informationen zum Thema:
AIB 48: Rechte Tendenzen in der schwarzen Szene

1 Burg bei Paderborn, ab 1935 in den Händen der SS, bzw. Heinrich Himmlers, welche zum Schulungszentrum umgestaltet werden sollte. Um die Wewelsburg ranken sich mystische gemanische Erzählungen, so dass sie auch heute noch Neonazis und Esoteriker anzieht **2** Geo-strategische Expedition der Nationalsozialisten im Jahr 1938/1939 **3** Anekdoten aus einem Interview Petaks m französischen Magazin „Noiseist“ **4** „Storm before the calm“ von „Blood Axis“, „On the marble cliffs“ von „Kapo“ („Death in June“), „Atlantische Tief“ von „Von Thronstahl“

NS-SZENE

Seit November 2014 läuft am Landgericht Rostock der sogenannte Thiazi-Prozess. Thiazi.net war das bedeutendste deutschsprachige Internetforum für Neonazis. Drei der vier Angeklagten wurden im Juni 2015 rechtskräftig wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Volksverhetzung verurteilt. Das Verfahren gegen den vierten Angeklagten dauert an.

Das unrühmliche Ende

Verurteilungen im ersten Thiazi-Prozess

Thiazi wurde am 14. Juni 2012 auf Betreiben der Staatsanwaltschaft Rostock vom Netz genommen. Damals wurden in elf verschiedenen Bundesländern Razzien durchgeführt und 24 Objekte vom Bundeskriminalamt durchsucht. Gegen 26 Beschuldigte im Alter von 22 bis 64 Jahren wurden Ermittlungen eingeleitet. Bei den vier Angeklagten handelt es sich um die AdministratorInnen von Thiazi Klaus Werner Ruthenberg (Mecklenburg-Vorpommern) und Daniela Wagner (Baden-Württemberg) sowie die Forums-Betreuer Dominik Schuster (Baden-Württemberg) und Denny Stetefeld (Sachsen-Anhalt).

Die Anklage der Staatsanwaltschaft Rostock gegen das Quartett enthält den Vorwurf, dass sie ihre BetreuerInnenrechte nicht genutzt hätten, um insbesondere volksverhetzende Liedtexte und Audiodateien zu editieren bzw. zu löschen. Belege dafür wurden in einer 67.000 Seiten umfassenden Anklageschrift gesammelt. Über 300 Seiten wurden im Verfahren an mehreren Verhandlungstagen verlesen. Zwei Staatsanwältinnen verlasen in einem bizarren Vortrag abwechselnd mit monotoner Stimme stundenlang neonazistische Liedtexte, Hasstiraden und Gewaltaufrufe gegen verschiedene gesellschaftliche Gruppen. Die Nachfragen des Gerichts wirkten oftmals unvorbereitet und wenig engagiert. Die Angeklagte Wagner wurde der Rädelsführerschaft überführt. Schuster und Stetefeld konnten zudem mehrere Volksverhetzungen nachgewiesen werden. Wagner, Stetefeld und Schuster wurden zu mehrjährigen Bewährungsstrafen und Geldzahlungen an gemeinnützige Vereine verurteilt. Die drei Angeklagten hatten sich umfassend vor Gericht zu den Vorwürfen eingelassen.

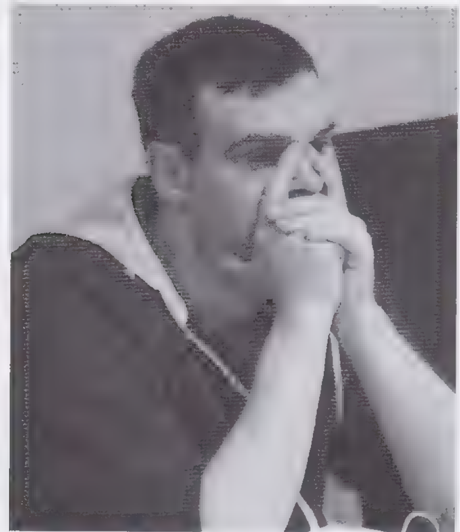
Denn sie wussten nicht, was sie tun?

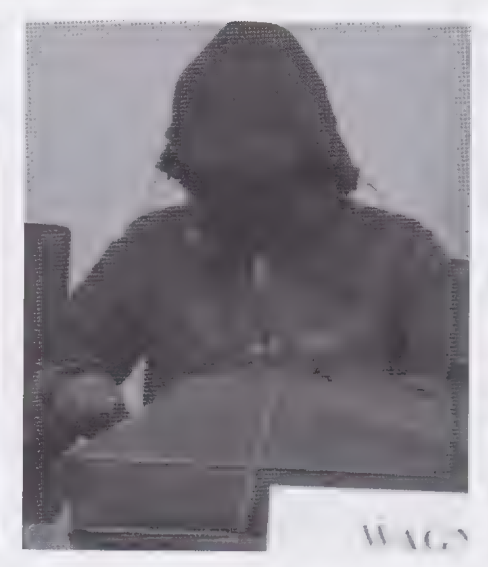
Wagner (alias „Fjörgyn") war ein Gründungsmitglied von Thiazi, für die Programmierung und Sicherheit des Forums zuständig und hatte administrative Rechte als Teil der „Regierung" des Forums, die sie mit Ruthenberg bildete. Sie kam zu Thiazi durch einen Ex-Freund, für den sie RechtsRock gesucht habe. Vor Gericht schwankte sie zwischen den Rollen einer auf Anonymität bedachten Technikerin und reumütiger „Aussteigerin". Im Anschluss an ihre Hausdurchsuchung soll Wagner in der Vernehmung beim BKA ausgiebig mit den Ermittlungsbehörden kooperiert haben. Weil sie niemanden „ihren" Server habe übergeben wollen, gab sie dem BKA alle Zugangsdaten und Passwörter preis und schaltete auf Weisung des BKA den Server ab. Ihre Aussage hatte 2014 zu einer weiteren Durchsuchungswelle bei Neonazis geführt. Vor Gericht hatte Wagner ausgesagt, dass sie seit der Abschaltung des Servers nicht mehr Teil der rechten Szene sei. Als Begründung für ihre Technikunterstützung bei Skadi.net (siehe Kasten) und später Thiazi.net gab sie an, dass es ihr Spaß gemacht und sie durch ihr Technik-Know-how Anerkennung erfahren habe. Dass sie sich nur für die technische Gestaltung des Servers interessiert und nicht gewusst habe, dass ihre Handlungen strafbar seien, ließ das Gericht als Begründung gelten.

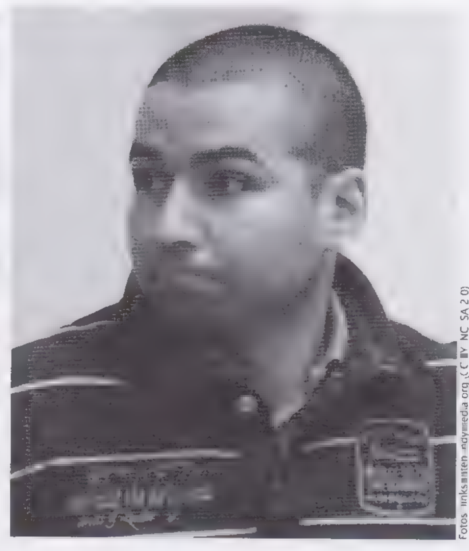
Auch der Angeklagte Schuster (alias „Dom", „Heinfred" und „Betreuer 4") gab an, dass er sich seit 2008, infolge eines Angriffs von „Karlsruher Kameraden", aus der Neonaziszene zurückgezogen habe. Nach eigenen Angaben habe er sich auch schon 2011 im Rahmen der Betreuertätigkeit bei Thiazi weniger engagiert. Zu seiner aktiven Zeit nahm er jedoch an konspirativen Neonazi-Konzerten teil und spielte selbst mit anderen Thiazi-NutzerInnen in einer Neonazi-Band[1].

Auch er war über die Suche nach RechtsRock auf skadi.net gestoßen. Dort sei er positiv aufgefallen und als Betreuer für Thiazi angeworben worden. Bei Thiazi war Schuster für den Musikbereich zuständig. Vor Gericht begründete er seine Thiazi-Aktivität damit, dass er dort politische Diskussionen führen konnte, die woanders nicht möglich waren.

Stetefeld (alias „Puper", „Systemkritiker", „Betreuer 11") war bei Thiazi ebenfalls Bereichsbetreuer für den Musikbereich. Dort widmete er sich v. a. indiziertem RechtsRock. Auf Grundlage von Listen der „Prüfstelle für jugendgefährdende Medien" erstellte er Listen mit RechtsRocktiteln, die er ins Forum stellte, wo er auch Musik hochlud. Als Einziger gab er an, dass er sich bewusst gewesen sei, dass er strafbare Handlungen beging und nahm dies auch für alle weiteren NutzerInnen an. Nach einer Hausdurchsuchung im Jahr 2012 befindet er sich in einem begleiteten Ausstieg aus der Neonaziszene, den er von allen Angeklagten am glaubhaftesten belegen konnte.







Obere Reihe v.l.n.r.: Denny Stetefeld, Daniela Wagner, Klaus Werner Ruthenberg.
Unten: Dominik Schuster



Ein Verfahren wurde abgetrennt und läuft noch

Ruthenbergs Verfahren wurde im Juni von der Verhandlung getrennt und läuft noch am Landgericht Rostock. Er war der Einzige, der sich zwar bei den Ermittlungsbehörden, nicht aber vor Gericht eingelassen hatte. Das Urteil gegen die anderen drei begründete das Gericht u. a. damit, dass es den Ausstieg der Angeklagten aus der rechten Szene für glaubwürdig halte. Ruthenberg distanzierte sich im Verfahren nicht von seiner politischen Einstellung. Die Abtrennung seines Verfahrens führen Prozessbeobachter_innen auf seine fehlende Reue vor Gericht zurück. Bedeutsam scheint im Zuge der Abtrennung des Verfahrens auch Ruthenbergs Tätigkeit als Erzieher zu sein. Der Richter kommentierte in diesem Zusammenhang einen Zeitungsbericht über die Strategie von Neonazis, bereits bei Kindern rechte Propaganda zu verbreiten. Ruthenberg wurde bereits im Verfahren mit Äußerungen zur nationalsozialistischen Kindererziehung aus einem Telefonüberwachungsprotokoll zitiert. Jenes Telefonat führte er mit Alexander Brammann, einem früheren Mitglied der Berliner RechtsRock-Band „Deutsch, Stolz, Treue" (D.S.T). Darin teilte er die Ansicht der Thiazi-Nutzerin Nicola B. (alias „Prometheusfunke"), ebenfalls Erzieherin, bereits bei Kindern mit der neonazistischen Erziehung zu beginnen. Ruthenbergs pädagogische Rolle beschränkt sich aber nicht nur auf Kinder: Er sei der „Sozialarbeiter der Rechten", wie er in seiner Aussage beim BKA angab.

Inhaltlich brachte das bisherige Verfahren kaum neue Erkenntnisse. Ein Großteil des Verfahrens fand als Selbstleseverfahren statt, wodurch Informationen ProzessbeobachterInnen nicht zugänglich wurden. Immer wieder wurde in der Anklage und in Äußerungen des Gerichts auf Rechercheergebnisse der Antifa Freiburg zurückgegriffen. Diese hatte maßgeblich zu einer Identifizierung der Thiazi-BetreuerInnen beigetragen. Im Verfahren wurde bekannt, dass antifaschistische Recherche auch dazu geführt hatte, dass das Neonazi-Forum seine Sicherheitsvorkehrungen verstärkte. Nach einer Reihe von Outings von NutzerInnen des Forums wurden beispielsweise die Spitznamen der BetreuerInnen in einheitliche Bezeichnungen von Betreuer eins bis zwölf umbenannt. •

1 „Uber die Maas, über Schelde und Rhein" - Hintergründe des „Blood & Honour"-Konzerts am 19. April 2014 im Elsass (22. Juni 2014), https://autonome-antifa.org/?article285

Das Thiazi-Forum ging 2007 aus dem Skadi-Forum hervor. Die Angeklagten Ruthenberg und Wagner waren im Vorläuferprojekt bereits BetreiberInnen. Nachdem sie sich jedoch durch dortige AdministratorInnen ideologisch eingeschränkt fühlten, gründete sich Thiazi. Ruthenberg galt als Kopf von Thiazi. Thiazi umfasste bis zuletzt ca. 30.000 registrierte NutzerInnen, 120.000 Themen und insgesamt 1,5 Millionen Beiträge. Am stärksten wurde der Musikbereich des Forums genutzt. Allein dort wurden ca. 190.000 Beiträge veröffentlicht. Der RechtsRock-Bereich umfasste neben Banddiskographien, CD-Besprechungen und Gitarrenakkorden auch die Möglichkeit über 1000 Musikalben, von denen über 100 als strafbar und volksverhetzend eingestuft waren, herunterzuladen. Spenden an das Thiazi-Forum gingen an ein Konto des Nutzers Reinhard D. (alias „Weddigen") in West Sussex (GB) und wurden mit dem Downloadrecht von Musiktiteln belohnt. Die Einnahmen aus den Werbebannern gingen auf ein Pay-Pal Konto von Ruthenberg. •

BRAUNZONE

Bürger im Hass

Wie Rechtspopulisten in Bremen erfolgreich Stimmung machen

„Law & Order“ und rassistische Vorurteile — mit dieser Mischung machen die Rechtspopulisten der Partei „Bürger in Wut“ (BiW) seit Jahren in Bremen Politik. Nach der Bürgerschaftswahl 2015 sitzen sie erneut mit einem Abgeordneten im Bremer Landesparlament. Seit 2007 schaffte sie es drei mal in Folge in das Landesparlament einzuziehen. Immer mit ihrem Vorsitzenden und Gründer Jan Timke als Kandidat. Stets mit rechten Parolen, die die so genannte „Mitte“ der Gesellschaft ansprechen. Wer steckt hinter dieser Partei und ihrer rechten Stimmungsmache?

In der vergangenen Legislaturperiode saß neben Jan Timke auch Martin Korol für die BiW in der Bürgerschaft. Der ehemalige Sozialdemokrat war im Oktober 2013 zur BiW Partei übergetreten, nachdem er wegen antiziganistischen und frauenfeindlichen Äußerungen aus der SPD ausgeschlossen worden war. Bei der Wahl 2015 konnten die BiW seinen Sitz nicht halten.

Der Erfolg der Partei zeigt sich jedoch vor allem bei einem Blick auf die 22 Beiräte der Stadtteilparlamente Bremens. Dort gelang es den BiW in sieben Beiräte einzuziehen, teilweise mit mehreren VertreterInnen. Vorbereitet wurde dies von einer aggressiv geführten Kampagne zu den Themen „Einwanderung“ und „Kriminalität“. Mit einer bewussten Verknüpfung dieser Themen konnten die BiW im Bremer Norden (Vegesack und Rekum), aber auch im innerstädtisch gelegenen Stadtteil Woltmershausen, erfolgreich die rassistischen Ressentiments in Teilen der Bevölkerung ansprechen.

Jan Timke, der Bundesvorsitzende und Landtagsabgeordnete der Partei, war zuvor Spitzenkandidat der Partei ‚Rechtsstaatliche Offensive' (genannt Schill Partei) in Bremen. Nach deren Auflösung gründete Timke seine eigene — nicht weniger rechtspopulistische Law & Order Partei — „Bürger in Wut“. Diese kann seit ihrer Gründung 2004 mit Propaganda gegen Geflüchtete, Migrant_innen und linke Aktivist_innen in Bremen Stimmen ziehen. Vor seiner Karriere als Politiker war Timke Beamter der Bundespolizei. Mit seinen lautstarken Rufen nach einer Aufstockung von Polizeikräften, einem Ausbau der Repression gegen migrantische Gruppen und sein Fokus auf linke Aktivist_innen, bedient er die Interessen seiner Anhängerschaft. Parteipolitisch operiert Timke in Bremen strategisch seit Jahren im Ausschuss für Integration und in der staatlichen Deputation für Inneres und Sport. Zudem lässt sich Timke gern in der Nähe seiner frisch gewählten ParteikandidatInnen in den Bremer Beiräten sehen und beobachtet vor Ort deren Auftritte sowie die Ergebnisse kommunaler Entscheidungen in den Stadtteilen. Seine bisherigen Anfragen, bzw. die seines Parteikollegen Korol, an den Bremer Senat, sind meist von der Intention geleitet, „organisierte arabische Clans“ auszumachen oder pauschal Sinti und Roma in Verbindung[1] mit Straftaten zu bringen. Auch interessiert sich die Partei intensiv für „Abschiebehäftlinge“ und strebt immer wieder eine Massenausweisung von Geflüchteten an. So wird auch gern mit Falschbehauptungen Stimmung im Parlament betrieben. Zuletzt wurde eine solche Anfrage vom Senat offiziell korrigiert. Timke hatte behauptet, in Bremen würden „800 Ausreisepflichtige“ vorsätzlich nicht abgeschoben und unterschlug, trotz seines besseren Wissens durch Zugang zum Ausschuss für Integration und zur Innendeputation, dass es sich hierbei überwiegend um Geflüchtete mit Duldungsstatus oder anderer aufenthaltsrechtlicher Hindernisse handelte. Auch geht ihm der Ausbau von Abschiebeknästen nicht weit genug, weshalb er die Bürgerschaft bzgl. Abschiebezellen mahnte, sich an die Gesetzeslage zu halten, obgleich diese in Bremen den gesetzlichen Vorgaben bereits längst entsprachen.

Diese rassistische Themensetzung der Partei beschert den BiW seit Jahren Erfolg. Gleichzeitig wird sie wegen ihrer wenigen Prozente bei den Wahlen als Kleinstpartei stets unterschätzt — so auch von vielen Antifaschist_innen aus Bremen. Timke schafft es in der „bürgerlichen Mitte“ ein rassistisches Bild gegenüber Muslimen und Sinti und Roma zu bedienen — vor allem in den Randbezirken Bremens und Bremerhavens.





Oben: Jan Timke, Mitglied der Bremer Bürgerschaft.
Unten: Fritjof Balz

Ein weiteres beliebtes Thema der Partei ist die „zunehmende Gefahr des Linksextremismus", der sich in Bremen unkontrolliert ausbreiten würde. Wiederholt fordert sie „Programme gegen Extremismus"[2]. Über die tatsächliche Problematik ansteigender Gewalttaten von Rechts verlieren Timke und seine Partei grundsätzlich kein Wort. Timke will stattdessen in der Bürgerschaft mit Provokationen und einer strategischen Inszenierung von Gefahren[3] öffentlichkeitswirksam Linke diffamieren und kriminalisieren[4]. Dies kommt bei der eigenen Wählerschaft gut an. Zu dieser gehören auch rechte Verschwörungstheoretiker wie Udo Ulfkotte, der selbst Parteimitglied ist. So wird in der TV-Ausgabe des Kopp-Verlages[5] Werbung für BiW gemacht. Ulfkotte und Timke wiederum bewerben den Verlag auf ihren Internetseiten.

Der Hass auf Linke hat in den vergangenen zwei Jahren zu einer regelrechten Anti-Antifa-Arbeit geführt. Der BiW-Kandidat Oliver Meier filmt gezielt Antifaschist_innen bei Kundgebungen und Demonstrationen, so unter anderem bei einem antifaschistischen Protest gegen eine Veranstaltung der AfD sowie bei antifaschistischen Aktivitäten gegen eine Kundgebung von Neonazis in Kirchweyhe. Der Dokumentationseifer von Oliver Meier scheint im Zusammenhang mit seinen Aktivitäten bei der „Interessengemeinschaft Artikel 5 Grundgesetz" zu stehen. Dieser Zusammenschluss versteht sich nach eigener Aussage „als unabhängiger und überparteilicher Zusammenschluss von Bremer Bürgern", die sich angeblich „für die Stärkung und den Erhalt der Meinungsfreiheit in Bremen" einsetzen. Der „Interessengemeinschaft" geht es wohl eher um den Kampf gegen eine angebliche Verordnung von sog. „Political Correctness". Die nach ihrer Vorstellung vom rot-grünen Senat sowie von Antifaschist_innen gegen sie verhängt würde.

Die „Bürger in Wut" wollen bei den Großen im Senat mitspielen. Diese Ambitionen treibt auch Fritjof Balz mit voran. Anfangs inszenierte er sich noch als „besorgter Bürger" in Bremen Nord und rief in sozialen Medien gegen die Unterbringung jugendlicher Geflüchteter auf. Dafür bekam er eine breite Zustimmung im Stadtteil Farge. Seine Biedermann-Auftritte verschafften ihm die gewünschte Aufmerksamkeit durch die BiW. Nach seinem Beitritt in die Partei ließ er sich zum Kandidaten aufstellen und agiert fortan im Beirat Blumenthal mit weiteren Wutbürgern gegen alles, was mit Flucht und Migration zu tun hat. Zudem sucht Balz die direkte Konfrontation mit seinen politischen Gegner_innen. So machte er sich laut Medienberichten im Wahlkampf 2015 selbst auf, um zusammen mit Oliver Meier Jugendliche, die sich gegen Rassismus engagieren, nachts mit dem Parteifahrzeug zu jagen. Gegen die Initiator_innen eines linken Infoladens sprach er Bedrohungen aus. Bei dieser nächtlichen Aktion war auch ein ehemaliger politischer Weggefährte von Balz vor Ort: Christoph Seidl, der für die AfD aktiv ist. Balz und Seidl hatten zuvor in Farge gegen jugendliche Geflüchtete mobil gemacht.

Seidl hält sich, im Gegensatz zu Balz, eher im Hintergrund und gilt als Stratege. Seit Gründung der AfD in Bremen agitiert er im Internet gegen Antifaschist_innen, belegt die gleichen Law & Order Themen wie die BiW und stellt sich selbst öffentlich in die Nähe von PEGIDA, wenn er fordernd fragt: „Wo sind die Zeichen der Solidarität mit den Dresdner PEGIDA-Verantwortlichen?"

Die Stärke der BiW liegt nicht auf Landesebene, sondern im lokalen Bereich. Gerade in Stadtteilen, in denen eine kleinbürgerliche Mittelschicht glaubt, sich mit sozialen Problemen konfrontiert zu sehen, gelang es den BiW mit ihrer rassistischen Law & Order-Politik Stimmen auf sich zu vereinen. Ihr hauseigener Anti-Antifa Fotograf Oliver Meier organisiert die passende Einschüchterung von Antifaschist_innen. Mit Führungsfiguren wie Jan Timke und Fritjof Balz gelingt es der Partei ein „Wir packen es an"-Image zu generieren.

Die BiW machen in Bremen das, was neonazistische Parteien über Jahrzehnte nicht hinbekommen haben: Rechte Graswurzelarbeit auf lokaler Ebene, die bei den Bürgern ankommt und das seit Jahren. Sowohl von den etablierten Parteien als auch von Antifaschist_innen werden sie jedoch kaum beachtet. Die rassistische Law & Order-Politik der BiW ist brandgefährlich. •

1 Anfrage BiW an den Senat der Burgerschaft, 23. August 2013 zu „Metalldiebstählen" 2 MdBB Dr. Korol, BiW, Anfrage an die Bürgerschaft, 22. Januar 2015 3 Anfrage „Gefahr sozialer Unruhen in Bremen" MdBB Jan Timke vom 29. August 2011 4 Exemplarisch: BiW Bürgerschaftsanfrage „LInksextremismus in Bremen", vom 22. Januar 2015 5 BiWTV-Kopp Nachrichten: Wir brauchen weniher und nicht mehr Brüssel, 01.09.2011 [Fehler im Original]

BRAUNZONE

Die AfD nach der Wahl

ANDREAS KEMPER

Die „Alternative für Deutschland" (AfD) hat sich nach dem Essener Parteitag im Juli 2015 gespalten. Der neoliberale Flügel um Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel trat nach einem Rechtsruck aus der Partei aus und gründete die neue Partei „Allianz für Fortschritt und Aufbruch" (ALFA). Dieser Artikel soll einen Überblick der aktuellen Situation vermitteln.

Lange angebahnte Spaltung

Die Spaltung beruht auf Widersprüchen, die sozialstrukturelle Gründe haben. So vertritt der neoliberale Flügel die Interessen konservativer Familienunternehmens-Verbände und hatte entsprechend im Januar 2013 die AfD im Zuge der Konflikte um die Griechenlandpolitik gegründet. Die nationalkonservative Mehrheit hingegen vertritt vor allem die Interessen des Kleinbürgertums. Aber auch Adelsfamilien und deren klerikal-aristokratische Netzwerke spielen in der AfD eine wichtige Rolle.

Der letzte Konflikt begann, als noch mit der Lucke-Mehrheit der Herausgeber des neu-rechten Magazins Sezession, Götz Kubitschek, als „Rechtsextremer" in der Partei nicht zugelassen wurde. Hiergegen verwahrten sich neurechte Strömungen in der AfD und gründeten die Erfurter Resolution. Nationalkonservative Kräfte um Petry, Gauland und Storch stellten sich im Konflikt auf deren Seite, was schließlich zur Niederlage des neoliberalen Flügels führte.

ALFA — Neoliberale Positionen

ALFA setzt in den kommenden Landtagswahlkämpfen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auf Bildung und Sicherheit. Die geschlechter-, familien, bildungs- und einwanderungsbezogenen Forderungen sind geprägt durch eine rigide und sozialselektive Bevölkerungspolitik zugunsten privilegierter Gruppen. „Political Correctness" und „Gendermainstream" wird abgelehnt, nach Meinung von Bernd Lucke bräuchten wir keine Einwanderung, wenn Akademiker wieder mehr Kinder bekämen.

AfD — Rechtslibertäre Positionen

Ein ideologisch verwandter, ebenfalls neoliberaler Flügel ist in der AfD verblieben. Es handelt sich um die Libertäre Alternative, die rechtslibertäre Positionen vertritt. Vertreten wird diese Position durch Sven Tritschler, Vorsitzender der „Jungen Alternative", und Marcus Pretzell, Chef des Landesverbandes der AfD in NRW. Die Rechtslibertären wollen einen Minimalstaat, der sich jeder Gleichstellungspolitik zu enthalten habe. Sozialstaat einschließlich Renten sollen „abgewickelt" werden. Dafür soll es eine Liberalisierung des Waffenrechts geben. Pretzell und Tritschler sympathisieren mit der UKIP.

INHALTLICHE SPALTUNGSLINIEN IN DER AFD:

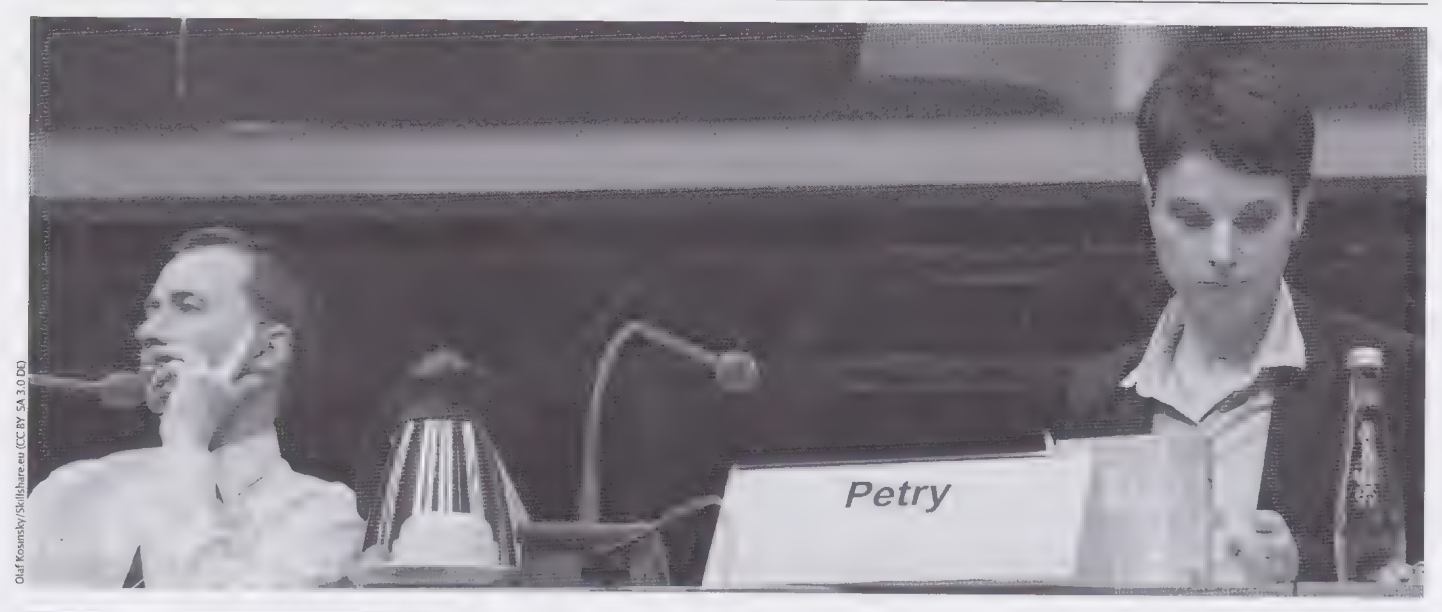
Konfliktbeginn	Neoliberale Position	Nationalkonservative Position
Herbst 2013	Fraktion mit Conservative Party	Fraktion mit UKIP
Frühjahr 2014	Pro TTIP	Gegen TTIP
Frühjahr 2014	Pro Russland-Boykott	Gegen Russland-Boykott
Herbst 2014	Pegida-Skepsis	Pegida-Befürwortung
Frühjahr 2015	Rauswurf der Neuen Rechte	Pakt mit der Neuen Rechten

Antisäkulare Positionen

Antisäkulare Positionen vertritt vor allem das Netzwerk „Zivile Koalition e.V." von Beatrix von Storch. Bestandteil dieses Netzwerkes ist „Familien-Schutz.de" von Hedwig von Beverförde und die Internetpräsenz „Demo für alle" — mit diesen beiden Initiativen wird in Stuttgart die 'Demo für alle' koordiniert, die bislang gegen eine vermeintliche „Frühsexualisierung" durch den Bildungsplan 2015 der baden-württembergischen Landesregierung agitierte, sich nun aber auch gegen eine Ehe für alle wendet, was bei der letzten Demonstration für einen enormen Anstieg auf 4000 DemonstrantInnen sorgte.

Beatrix von Storch sitzt für die AfD im Europäischen Parlament und koordiniert dort für die drittgrößte Fraktion ECR die Familien- und Geschlechterpolitik. Sie ist auch Mitglied der Europapartei „Europäische Christliche Politische Bewegung" (ECPM). Zugleich kann sie auf ihr reaktionäres Familiennetzwerk (P. v. Oldenburg, P. v. Preußen, Georg Habsburg) zählen.

Seit dem Essener Parteitag, an dem Storch in den Vorstand der AfD gewählt wurde und nun in der Programmkommission sitzt, hat ihre Strömung an Gewicht gewonnen. Unter anderem zeigt sich dies am „Pforzheimer Kreis/Christen in der AfD", dessen Mitglied Eberhard Brett zum Bundesschiedsrichter der Partei gewählt wurde. Auf Initiative eines weiteren Mitgliedes dieses Kreises wurde während des Landesparteitages in BW im Juli 2015 eine Anti-Gender-Resolution einstimmig verabschiedet, die alle Antidiskriminierungs-Maßnahmen und den Studiengang Gender-Studies beenden will. Stattdessen bräuchte es eine „Willkommenskultur für Un- und Neugeborene". Abtreibungen dürften nicht länger „bagatellisiert" oder staatlich unterstützt werden.





Oben: Bundesparteitag der AfD Anfang Juli 2015 in Essen mit Bernd Lucke (links) und Frauke Petry (rechts).
Unten: Beatrix von Storch auf einer AfD-Veranstaltung.

Auch sei „sittenwidriger" Sexualkundeunterricht zu stoppen. Der „Pforzheimer Kreis" sympathisiert deutlich mit PEGIDA.

Neurechte Positionen

Zentrale Person für die „Neue Rechte" in der AfD ist der thüringische Landesfraktionschef Björn Höcke, der eine ultranationalistische Erneuerung Deutschlands fordert und somit nach den Kriterien des Faschismusforschers Roger Griffin eine faschistische Ideologie verfolgt.

Im „finalen Denken" Björn Höckes sollen die „Anlagen" des „organisch gewachsenen" deutschen Volkes durch einen „neuen Politikertypus" und „direktdemokratische" Elemente (Stichwort „organische Demokratie", Benoist) entfacht werden. Seit 1945 sei das deutsche Volk „neurotisiert", es müsse durch ein „tiefes Tal gehen", um wieder zum „Eigenen" zurückzufinden. Integrationspolitik wird von Höcke verworfen, von „Fremden" eine „hundertprozentige Assimilation" ohne Auswirkungen auf die „deutsche Kultur" erwartet. „Dekadenter Sozialstaat" sowie „entarteter" „zinsbasierter Globalkapitalismus" seien durch „organische Marktwirtschaft" zu ersetzen. Höcke verspricht, die „perverse", „dekadente" „Geisteskrankheit" Gendermainstream „aus den Schulen und Hochschulen zu vertreiben" um die „natürliche Geschlechterordnung" aus bevölkerungsbiologischen Gründen wieder herzustellen. Außerdem ermögliche nur die „Polarität der Geschlechter" die „deutsche Hochkultur". Kindern müsse wieder eine „positive Unterordnungsfähigkeit" beigebracht werden, Jugendliche sollen wieder zur Wehrpflicht gezwungen werden, um bei ihnen eine „Identifikation" mit dem „Vaterland" herzustellen.

Höcke hatte die „Erfurter Resolution" gestartet. Zu seinen Unterstützern außerhalb der AfD zählen Götz Kubitschek (Sezession) und Jürgen Elsässer (Compact).

Die „Junge Freiheit" bzw. deren Herausgeber Dieter Stein steht mit seinem neurechten Ansatz seit der Spaltung vor einem Dilemma. Er hatte aus opportunen Gründen die Lucke-Fraktion mit dem realpolitischen Ziel, eine Partei rechts von der CDU zu etablieren, unterstützt und sich gegen seine „metapolitischen" KollegInnen ausgesprochen. Es ist offen, welche Strategie er jetzt einschlägt.

Noch ist unklar, welches Verhältnis Höcke zum militanten Neonazi und NPD-Kader Thorsten Heise hat. Dass er unter dem Pseudonym „Landolf Ladig" für Heises Publikationen schrieb, ist die bislang plausibelste Erklärung für eine Reihe überzufälliger Überschneidungen in den Texten Höckes und „Ladigs". Die AfD bemüht sich nicht um öffentliche Aufklärung in dieser Causa.

Ausblick

Das Verhalten der Wissenschaft und der Medien ist nach dem Essener Parteitag noch problematischer geworden. Aus der Politikwissenschaft fehlen klare Positionierungen. Hieß es vor dem Parteitag noch, es sei zu früh, die AfD in ihrem Findungsprozess einzuschätzen, findet sich ein Vierteljahr nach dem Parteitag noch immer keine deutliche Aussage.

Noch problematischer ist das Medienverhalten. ALFA hat nun den Status einer normalen bürgerlichen Partei erhalten, Bernd Lucke bspw. darf als „Experte" für den „Focus" Kommentare schreiben. Der WELT-Redakteur Günther Lachmann, der mehr als jeder andere Journalist über die AfD schrieb, lässt nun den ehemaligen WELT-Kolumnisten und AfD-Gründer Konrad Adam regelmäßig in seinem Blog „Geolitico" schreiben. Adam ist der Chef der AfD-nahen Erasmus-Stiftung.

Auch die Causa Höcke-„Ladig" wurde seit der Reetablierung Höckes mit dem Essener Parteitag weder von den Medien noch von der Wissenschaft wieder aufgegriffen. Es droht eine Normalisierung neurechter Positionen im deutschen Parteiensystem. •

ANTIFA

День Победы
Wer nicht feiert, hat verloren!

EIN BEITRAG DER BO „8. MAI" DER BERLINER VEREINIGUNG DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES – BUND DER ANTIFASCHISTINNEN UND ANTIFASCHITEN (VVN-BDA)

„День Победы[1] — Wer nicht feiert, hat verloren!" Unter diesem Motto veranstaltet die Basisorganisation „8. Mai" der Berliner VVN-BdA seit acht Jahren ehrenamtlich jährlich am 9. Mai ein nichtkommerzielles Fest zum Tag des Sieges über den deutschen Faschismus. Unterstützt wird sie dabei von der Antifaschistischen Initiative Moabit (AIM), der Autonomen Antifa Berlin (A2B), Für eine linke Strömung (FelS) organisiert in der Interventionistischen Linken (IL) und dem Kollektiv Zielona Gora. Dieses Fest ist ein wichtiger Teil antifaschistischer Erinnerungsarbeit und strömungsübergreifender Zusammenarbeit sowie ein kulturelles Gegenangebot zum Mainstream. Das Fest ist sehr erfolgreich und wird immer größer. Um es weiter veranstalten zu können, brauchen wir die Unterstützung weiterer antifaschistisch-antirassistischer Gruppen bzw. Gruppierungen der radikalen Linken zur Vorbereitung und Durchführung. Wir rufen deshalb die Leser_innen des AIB, die an dem Fortbestand des Festes interessiert sind, auf, sich aktiv einzubringen.

Die Bedeutung des 8./9. Mai für die politische (radikale) Linke

Am 7. Mai 1945 unterzeichnete Generaloberst Alfred Jodl im Auftrag des Hitler-Nachfolgers Großadmiral Karl Dönitz die Kapitulationserklärung gegenüber den West-Alliierten der Anti-Hitlerkoalition in Reims, die am 8. Mai in Kraft trat. In der Nacht auf den 9. Mai wurde die Kapitulation endgültig und bedingungslos vor dem Oberkommando der Roten Armee und gleichzeitig vor dem Oberkommando der West-Alliierten der Anti-Hitlerkoalition unterzeichnet. „Der Krieg ist gewonnen, der Sieg ist da", verkündet General de Gaulle den Frieden.

Für Millionen Menschen, Opfer der nazistischen Diktatur, kam die bedingungslose Kapitulation Nazideutschlands zu spät; für Jüd_innen, Sinti und Roma, Homosexuelle und Zwangsarbeiter_innen. Zu spät aber auch für Kommunist_innen, Anarchist_innen, Sozialdemokrat_innen, Gewerkschafter_innen, Christ_innen und viele politisch antifaschistisch Denkende und Handelnde. Sie und Millionen alliierter Soldat_innen, Partisan_innen, Widerstandskämpfer_innen in vielen Ländern mussten für diesen Tag ihr Leben geben. Der 8./9. Mai 1945 ist für die Überlebenden der Konzentrationslager und Todesmärsche, für die Jüdinnen und Juden und alle anderen, denen es gelang, sich bis zu diesem Tag dem Zugriff der Nazis zu entziehen, der Tag der Befreiung. Tausende überlebende Buchenwald-Häftlinge leisteten am 19. April 1945, wenige Tage nach ihrer Selbstbefreiung und wenige Tage vor der bedingungslosen Kapitulation Nazideutschlands den Schwur von Buchenwald: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel." Diesem Schwur fühlen sich die VVN-BdA und ihre Mitglieder verpflichtet. Für sie und die politische Linke ist der 8. Mai ein „Tag der Befreiung" und der 9. Mai ein „Tag des Sieges".

Der Kampf um die Deutungshoheit

Bis heute bestehen immer noch Bestrebungen zur Umdeutung des 8. Mai. Der 8. Mai sei keine Befreiung, sondern eine „Niederlage". In der Bundesrepublik wird immer wieder behauptet, der Tag sei keine Befreiung, weil mit ihm erst „Vertreibung", „Leid" und „Elend" für die Deutschen begann. Während die einen versuchen, auf diese Weise aus deutschen TäterInnen „Opfer" der Alliierten zu machen, wollen andere davon ablenken, dass erst der Sieg der Alliierten das deutsche Morden beendete. Ganz besonders geht es aber um die Sowjetunion, die die Hauptlast und maßgebliche Rolle im Kampf gegen Nazi-Deutschland spielte. „Opfermythos" und Antikommunismus stellen hier einen direkten Zusammenhang dar.

Von dieser hegemonialen Deutung der Geschichte in Deutschland will sich bis heute ein großer Teil der deutschen Bevölkerung nicht verabschieden. Jedoch grenzen sich Teile der deutschen Eliten mittlerweile davon ab. Exemplarisch hierfür steht die in diesem Jahr wieder viel zitierte Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizäcker aus dem Jahr 1985. Nach der banalen und nach 40 Jahren recht späten Feststellung, „der 8. Mai war ein Tag der Befreiung" schließt er ausdrücklich an: „Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern". Jene Menschen, für die der 8./9.Mai ein freudiger Tag war und ist, werden somit ausgeschlossen, die deutsche Schicksalsgemeinschaft fortgeschrieben.

Das Bekenntnis zur Befreiung und zum Sieg der Alliierten demonstriert die „Läuterung" Deutschlands. Nur so lässt sich nach der Befreiung von „zwei Diktaturen" wieder ungeniert geostrategisch agieren, gerade auch in Osteuropa, wo diese antitotalitaris-



tische Gleichsetzung Staatsdoktrin der meisten postsozialistischen Staaten ist.

Das Fest als Teil antifaschistischer (Erinnerungs-)Arbeit

In Konkurrenz zur bestehenden öffentlichen Mainstream-Erinnerung versuchen wir ein breites Spektrum anzuregen, sich Gedanken im Rahmen dieses Anlasses zu machen. Ursprungsidee war und bleibt, ein Angebot für antifaschistische Erinnerungsarbeit zu bieten. Für uns ist unser Fest genauso Teil der Widerstandskultur zur Aneignung des öffentlichen Raums wie Demonstrationen und Blockaden es sind. Gegen die offizielle deutsche Gedenkpolitik machen wir die Erinnerungen der Opfer aber eben auch Bezwinger_innen des deutschen Faschismus stark.

Wir wollen hierbei nicht nur im eigenen „Saft schmoren". Wir wollen versuchen niedrigschwellig Inhalte und Denkanstöße anzubieten, denn wir wissen, dass gesellschaftliche Veränderungen nur in Zusammenarbeit mit möglichst vielen Kräften erreicht werden können. Unser Fest trägt zur Akzeptanz antifaschistischer Gruppen, deren Positionen und Agieren bei. Zentral ist uns das, „Wogegen" wir sind: Gegen Neonazismus und Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus sowie jedweden Sexismus. Entsprechend sind auch unsere Erwartungshaltung sowie unser Agieren auf dem Fest gegenüber den Gästen. Wir bringen auch klar einen antinationalistischen Standpunkt ein: Solidarität statt Nationalismus!

Da es insbesondere die sowjetischen Veteran_innen sind, die unter dem deutschen Geschichtsrevisionismus und Antikommunismus zu leiden haben (siehe z.B. die bis zu diesem Jahr verweigerte Entschädigung von sowjetischen Kriegsgefangenen), versuchen wir, sie vor diesem bewussten und gezielten Vergessen zu bewahren. Dabei geht es uns nicht darum, die Befreier_innen zu hierarchisieren, sondern gerade um die Auseinandersetzung mit der besonderen Funktion der Sowjetunion in der Umdeutung des 8./9. Mai 1945. Das beinhaltete schon in der Vergangenheit auch durchaus Kritik. Uns geht es schließlich nicht um eine unkritische Solidarität mit dem heutigen Russland; genau so wenig wie um ein unkritisches Russland-Bashing. Neben der Auseinandersetzung mit historischen Ereignissen und Zusammenhängen thematisieren wir auch aktuelle politische Entwicklungen und Ereignisse wie im Baltikum, der Ukraine und Russland und den neofaschistischen und rassistischen Tendenzen dort. Das machen wir bspw. über die jährlich zum Fest erscheinende themenbezogene Broschüre sowie über Info-Stände und natürlich mit unseren Zeitzeug_innen.

Weitermachen?!

Das Fest hat sich nicht nur als Ort des Gedankenaustauschs im Rahmen des gemeinsamen Feierns unter linken sowie antifaschistischen und antirassistischen Gruppen entwickelt. Vielmehr kommen von Jahr zu Jahr immer zahlreichere Gäste, darunter sehr viele Menschen aus der russischsprachigen Community aus Berlin und ganz Deutschland. Um die sich daraus ergebende organisatorische Aufgabenfülle meistern zu können, aber auch den Balanceakt zwischen dem, durchaus auch gewollten, „Volksfest"-Charakter und einer wirkungsvollen politischen Intervention zu meistern, sind wir — über die beteiligten antifaschistischen Gruppen hinaus — auf weitere Unterstützung aus dem (radikal) linken Spektrum angewiesen. •

Den genauen Starttermin der Vorbereitungen könnt ihr anfragen über: VVN-BdA-8.Mai@gmx.de; http://neuntermai.vvn-bda.de

1 „Tag des Sieges"

DISKUSSION

Können Faschismustheorien bei der Analyse des Islamismus helfen?

MATHIAS WÖRSCHING, FASCHISMUSTHEORIE.DE

In der 105. Ausgabe des AIB wendete Volker Weiß einige Denkfiguren der Faschismustheorien auf den Islamismus an und erkannte weitgehende Parallelen. In der folgenden Ausgabe übte Abu Uli massive Kritik daran. In der Nummer 107 schließlich plädierten Klaus Blees und Roland Röder von der „Aktion 3. Welt Saar" für eine emanzipatorische islamkritische Bewegung, für die „nicht nur Islamisten, sondern auch PEGIDA und andere Rechte" zu den Gegnern zählen.[1] Einige Gedanken des nun folgenden Debattenbeitrags wurden durch Volker Weiß angeregt — vielen Dank dafür![2]

Kennzeichnend für die Polemik Abu Ulis ist ein von ihm zitierter Satz des israelischen Soziologen Moshe Zuckermann: Dass George W. Bush den Begriff „Islamfaschismus" verwendet, sei Grund genug, ihn nicht zu verwenden. Abgesehen aber von politischen Sprachregelungen stellt sich die Frage, ob Faschismustheorien beim Verständnis des Islamismus und Djihadismus helfen können.

Einer der Einwände Abu Ulis gegen die Annahme eines islamischen Faschismus ist, dass es außer im Iran nirgends zu einer islamisch-faschistischen Staatlichkeit gekommen sei. Dieses Argument lässt auf ein sehr enges, statisches Verständnis von Faschismus schließen. Realistischer wäre, ihn als einen gesellschaftlichen Prozess aufzufassen, der verschiedene Phasen durchlaufen kann — so wie etwa in dem Modell des US-amerikanischen Historikers Robert O. Paxton: Faschismus entsteht als politisches Randphänomen, kann unter bestimmten Bedingungen zur Massenbewegung anwachsen und sogar die Staatsmacht übernehmen; ein faschistisches Regime kann sich unter Umständen radikalisieren wie der Nazismus, aber sich auch zu einer „normalen" autoritären Herrschaft zurückbilden. Faschismus ist immer gleichzeitig Ideologie und politische Praxis sowie Organisation.[3] Eine Übertragung dieses Modells auf den Islamismus trägt mehr zu dessen Verständnis bei, als die Fixierung auf Staatlichkeit.

Ein weiterer Einwand Abu Ulis, für den er sich abermals auf Zuckermann beruft: Der Islamismus habe mit dem Faschismus, so wie dieser in den 1960er Jahren analysiert wurde, nichts zu tun. Gemeint sind sicher die damaligen marxistischen Ansätze. In ihrem Fokus stand das in erster Linie gegen die Linke und die Arbeiter/-innenbewegung gerichtete Bündnis der faschistischen Massenbewegungen Deutschlands und Italiens mit den Führungsgruppen aus Wirtschaft und Staatsapparat. Ähnliches lässt sich allerdings auch beim Djihadismus zeigen: Dessen Aufschwung wurde durch das antisowjetische Bündnis mit den USA im Afghanistan-Krieg der 80er Jahre begünstigt. Islamistische Gruppierungen wurden häufig gegen progressive Kräfte herangezogen, zum Beispiel 1965/66 bei der Auslöschung der indonesischen Kommunist/-innen. Wie mörderisch der Islamismus gegen Gewerkschaften und Linke agiert, wenn er die Macht dazu hat, lehrt ein Blick nach Iran und Afghanistan. Die Geldgeber des sunnitischen Djihadismus aus den Monarchien am Persischen Golf passen durchaus zum Bild der „reaktionärsten [...] Elemente des Finanzkapitals"[4], die laut der marxistisch-leninistischen Lehre hinter dem Faschismus stehen. Wie die Faschisten sind die Djihadisten nicht nur Todfeinde alles dessen, was sie für den verderblichen Einfluss der westlichen Moderne halten, sondern jeder emanzipatorischen Entwicklung.[5]

Der wichtigste Einwand Abu Ulis ist jedoch dieser: Der Islamismus kann nicht faschistisch sein, weil er als antikoloniale Bewegung entstand. Damit scheint die unausgesprochene Vorstellung einherzugehen, dass es Faschismus nur in den Zentren des Kapitalismus geben kann.

Aber stimmt das? Die ost- und südosteuropäischen Länder wie Rumänien, in denen der historische Faschismus besonders stark war, hatten keine Kolonien und lagen in der Peripherie des globalen Kapitalismus. Andere Länder mit starkem Faschismus hatten im I. Weltkrieg den Großmachtstatus verloren (Österreich, Ungarn, Deutschland) oder fühlten sich um den Sieg betrogen wie Italien. Die beiden größten Kolonialmächte und Kriegsgewinner, Großbritannien und Frankreich, entwickelten hingegen nur einen relativ schwachen Faschismus, ebenso die Großmacht USA.

Die faschistische Formierung einer Gesellschaft soll immer auch dem Erfolg in der

internationalen Mächtekonkurrenz dienen. Dieses Angebot kann auch und gerade von den zu kurz Gekommenen der Weltordnung nachgefragt werden.[6] Besonders gilt dies für Gesellschaften, die ein kollektives Trauma erfahren haben, zum Beispiel einen verlorenen Krieg. Ein solches Trauma liegt in vielen islamisch geprägten Ländern vor — verursacht durch den westlichen Kolonialismus und Imperialismus sowie durch andere, spätere Erfahrungen, die von den Nationalist/-innen und Islamist/-innen dieser Länder als kollektive Demütigung interpretiert wurden.

Was die sunnitischen und die schiitischen Djihadisten gegen die Vorherrschaft des Westens stellen, ist ein Gegen-Imperialismus mit dem Ziel eines islamischen Weltreichs. Dabei wird das eigene gewaltsame Machtstreben als Kampf gegen angeblich die Welt beherrschende oder nach der Weltherrschaft greifende finstere Mächte inszeniert. Dies ähnelt der antiimperialistischen Rhetorik, mit der das faschistische Italien und Deutschland ihren Imperialismus bemäntelten: Der italienische Faschismus erklärte einen Krieg der „proletarischen" gegen die „plutokratischen" Nationen, also gegen die Nationen, welche angeblich die Herrschaft des großen Geldes repräsentierten — England und Frankreich. Der Nazismus trat seinem Selbstverständnis nach gegen die jüdisch beherrschte oder beeinflusste Plutokratie im Westen und gegen den „jüdischen Bolschewismus" der Sowjetunion im Osten an. Auch in den djihadistischen Feindbildkonstruktionen spielt der Antisemitismus eine zentrale Rolle. Nicht zufällig erklärte Al Qaida den „Kreuzfahrern [der USA und ihren Verbündeten] und den Juden" den Krieg, nicht zufällig greifen sunnitische wie schiitische Djihadisten immer wieder jüdische Personen und Einrichtungen an. Wie bei vielen faschistischen Bewegungen fasst das Feindbild des Juden alles zusammen, wogegen sich die mit modernen Mitteln ausgeführte und auf eine Gegen-Moderne abzielende Revolte des Djihadismus wider die moderne Welt richtet. Daran ändert nichts, dass Islamist/-innen die Wörter „Judentum" und „Juden" häufig durch „Israel" und „Zionisten" ersetzen. Es sind die gleichen Projektionen und Weltverschwörungsvorstellungen — und die gleichen Absichten zum Massenmord.



Zeichnung in der ägyptischen Zeitung Al-Musawwar vom 26. März 1937: „Mussolini: He, Araber! Ich bin der Beschützer des Islam. Araber: Bei Gott, nein! Niemand außer Gott ist der Beschützer des Islam." (Mussolini versuchte sich im Rahmen seiner faschistischen Großmachtpolitik auch als Beschützer des Islam darzustellen. In der Grafik stößt er hierbei jedoch auf Widersprüche, nicht zuletzt mit der Fahne, die er bei sich trägt und auf der das islamische Glaubensbekenntnis zu lesen ist: „Es gibt keinen Gott außer Gott und Muhammad ist sein Prophet.")

Was folgt aus alldem für die antifaschistische Debatte? Die Faschismustheorien sind einer der Werkzeugkästen für die Analyse des Islamismus — nicht mehr und nicht weniger. Da Begriffe wie „Islamfaschismus" und „Islamkritik" offensiv von Rassist/-innen besetzt werden, sollte jede Pauschalisierung und Essenzialisierung unterbleiben. Stattdessen wäre immer ausdrücklich klarzustellen, welche konkrete Erscheinung kritisiert beziehungsweise mit Faschismus verglichen wird[7] und welcher Faschismusbegriff dem zugrunde liegt. Zu unterstreichen ist, wie differenziert das Spektrum des Islamismus ist. Das Verhältnis zwischen Islamismus und islamischem Faschismus wäre ähnlich wie das zwischen Nationalismus und Faschismus zu denken: Zwar entstand der Faschismus aus dem vielgestaltigen europäischen Nationalismus, doch ist darum noch lange nicht jeder Nationalismus ein Faschismus.

In einem Punkt liegt Abu Uli übrigens absolut richtig: Grundvoraussetzung für eine emanzipatorische Praxis gegen den Islamismus sind Bündnisse mit progressiven Kräften aus islamisch geprägten Gesellschaften. Gleiches gilt für die Vernetzung mit Linken muslimischen Hintergrunds hierzulande. •

1 Alle vorigen Debattenbeiträge konnen auf der Internetseite des AIB nachgelesen werden. 2 Am 6. Juli 2015 haben V. Weiß und ich in Berlin bei einer Veranstaltung der „Emanzipativen & Antifaschistischen Gruppe" (EAG) über Islamismus und Faschismus diskutiert. Ein gekürzter Mitschnitt der Veranstaltung befindet sich auf faschismustheorie.de (unter „Veranstaltungen"). 3 Paxtons Ansatz wurde in der 101. Ausgabe des AIB von Fabian Kunow vorgestellt (www.antifainfoblatt.de/artikel/anatomie-des-faschismus). 4 Aus der auch als „Dimitroff-Formel" bekannten Faschismusdefinition der Kommunistischen Internationalen (Komintern) von 1934. 5 Insbesondere dieser Absatz geht auf Anregungen von V. Weiß zurück. 6 Auch verschiedene nicht-religiöse, nationalistisch-sozialistische Bewegungen in arabischen Ländern standen dem Faschismus nahe. 7 Im vorigen Debattenbeitrag von K. Blees und R. Röder wurden sowohl einige der wichtigsten Kandidaten für „Islamfaschismus" als auch einige von dessen religiös-konservativen Förderern und Wegbereitern erwähnt.

USA

„Racism still lives here“

XAVIER BONNET

Die antirassistischen Proteste in Ferguson und anderen US-Städten haben etwas bewegt. Das zeigt die „Black Lives Matter“-Bewegung (BLM), die sich im beginnenden Wahlkampf immer wieder Gehör verschafft. Aber ob sie dem strukturellen Rassismus in den USA mehr als nur ein paar Kratzer zufügen kann?

„Racism still lives here“ war einer von zahlreichen Sätzen, die bei den Demonstrationen am ersten Jahrestag der Ermordung von Michael Brown in Ferguson auf Transparenten mitgetragen und mit Sprechchören skandiert wurden. Mehr als Tausend Menschen, darunter die Familie von Brown, marschierten durch den Vorort von St. Louis im Bundesstaat Missouri. Nachts kam es zu einem Schusswechsel mit der Polizei, bei dem der 18-jährige Tyrone Harris verletzt wurde. Er hatte unweit der Stelle, an der Brown ein Jahr zuvor starb, auf ein Polizeiauto gefeuert. Die Polizei streckte ihn nieder. Er wird wohl überleben.

Trotz des Ausnahmezustands, den die Behörden daraufhin verhängten, gingen in den Tagen darauf weiterhin hunderte Menschen auf die Straßen. Es kam zu über 150 Festnahmen, die meisten davon bei Blockaden des örtlichen Gerichts und einer Autobahn. Eine Forderung der Demonstranten: die Auflösung der örtlichen Polizeibehörde. Aus deren Reihen stammte der Beamte Darren Wilson, der Brown erschossen hatte, Monate später freigesprochen und aus dem Dienst entlassen worden war. In einem Porträt mit dem „New Yorker“ von Anfang August ließ Wilson keinen Zweifel an seiner rassistischen Selbstgerechtigkeit. Brown sei ein „Böser“ gewesen, er habe ihn „erschießen müssen“. Die Schwarzen hätten eine „andere Kultur“ und eine „schlechte Erziehung“, die Weißen Amerikas die „bessere Kultur“.

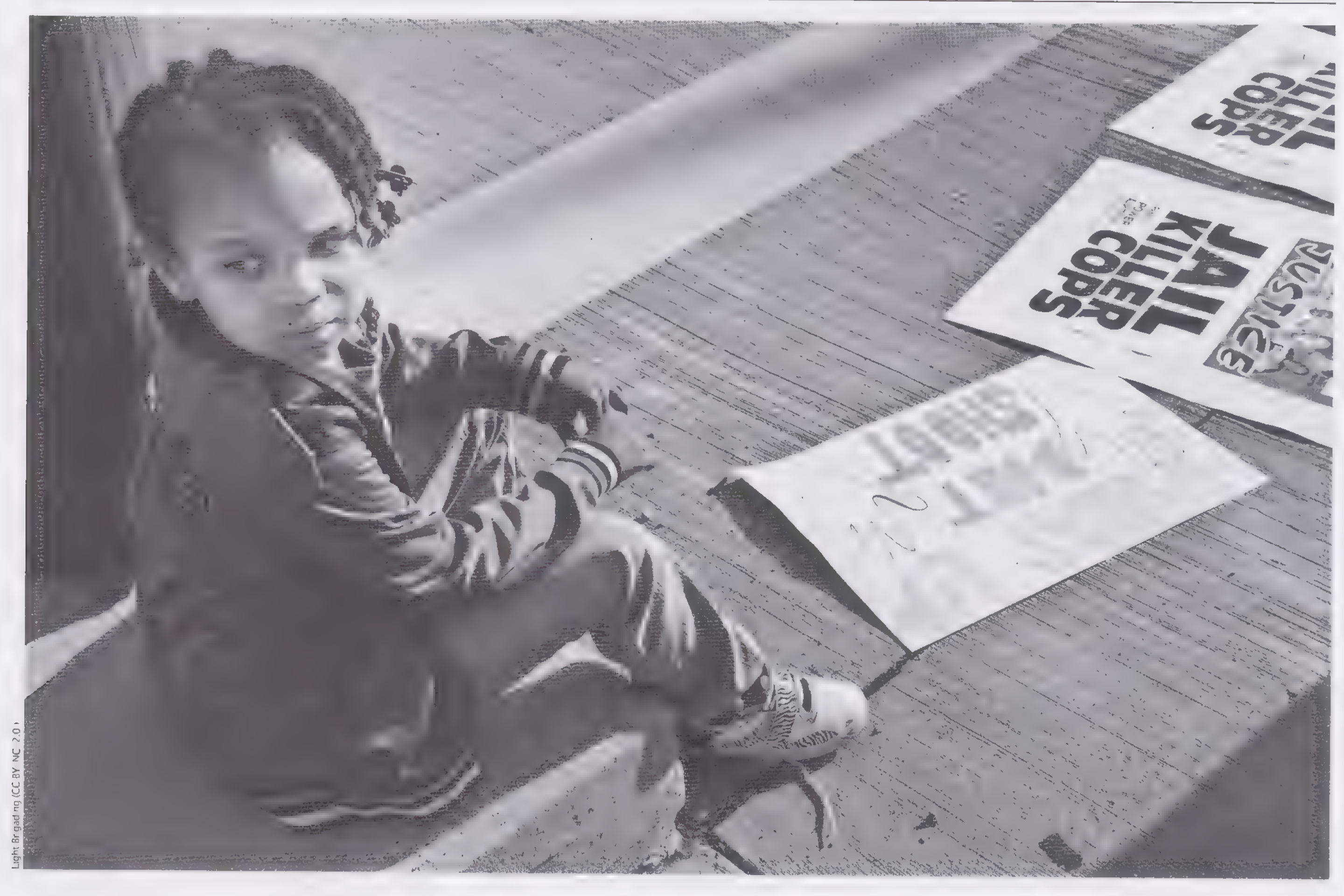
Wilson ist dabei nur ein Produkt des Jahrhunderte alten, strukturellen Rassismus in den USA und die Polizeibehörden und ihre Verteter nur eine Institution, in der der Rassismus fortlebt. Ein Bericht von Amnesty International vom Frühsommer attestiert jedem einzelnen der 50 US-Bundesstaaten „ein weit verbreitetes Muster von rassistischer Diskriminierung durch Polizeibeamte und die alarmierende Anwendung tödlicher Gewalt“. Wenige Wochen zuvor hatte die Obama-Regierung, die auf die Proteste hin eine „Task Force on 21th Century Policing“ eingerichtet hatte, bei den örtlichen Polizeibehörden klare Richtlinien über den Gebrauch von Gewalt eingefordert, inklusive einem entsprechenden Training, das die Philosophie von der „Unantastbarkeit des Lebens“ berücksichtigt. Doch das Prinzip von Schußwaffengebrauch als letztem Mittel, wie es auch die USA im „International Covenant on Civil and Political Rights“ unterzeichnet haben, steht weiterhin nur auf dem Papier. Das US-Justizministerium ist noch nicht einmal in der Lage, über tödliche Schüsse und Schläge von US-Polizisten Buch zu führen. Namen und Umstände festzuhalten wäre aber der erste Schritt, um Daten überhaupt auszuwerten und dann Reformen vorzuschlagen — ein Schritt, der nicht gemacht worden ist.

Dass diese Fakten — Elemente des strukturellen Rassismus — überhaupt bekannt wurden, ist den unermüdlichen Aktivist_innen der jungen „Black-Lives-Matter-Bewegung“ zu verdanken. Auch andere dezentrale Basisgruppen, die sich in den vergangenen zwei Jahren aus den Protesten gebildet haben, trugen dazu bei, etwa die „Coalition Against Police Violence“ oder das „Black Youth Project 100“. Die „Dream Defenders“ aus Florida existierten bereits vor BLM.

In Ferguson gab es trotz der internationalen Kritik und trotz eines niederschmetternden Berichts des US-Justizministeriums kaum Änderungen. Der Stadtdirektor, der Richter und der Polizeichef nahmen ihren Hut. Außerdem darf sich die Polizei nicht mehr in dem Ausmaß wie zuvor als Geldeintreiber betätigen. Diese Praxis hatte Hunderttausende von Dollars in die Stadtkassen gespült: Die Polizei hatte willkürlich Schwarze und Latinos angehalten und Geldbußen für Bagatelldelikte verhängt.

Aber sonst blieb in der Vorstadt, die über die USA hinaus zum Symbol für Rassismus made in USA wurde, alles beim Alten. Mehr als 60 Reformentwürfe wurden vom Parlament des Bundesstaates Missouri abgeschmettert: Die Polizei darf weiterhin „Vorwärtsverteidigung“ betreiben und muss keine Körperkameras tragen. Sonderermittler wird es im Fall von polizeilichen Todesschüssen nicht geben. Und nicht zuletzt hat Missouri über die soziale Situation in Ferguson einen Bericht erstellen lassen. Die Empfehlungen, etwa die Anhebung des Mindestlohns, lesen sich schön — mehr aber nicht.

Ferguson steht exemplarisch für Hunderte von Ortschaften in den USA, in denen dieselbe Struktur herrscht. Nach einer Studie des 25-jährigen Informatikers Samuel Sinyangwe, der auf seiner Webseite „Mapping Police Violence“ Polizeiübergriffe auswertet, wurden 2014 1149 Menschen von Polizisten umgebracht. Es war dreimal wahrscheinlicher, dabei als Afroamerikaner



erschossen zu werden. Im März 2015 wurde statistisch gesehen alle 21 Stunden ein Schwarzer von der Polizei umgebracht. VICE News fand heraus, dass täglich im Durchschnitt fast drei Menschen von Polizisten umgebracht werden. 42 Prozent der schwarzen Kinder gehen in total verarmten Bezirken zur Schule. Die Hälfte aller schwarzen Jugendlichen, die keinen High-School-Abschluss haben, ist und bleibt arbeitslos. Obwohl Afroamerikaner 13,2 Prozent der US-Bevölkerung ausmachen, stellen sie 37 Prozent der Obdachlosen. Jeder 13. Afroamerikaner darf nicht wählen — weil er oder sie im Gefängnis war oder ist. Überhaupt: Fast die Hälfte aller Häftlinge in den USA sind Schwarze, die statistisch gesehen eine sechsmal höhere Wahrscheinlichkeit haben, im Knast zu landen als Weiße.

Im August erregte „Black Lives Matter" mehrmals mit Interventionen in den Vorwahlkampf vor dem Urnengang im Herbst 2016 Aufmerksamkeit. In Seattle verhinderten zwei „Black Lives Matter"-Aktivistinnen eine Wahlkampfrede des Sozialisten Bernie Sanders und warfen der versammelten Menge „Rassismus" vor. Die Aktion war in der US-Linken umstritten. Aber Sanders, der die Bewegung bis dahin ignoriert hatte, unterstützt seitdem öffentlich die Forderungen nach Polizeireform und Antirassismus. Auch die führende demokratische Kandidatin Hillary Clinton kommt an „Black Lives Matter" nicht mehr vorbei. Als sie erfuhr, dass Aktiviste eine Wahlkampfrede von ihr unterbrechen wollten, ließ sie sie abfangen, um nach ihrer Rede die „Black Lives Matter"-Aktivisten zu einem Gespräch über deren Forderungen einzuladen.

Seit Mitte August ist aus der Bewegung ein Online-Manifest namens „Campaign Zero" hervorgegangen, das Polizei- und Strafrechtsreformen anmahnt und konkrete Forderungen stellt. Dazu zählen die Begrenzung polizeilicher Gewaltmittel, die Kontrolle örtlicher Polizeiwachen durch Bürgerausschüsse, die Ausstattung von Beamten mit Körperkameras, das sofortige Ende aggressiver Polizeitaktiken und schwere Strafen für Regelüberschreitungen.

„Campaign Zero" bezieht sich dabei positiv auf reformierte Polizeibehörden in wenigen Städten der USA. So ist es den Behörden in Illinois untersagt, einzelnen Polizisten die Verhängung einer Mindestzahl von Strafzetteln zu verordnen. In Cincinnati dürfen die schwer bewaffneten SWAT-Teams nur in ausgesprochenen Krisensituationen eingreifen. Im Kongress steht ein Gesetzesentwurf an, der unabhängige Ermittler im Fall von Polizeiübergriffen auf den Plan rufen würde.

Im Wahlkampf werden Vorschläge für Polizei- und Strafrechtsreformen eine größere Rolle spielen als bisher. Denn Sanders, Clinton und andere Kandidat_innen aus der Demokratischen Partei setzen auf afroamerikanische Stimmen und kommen deshalb an der neuen jungen Bürgerrechtsbewegung nicht vorbei. Ob und inwieweit sich die „Black-Lives-Matter"-Bewegung dabei funktionalisieren lässt, ist noch nicht ausgemacht. Dank ihrer Aktivitäten hat der strukturelle Rassismus in den USA erste Kratzer bekommen. •

RASSISMUS

Offensiv gegen unerwünschte Migration

CHRISTIAN JAKOB

Der rechte Terror von Heidenau kam nicht ohne propagandistische Flankierung. „Wir erleben eine neuzeitliche Völkerwanderung", tönte der CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer vier Tage vor den Attacken in der sächischen Kleinstadt. Es sei „inakzeptabel" und eine „Schande für Europa", dass rund 40 Prozent der Asylbewerber in Deutschland aus Staaten des Westbalkans kommen, befand kurz davor der Bundesinnenminister. „Das Wichtigste ist, deren Anzahl drastisch zu reduzieren", sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) im Interview. Er verwies auf einen Aktionsplan zur Beschleunigung der Asylverfahren und eine konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber. „Hätten wir das heute schon alles umgesetzt, würden wir im ersten Halbjahr über 80.000 weniger Asylbewerber sprechen und hätten auch eine ganz andere Stimmung im Land." Die Pogromstimmung in manchen Gegenden des Landes hat für den Minister also vor allem eine Ursache: zu wenige Abschiebungen.

Wenige Wochen zuvor hatte die schwarzrote Regierung in Berlin die Aufenthaltsbedingungen tausender in Deutschland lebender Flüchtlinge und Migranten verschärft. Eine Reform des Bleibe- und Abschieberechts sieht zwar Erleichterungen im Bleiberecht für gut integrierte Migranten vor, das neue Gesetz erleichtert es den Behörden jedoch auch, gegen jene Migranten vorgehen, die keinen gültigen Aufenthaltstitel haben. De Maizière begründete die Reform mit einem „erheblichen Vollzugsdefizit" bei der Aufenthaltsbeendigung. Die Behörden schoben ihm also nicht fleißig genug ab. Es sei rechtsstaatlich unbefriedigend, dass im Moment nur „bei einem sehr kleinen Teil der vollziehbar Ausreisepflichtigen die Ausreisepflicht auch tatsächlich durchgesetzt wird".

Im Juni 2014 hatte der Bundesgerichtshof weite Teile der in Deutschland praktizierten Abschiebehaft für rechtswidrig erklärt. Seitdem sind die Abschiebegefängnisse wesentlich leerer. Die Bundesregierung behauptet nun, die damals entstandene Lücke jetzt schließen zu wollen. Ausländerbehörden sollen deshalb künftig mit einem neu geschaffenen „Ausreisegewahrsam" Flüchtlinge zu deren einfacherer Abschiebung bis zu vier Tage lang festnehmen können. In der Vergangenheit durften Migranten zwar im Rahmen der Abschiebehaft auch schon eingesperrt werden, allerdings mussten dafür weitere Gründe vorliegen. Hierbei wurde zumeist das Argument der Fluchtgefahr herangezogen. Nun aber ist es möglich, einen Flüchtling beim ersten Betreten Deutschlands in Abschiebehaft zu stecken. Es könne „nicht sein, dass die Ausreisepflichtigen dem Staat auf der Nase herumtanzen", so de Maizière.

Flüchtlinge können nun schon deshalb in Haft genommen werden, weil sie aus einem anderen EU-Staat eingereist sind, ohne dort den Abschluss ihres Asylverfahrens abzuwarten. Am heftigsten umstritten ist an dem Gesetz die neue Definition von Fluchtgefahr, die als Grund für eine Inhaftierung herangezogen wird. Demnach besteht Fluchtgefahr beispielsweise, wenn ein Flüchtling, der illegal eingereist ist, über seine Identität täuscht oder hohe Beträge für Schleuser aufgewandt hat.

Das neue Abschieberecht ist nicht die einzige aktuelle Offensive gegen unerwünschte Migration. Vor allem Roma aus Südosteuropa geraten ins Visier. Vorreiter ist Bayern. Am 20. Juli 2015 beschloss die Landesregierung in München „zwei, möglichst grenznahe, Aufnahme-Einrichtungen nur für Asylbewerber mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit aus südosteuropäischen Ländern" zu schaffen. Dort sollen „alle für eine schnelle Verfahrensabwicklung erforderlichen Behörden" präsent sein — von der Ausländerbehörde bis zum Verwaltungsgericht. Die Flüchtlinge bleiben bis zur Abschiebung dort und werden nicht mehr in die Kommunen weiterverteilt. Anfang September eröffnete ein erstes „Aufnahmezentrum für Balkanflüchtlinge" bei Ingolstadt.

Bayern will dort das Sachleistungsprinzip wieder einführen. Die BewohnerInnen der Lager sollen nur noch ein Taschengeld bekommen und ansonsten per Kantine versorgt werden. Diese Praxis war in Bayern erst im Februar durch das neue (Bundes-) Asylbewerberleistungsgesetz beendet worden. Finanzminister Markus Söder (CSU) will aber auch das Taschengeld streichen. Bayern hat dazu eine Bundesratsinitiative gestartet, die vorsieht, dass allen südosteuropäischen Flüchtlingen unterstellt werden darf, nur zum Zweck des Sozialleistungsbezugs eingereist zu sein. Dann könnte auch das Taschengeld gestrichen werden.

Schon am 31. März 2015 hat das bayerische Innenministerium angeordnet, Asylsuchenden aus Südosteuropa „ab sofort grundsätzlich keine Beschäftigungserlaubnisse" mehr zu erteilen. Schon erteilte Erlaubnisse können aus „grundsätzlichen migrationspolitischen Erwägungen" entzogen werden, selbst für laufende Ausbildungen. So wolle es „deutlich machen, dass mit dem Stellen aussichtsloser Asylanträge nicht das Ziel einer Beschäftigung in Deutschland verfolgt werden kann", so das Innenministerium.

In den Lagern sollen die Flüchtlinge aus Südosteuropa „innerhalb der drei ersten Tage"



Bundesinnenminister Thomas de Mazière

ihren Asylantrag stellen. Gleichzeitig werden sie sofort über die „freiwillige Ausreise" beraten und „zu jedem Zeitpunkt" dabei unterstützt, so hat es die Landesregierung am 20. Juli 2015 beschlossen. Anhörung, Entscheidung und Zustellung der Entscheidung durch das Asyl-Bundesamt erfolgen „binnen zwei Wochen". Gerichtliche Widersprüche werden ebenfalls innerhalb von zwei Wochen entschieden.

Laut Beschluss des bayerischen Kabinetts sollen Abschiebungen nach der endgültigen Ablehnung der Asylanträge durch das Asyl-Bundesamt oder ein Verwaltungsgericht „unmittelbar und kontinuierlich" direkt aus der Einrichtung erfolgen. Ob in den Lagern für die südosteuropäischen Flüchtlinge auch Abschiebehaftplätze entstehen sollen, ist offen. Bereits im Mai hatte de Maizière angekündigt, dass die Abschiebungen aus den Sonderlagern in die Balkanstaaten von der Bundespolizei zentral gesteuert und durchgeführt werden.

Auch auf EU-Ebene kommt die Anti-Flüchtlings-Maschinerie in Gang. Im Juli beschlossen die EU-Außenminister den europäischen Militäreinsatz gegen Schlepperbanden. Die Operation „Eunavfor Med", die über militärische Aufklärung genauere Informationen über die Netzwerke der Schleuser bringen soll, ging in die erste Phase. Dabei werden Radar-, Luft- und Satellitenbilder sowie Geheimdienstinformationen ausgewertet. Neben Schiffen sollen auch Flugzeuge, Hubschrauber, Drohnen und U-Boote zum Einsatz kommen.

Die Bundeswehr hat bereits vier Soldaten zur Planung des Einsatzes in das Missionshauptquartier in Rom entsandt. Die genaue weitere Beteiligung steht noch nicht fest. Deutschland hat aber schon zur Seenotrettung vor Libyen zwei Schiffe im Einsatz. Sie könnten sich im Prinzip auch an der ersten Phase der „Anti-Schlepper-Mission" beteiligen. Die EU-Staaten hatten im April beschlossen, militärisch gegen Schleuser aus Libyen vorzugehen und auch deren Boote zu vernichten. Für einen Einsatz in libyschen Hoheitsgewässern bräuchte die EU aber ein Mandat des UN-Sicherheitsrats. Dies scheiterte bisher an Vorbehalten der UN-Vetomacht Russland.

Von 2013 bis 2014 verdoppelte sich die Zahl der Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte jedes Jahr. In den ersten Monaten dieses Jahres stiegen die Zahlen weiter an: abgefeuerte Gewehrkugeln, gelegte Brandsätze, Körperverletzungen. Im Juli und August explodierte die Gewalt förmlich. „Wir kommen mit dem Aktualisieren der Karte nicht hinterher", sagte der Mitarbeiter der Online-Redaktion einer Berliner Zeitung an dem Tag, an dem Angela Merkel das neue Flüchtlingsheim in Heidenau besuchte. In Sichtweite der skandierenden Rassist_Innen versprach sie dort, es gebe „keine Toleranz gegenüber denen, die die Würde anderer Menschen in Frage stellen."

Ihren Willen bekommen sie aber trotzdem. Während Merkel in Heidenau sprach, verschickte de Maizière ein vierseitiges Papier mit elf Vorschlägen zur „Eindämmung der Asylmigration" an die übrigen Bundesministerien. So sollten Bargeldzahlungen an Asylsuchende weiter eingeschränkt werden. Zudem sollen Flüchtlinge künftig sechs statt drei Monate in einem Erstaufnahmelager bleiben, um sie bei Ablehnung eines Antrags schneller abschieben zu können. Zugleich soll die Residenzpflicht wieder von drei auf sechs Monate verlängert werden, um die „Verfügbarkeit des Antragstellers" für das Verfahren und gegebenenfalls die Abschiebung sicherzustellen. Die räumliche Beschränkung für Flüchtlinge war erst im vergangenen Jahr aufgehoben worden. Die Maximaldauer für die Aussetzung von Abschiebungen soll von sechs auf drei Monate verkürzt werden. Montenegro, Albanien und das Kosovo sollen als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. •

GESCHICHTE

Kein Schlußstrich in Griechenland

Eindrücke aus Athen und Distomo und der aktuelle Stand zu den griechischen Entschädigungsforderungen gegenüber Deutschland

JAN KRÜGER, AK DISTOMO

218 Namen werden am 10. Juni 2015 in der Gedenkstätte in Distomo verlesen. Es sind die Namen der ermordeten Bewohner_innen des Ortes Distomo, der am 10. Juni 1944 von einer deutschen SS-Einheit im Rahmen der „Partisanenbekämpfung“ überfallen wurde. Das Massaker gilt als eines der schlimmsten Verbrechen des II. Weltkriegs. Die Trauer der Menschen ist spürbar, kaum jemand lebt in Distomo, der oder die keine Angehörigen verloren hat. Jeder Jahrestag wird mit mehrtägigen Feierlichkeiten begangen. Konzerte, Theateraufführungen, politische Veranstaltungen und kirchliche Zeremonien. Am Jahrestag findet die eigentliche Gedenkfeier statt. Nach einem Gottesdienst führt eine Prozession, angeführt von einer Militärkapelle und Fahnenträgern, zu der nahe gelegenen Gedenkstätte, die sich auf einem Hügel am Rande des Ortes befindet. Dieses Jahr nehmen u.a. der griechische Staatspräsident Prokopis Pavlopoulos und die Parlamentspräsidentin Zoe Konstantopoulou teil.

Seit vielen Jahren besucht der AK Distomo die Gedenkfeier und unterstützt die Entschädigungsforderungen der Opfer und deren Hinterbliebenen. Zudem besuchen wir im Rahmen der Reise Opferverbände, politische Initiativen, antifaschistische Gruppen und Juristen_innen in Athen, mit denen wir im solidarischen Austausch stehen.

Mit dem Wahlsieg des linken Bündnisses Syriza ist die Situation dieses Jahr eine andere. Einige Mitglieder der Regierung haben Reparations- und Entschädigungsforderungen gegenüber Deutschland offen formuliert. Die Verbrechen der Deutschen und die beharrliche Verweigerung der deutschen Regierung, auch nur in Verhandlungen bzgl. der Schuldenfrage zu treten, wurden anschließend von einer internationalen Öffentlichkeit diskutiert — auch in Deutschland. Anfang 2015 wurden Hoffnungen geweckt und ein weiteres offensives Vorgehen der griechischen Regierung erwartet. Mit der Erpressung der Syriza-Regierung durch EU, IWF und insbesondere der deutschen Regierung im Juni 2015 sind die Entschädigungsforderungen erneut weit in den Hintergrund geraten. Viele sind nicht nur deshalb von Syriza enttäuscht.

Unsere Reise begann in Athen. Dank der neuen politischen Konstellation hatten wir dieses Jahr die Möglichkeit, eine Sitzung des Parlamentsausschusses für Entschädigungsfragen zu besuchen und dort unsere Position darzulegen. Zudem trafen wir den Justizminister Nikos Paraskevopoulos und konnten uns über mögliche Schritte bzgl. der Entschädigungen in Griechenland austauschen. In der Rechtsanwaltskammer Athen haben wir in einer öffentlichen Veranstaltung gemeinsam mit dem Rechtsanwalt Joachim Lau aus Florenz über die juristische Auseinandersetzung und den aktuellen Stand der individuellen Entschädigungsklagen berichtet und diskutiert.

Die juristische Auseinandersetzung

Die juristische Auseinandersetzung begann bereits 1995, als in Griechenland und Deutschland Klagen eingereicht wurden. Der Kampf um Entschädigung sowie die folgenden Gerichtsprozesse sind eng mit der Person Argyris Sfountouris verbunden. Argyris Sfountouris überlebt als kleiner Junge das Massaker in Distomo. Anlässlich des 50. Jahrestages des Massakers organisiert er 1994 eine internationale Tagung in Delphi zu den Themen Wiedergutmachung und Versöhnung. Anschließend wendet er sich an die deutsche Botschaft in Athen. Sein Anliegen wird brüsk abgelehnt. Das Massaker in Distomo sei eine „Maßnahme der Kriegsführung“ gewesen. Die Überlebenden sahen angesichts dieser Haltung keine andere Möglichkeit, als ihr Recht vor Gerichten zu suchen.

In Deutschland wurden die Klagen in allen Instanzen einschließlich des Bundesverfassungsgerichts abgelehnt. Anders in Griechenland. Der Aeropag sprach den Klägern im Jahr 2000 eine Summe von 28 Mio. Euro Entschädigung zu. Das höchste Gericht Griechenlands ließ den deutschen Einwand der „Staatenimmunität“ für NS-Kriegsverbrechen nicht gelten. Die damalige rot-grüne Regierung übte daraufhin massiven Druck auf die griechische Regierung aus, die im Jahr 2000 als Mitglied des Euro-Raumes aufgenommen werden sollte und somit leicht erpressbar war. Im Zuge dessen ver-



Demonstration des „Nationalrat für die Forderungen gegenüber Deutschland" und dem AK Distomo auf dem Syntagma Platz in Athen. Die Demonstration ging von dort aus zur deutschen Botschaft.

weigerte die griechische Regierung die Zustimmung zur Zwangsvollstreckung der deutschen Liegenschaften in Griechenland.

Die Kläger wandten sich an Gerichte in Italien. Das höchste italienische Gericht, der Kassationshof in Rom, gab den Klägern Recht und erklärte das griechische Distomo-Urteil in Italien für vollstreckbar. Deutschland widersetzte sich dem Urteil, verweigerte weiterhin die Auszahlung der Schadenersatzsumme und bemühte selbst den Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag, um seine Position durchzusetzen. Im Februar 2012 fällte der IGH sein Urteil und gab der deutschen Seite Recht, indem er das Prinzip der Staatenimmunität auch im Fall von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen bestätigte. Er stellte somit die Entscheidungen der höchsten Gerichte in Athen und Rom auf den Kopf. Das Recht des Stärkeren hat sich gegenüber den Menschenrechten der Opfer und deren Hinterbliebenen durchgesetzt. Damit schien die juristische Auseinandersetzung zu einem jähen Ende zu kommen.

Allerdings widerspricht das IGH-Urteil einem der obersten Prinzipien der italienischen Verfassung: Dem Recht auf Zugang zu den Gerichten in Fällen schwerster Menschenrechtsverletzungen. In einer aufsehenerregenden Entscheidung erklärte das italienische Verfassungsgericht im Oktober 2014, dass die Entscheidung des IGH in Italien keine Anwendung finden darf. Dem folgte im April 2015 auch der Kassationshof im Fall Distomo. Die Vollstreckung des Distomo-Urteils ist nun möglich und nur noch formal-juristisch zu stoppen. Nach 20 Jahren einer unwürdigen, juristischen Auseinandersetzung — einige der Kläger_innen aus Distomo sind in diesem Zeitraum verstorben — waren die Kläger_innen einer Entschädigung noch nie so nahe.

In den Ministerien in Berlin werden aktuell alle Alarmglocken läuten. Der „Schlussstrich" unter die Nazi-Vergangenheit will nicht gelingen. Der gesamte Konflikt wird in eine neue Phase treten. Dies wäre wünschenswert, denn das verheerende Urteil des IGH von 2012 muss revidiert werden.

Offene Versammlung Perama

Eine weitere Station war der Besuch der „Offenen Versammlung Perama", ein Nachbarschafts- und Arbeitslosenzentrum in Piräus. Im Hafen von Piräus wirkt die Wirtschaftskrise wie unter einem Brennglas. Verfallene Hafenanlagen und eine Arbeitslosigkeit von ca. 75 Prozent sind die Reste eines vormals wirtschaftlich erfolgreichen Hafens, in dem die Mehrzahl der Bewohner_innen von Piräus eine Arbeit finden konnte.

Seit vier Jahren wird im Zentrum Solidarität und Widerstand gelebt. Durch die Verhinderung von Zwangsräumungen und „Stromabschaltungen" wird versucht, die Folgen der Austeritätspolitik und „Hilfspakete" zu lindern. In der Küche werden täglich Dutzende Mahlzeiten gekocht. Seit diesem Jahr hat das Zentrum einen Garten, in dem Gemüse für die Mahlzeiten angebaut wird.

Unterschiedlichste Besucher_innen folgen unserem Beitrag zu dem aktuellen Stand der Entschädigungen. Trotz der akuten Existenzprobleme setzen sich die Menschen auch mit diesem Thema auseinander. Danach werden wir über die aktuelle Situation in Perama informiert. Ein wichtiger Aspekt des Zentrums ist der Kampf gegen die Faschisten in Griechenland.

Distomo

Unsere nächste Station ist Distomo. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion informiert Rechtsanwalt Joachim Lau über den aktuellen Stand des Verfahrens in Italien. Danach folgt eine sehr lebhafte Diskussion, in der die Frage der Entschädigung sowie einer möglichen Vollstreckung kontrovers diskutiert wird. Wir treffen Mitglieder der „Antifaschistischen Bürgerversammlung von Distomo", die sich im Frühjahr 2014 gegründet hat. Für uns ist es die erste politische Gruppe außerhalb des etablierten Parteienspektrums in Distomo, die wir kennenlernen. Ein zentrales Motiv aller Mitglieder ist die Sorge, dass rechte und rechtskonservative Parteien das Gedenken in Distomo instrumentalisieren und verunglimpfen. Auf Betreiben der „Bürgerversammlung" wurde der jährlich stattfindende, martialisch wirkende Fackelumzug am Vorabend der Gedenkfeier für dieses Jahr ausgesetzt. Das Bündnis initiiert in den umliegenden Schulen Projekte, die sich mit der Besatzungszeit, dem Massaker von Distomo und dem Faschismus auseinandersetzen. Wir verabreden einen kontinuierlichen Austausch.

Am 18. Juli erreicht uns die Meldung, dass es in Distomo mehrere Waldbrände gegeben hat, die durch Brandstiftung verursacht wurden. Die Gedenkstätte hat nur geringfügig Schaden genommen, aber die Bäume und Pflanzen des Hügels, auf dem sie sich befindet, sind fast vollständig verbrannt. Die Täter sind bislang nicht bekannt, das Motiv ebenfalls nicht. •

REPRESSION

In München geht die Polizei rigoros gegen antifaschistische Proteste vor. Ein junger Antifaschist sitzt seit Juli in Untersuchungshaft, weil ihm ein Fähnchen als Bewaffnung ausgelegt wird. Um der staatlichen Repression gemeinsam etwas entgegen zu setzen, haben Antifaschist_innen die Kampagne „Not Alone — Unsere Solidarität gegen Repression und Vereinzelung" ins Leben gerufen.

Flagge zeigen gegen Repression und rassistische Hetze

KAMPAGNE „NOT ALONE – UNSERE SOLIDARITÄT GEGEN REPRESSION UND VEREINZELUNG"

Seit mehr als acht Monaten tragen jeden Montag extreme Rechte ihre menschenverachtende Agenda auf die Straßen Münchens. Insbesondere in den ersten Wochen trafen die PEGIDA-Märsche auf einen breiten und entschlossenen Widerstand. Dem wurde von Beginn an mit staatlicher Repression begegnet, deren Ausmaß selbst für Münchner Verhältnisse ungewöhnlich hart ist. Neben dem Einsatz mitunter brutaler physischer Gewalt, setzt die Polizei dabei vor allem auf eine hohe Zahl an Festnahmen und Anzeigen. Viele Dutzend Antifaschist_innen warten aktuell auf Prozesse mit schweren, oft hanebüchenen Tatvorwürfen. Erste Strafbefehle und Urteile lassen erwarten, dass die Gerichte überwiegend im Sinne der Repressionsbehörden entscheiden werden.

Dass in Bayern gern etwas härter durchgegriffen wird als in anderen Bundesländern, wenn es um antifaschistisches Engagement gegen Rechts geht, ist keine Neuigkeit (vgl. AIB 97). Einen vorläufigen Höhepunkt stellt der aktuelle Fall des Antifaschisten Paul dar. Im Rahmen der allmontäglichen Aufmärsche und Kundgebungen von PEGIDA hatte sich der Münchner Ableger am 20. Juli den Mitbegründer des großen Vorbildes aus Dresden, Lutz Bachmann, eingeladen. Rund 150 Rechte aller Couleur — von Neonazis bis zu „besorgten Bürgern" und „Asylkritikern" — versammelten sich auf dem zentralen Marienplatz, um den Hassreden zu lauschen. Gemeinsam mit über 1.300 anderen Antifaschist_innen nahm Paul an den Gegenprotesten teil. Als er sich einige Schritte vom Geschehen entfernte, wurde er von Polizeibeamt_innen festgenommen. Als Vorwand musste eine Fahne herhalten, deren Beschaffenheit angeblich gegen das bayerische Versammlungsgesetz verstoßen soll. Bei diesem, von der Polizei als „Knüppelfahne" deklarierten Gegenstand, handelt es sich um eine 40cm lange und ca. 2cm dicke Fahnenstange, an der — wie üblich für Fahnen — ein Stück Stoff befestigt ist. Diese wird ihm nun als Waffe ausgelegt, da Paul sie angeblich nicht als Kundgebungsmittel verwendete. Das, was die Polizei als Waffe bezeichnet, wird im lokalen Szenejargon „Winkelement" oder auch liebevoll „Winkie" genannt. Obwohl auch in Bayern nicht verboten, sind sie immer ein heikles Thema bei linken Versammlungen. Gab es bereits in der Vergangenheit deswegen wiederholt Festnahmen und Verurteilungen, erreicht der Irrsinn im aktuellen Fall ein neues Level.

Weil es nach seiner Festnahme Unklarheiten zu seinem aktuellen Wohnsitz gab, musste Paul die Nacht auf der Polizeiwache verbringen. Obwohl er den Nachweis über den festen Wohnsitz einen Tag später nachreichte, sitzt er seitdem in Untersuchungshaft in der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim, weil die Richterin dennoch den Haftgrund der Fluchtgefahr als gegeben ansah. Da den bayerischen Behörden der Verstoß gegen das Versammlungsgesetz als Tatvorwurf offenbar noch nicht ausreichte, wurde ein weiterer Anklagepunkt hinzugefügt. Paul soll vor einigen Monaten beim sogenannten „Containern", also dem Verwerten von bereits abgelaufenen und weggeschmissenen Lebensmitteln einer Supermarktkette, erwischt worden sein. Dabei soll er ein vollkommen legales „Tierabwehrspray" im Rucksack mitgeführt haben. Dies wird ihm nun als „Diebstahl mit Waffen" ausgelegt. Der Schadenswert wurde auf 20 Euro beziffert, wobei nicht die abgelaufenen Lebensmittel selbst, sondern eine Kiste, in der Paul diese transportiert haben soll, als „Diebesgut" herhalten muss.

Diese Vorwürfe und die angebliche Fluchtgefahr reichten aus, um den jungen Paul wochenlang einzusperren. Die durch seinen Anwalt eingelegte Haftbeschwerde wurde zunächst verzögert bearbeitet und schließlich abgelehnt. Somit wartet Paul im Gefängnis auf seinen Prozess. Die Hauptverhandlung findet am 15. September vor dem Münchner Amtsgericht statt, wenn die zuständige Richterin aus den Sommerferien zurück ist. Angesichts der Anklagepunkte droht Paul im Falle einer Verurteilung eine Haftstrafe von mindestens einem Jahr.

Paul ist kein Einzelfall, wenn es um die Repression gegen Antifaschist_innen in München geht. Seit Beginn der PEGIDA-Aufmärsche Anfang des Jahres werden diese mit einer nicht enden wollenden Repressionswelle überzogen. Während die bayerische Polizei, insbesondere das berühmt-berüchtigte USK, teils mit massiver Gewalt



gegen Antifaschist_innen vorgeht, um einen reibungslosen Ablauf der PEGIDA-Veranstaltungen durchzusetzen, sehen sich Linke mit oftmals absurden Vorwürfen konfrontiert. Bislang wurden nahezu jede Woche Gegendemonstrant_innen festgenommen, die Zahl der Festnahmen lag dabei wiederholt im zweistelligen Bereich. Die bisherigen Verurteilungen zu (zur Bewährung ausgesetzten) Haft- oder Geldstrafen lassen auch für künftige Prozesse nichts Gutes erwarten.

Die Erfahrung, dass Neonazis seitens Polizei und Staatsanwaltschaft in München selten etwas zu befürchten haben, während linker Gegenprotest kriminalisiert wird, ist für Antifaschist_innen nicht neu. Gerade im Zusammenhang mit den rassistischen Mobilisierungen der letzten Wochen zeigte sich dies jedoch besonders drastisch. So konnten Neonazis während der PEGIDA-Aufmärsche vor den Augen der Polizei Antifaschist_innen mit Pflastersteinen angreifen und Gegendemonstrant_innen und Journalist_innen attackieren. Anschließend wurden oft lediglich die Personalien der Antifaschist_innen aufgenommen. Während Paul wegen vermeintlichem Diebstahl mit Waffen im Gefängnis sitzt, wurde das Verfahren gegen einen mit einem Messer bewaffneten Neonazi und Demonstrationsteilnehmer sofort wieder eingestellt.

Wenn wir als Kampagne auf diesen Umstand hinweisen, geht es uns nicht darum, vom Staat härtere Strafen für Neonazis zu fordern, sondern darum deutlich zu machen, wie hier versucht wird, antifaschistischen Protest und linke Politik zu erschweren oder unmöglich zu machen. Uns fehlen schlichtweg die Worte, wenn wir sehen, wie der deutsche Mob in pogromartiger Stimmung vor Flüchtlingsunterkünften randaliert und Neonazis schon von einem neuen Rostock-Lichtenhagen träumen. Auch hier lässt der Staat die RassistInnen gewähren und fühlt sich erst dann dazu genötigt einzuschreiten, wenn sich Antifaschist_innen diesen in den Weg stellen. Um der aktuellen Situation gemeinsam etwas entgegenzusetzen, haben wir die Kampagne „Not Alone — Unsere Solidarität gegen Repression und Vereinzelung" ins Leben gerufen. Uns geht es dabei sowohl um die konkrete Unterstützung für die Betroffenen als auch darum, Öffentlichkeit zu schaffen. Aktuell liegt ein Schwerpunkt in der Solidaritätsarbeit für Paul. In München fanden bereits mehrere lautstarke Demonstrationen und Kundgebungen vor dem Gerichtsgebäude und der JVA statt. Am 12. September wird es eine überregionale Demonstration und am ersten Prozesstag eine Kundgebung vor dem Gerichtsgebäude geben.

Ein Ende der rechten Aufmärsche ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten, so dass zwangsläufig weiterhin wöchentliche Großeinsätze der Polizei stattfinden werden. Die Strategie der Münchner Polizei scheint darauf abzuzielen, durch aggressives und repressives Vorgehen gegen Antifaschist_innen deren Protest zu zerschlagen. Die Landesregierung bastelt eifrig an der Verschärfung des bayerischen Versammlungsgesetzes, um es den Repressionsbehörden noch einfacher zu machen. Repression zielt auf Einzelne, meint und betrifft aber uns alle. Deshalb ist Solidarität als Antwort umso wichtiger, damit die Betroffenen nicht auf sich allein gestellt sind. Unsere Kampagne soll einen Beitrag dazu leisten und zwar möglichst als gemeinsames Projekt von uns allen. Deshalb haltet Euch auf dem Laufenden, besucht uns im Internet und unterstützt uns wie auch immer ihr könnt! All the arms we need! •

REPRESSION

Was nicht passt, wird passend gemacht

SOLIGRUPPE FREE SCHUBI

Seit Dezember sitzt Schubi in Mecklenburg-Vorpommern (MV) in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft Rostock wirft ihm vor, bei Fußballspielen im Jahr 2014 mehrere Steine auf Polizeibeamt_innen geworfen zu haben. Wie im Fall von Valentin in Bremen trifft die Repression auch bei Schubi einen Antifaschisten und Fußballfan. Beide Fälle zeigen, wie weit die Justiz bereit ist zu gehen, wenn durch die Politik die Forderung nach einem starken generalpräventiven Signal in unliebsame Szenen erhoben wird. Beide Fälle zeigen trotz aller Unterschiede und der jeweiligen Fanszenen wie Tatmotive konstruiert werden, wenn das Innenministerium nach einem Exempel gerufen hat. Am Ende sitzen zwei linke Fußballfans im Knast.



Die Anklage und Beweisführung der Staatsanwaltschaft Rostock

Der Hauptgeschädigte im Rostocker Verfahren ist ein Polizist der Bereitschafts- und Festnahmeeinheit (BFE) der Bereitschaftspolizei MV, der auch als Nebenkläger auftritt. Einen der Steinwürfe wertet die Staatsanwaltschaft als versuchten Totschlag. Mit diesem Tatvorwurf wurde auch die Untersuchungshaft begründet, obwohl keiner der Geschädigten durch den Einsatz dienstunfähig geworden ist. Bei der zweiten Haftprüfung wurde der Haftbefehl wegen versuchten Totschlags von den zuständigen Haftrichtern revidiert. Man gehe bei der Tat von gefährlicher Körperverletzung aus, da Polizist_innen durch ihre Schutzkleidung geschützt seien und keine Tötungsabsicht zu erkennen sei. Dennoch sitzt Schubi weiterhin in Untersuchungshaft, die mit Fluchtgefahr aufgrund der zu erwartenden Haftstrafe begründet wird.

Die Anklage stützt sich auf Aussagen von Polizeibeamt_innen und Sachverständigen sowie auf ausgewähltes Videomaterial von den Einsätzen. Die zu Beginn des Verfahrens eingeführten Videos stellen allerdings nur einen Bruchteil aller Aufzeichnungen dar. Einsicht in das gesamte Material von mehreren Terabyte wurde der Verteidigung bisher nicht gewährt. Daher, so wies die Verteidigung im Prozess hin, bestünden bedenkliche Parallelen zu zwei Verfahren um die Proteste gegen den Neonaziaufmarsch in Dresden im Jahr 2011. In den Prozessen gegen Lothar König und Tim H. (AIB 106) konnte die Unschuld der Angeklagten erst durch eine von der Verteidigung erwirkten Auswertung von ungeschnittenem Videomaterial nachgewiesen werden. Auch im Verfahren gegen Schubi kritisierte die Verteidigung das vorschnelle Festlegen der Ermittlungsbehörden auf den Angeklagten. Die in kleine Kurzfilme zusammengeschnittenen Aufnahmen sollen einen einzelnen „Intensivtäter" bei Steinwürfen zeigen. Zuständig für diese Beweissicherung war ein Kollege des Nebenklägers aus der BFE. Er und seine Kolleg_innen sagten aus, dass ihnen schon während des Tages bewusst gewesen sei, dass es sich um ein und denselben abgebildeten Täter gehandelt habe. Gemeinsam sind diesem jedoch nur „charakteristische" Merkmale wie eine schwarze Jacke, eine Sturmhaube und blaue Jeans. Die einzelnen Sequenzen zeigen ähnlich große Personen, die aber unterschiedliche Kleidung tragen. Diesen Umstand erklärten sich die Beamt_innen u.a. durch das „Vermummen" von Schuhen mit schwarzen Socken. Dennoch behauptet die Anklage, es handle sich um den gleichen Täter. Diese Annahme konnten Gutachten bisher jedoch nicht be-

legen. Das Vorgehen der Ermittlungsbehörden mutet einer „was nicht passt, wird passend gemacht"-Strategie an. Der für die Beweissicherung zuständige Zeuge drückte es vor Gericht wie folgt aus: „Ich habe so lange gesucht, bis es für mich keinen Widerspruch mehr gab, dass es sich um immer den gleichen Täter handelt."

Der Ruf nach generalpräventiver Wirkung

Bereits kurz nach dem Spiel des FC Hansa Rostock gegen Dynamo Dresden riefen Innenminister Lorenz Caffier (CDU) und Polizeichef Michael Ebert (Rostock) nach einem konsequenten Verfolgen von gewalttätigen



Fußballfans[1]. Wie bei Valentin in Bremen mischte sich der Innenminister des Landes in die Aufgaben der Justiz ein. Beim zweiten Haftprüfungstermin kritisierte Caffier öffentlich die Einschätzung des Gerichts, dass das Vorliegen des Tatbestands des versuchten Totschlags beim Prozess erst noch zu prüfen sei[2]. Zudem erwarte der Innenminister, dass Schubi nicht nur für „Petersilienzupfen" verurteilt wird[3]. Diese Äußerungen passen in seine Linie des harten Durchgreifens bei Gewalt gegen die Polizei. Erst kürzlich ließ sich Caffier mit der Forderung nach einem neuen Straftatbestand für Angriffe auf Polizeibeamte zitieren[4].

Repressionen im Knast

Die Prozesstage am Landgericht wurden von Beginn an mit Kontrollen, dem Einsatz von Zivilbeamt_innen drinnen und uniformierten Kräften draußen abgesichert. Am achten Verhandlungstag änderte sich dies jedoch. Nunmehr saßen hauptsächlich uniformierte Polizist_innen im Gerichtssaal. Während der Verhandlung informierte die Verteidigung das Gericht darüber, dass ein Beamter offenbar in Funk- und Sichtkontakt mit Kolleg_innen außerhalb des Saales stehen würde. Darauf hindeutende Aussagen waren im Zuschauerraum vernommen worden. Damit wären nicht zum ersten Mal in dem Verfahren unerlaubt Aufnahmen gemacht worden. Bereits im Frühjahr wurde durch die Verteidigung bekannt, dass ihre Kommunikation mit dem Mandanten auf Anordnung des Gerichts überwacht worden sei[5]. Die Kontrolle von Schubis Post wurde anschließend für rechtswidrig erklärt. Auch hatten die Ermittlungsbehörden — allerdings ohne Erfolg — versucht mit im Gefängnis installierten Kameras ein Bewegungsgutachten anzufertigen.

Der Höhepunkt der Repression hinter Gittern wurde allerdings mit einer Aussage eines ehemaligen Mitgefangenen erreicht, der sich dem Verfassungsschutz MV als Informant anbot. In einem protokollierten Gespräch mit dem Staatsschutz der Kriminalpolizei Rostock wird ein Bild vom Angeklagten und der lokalen linken Szene gezeichnet, dass nur allzu gut in das Extremismus-Schema der Behörden passt. Abstruse Behauptungen einer bundesweit agierenden linken Rostocker „Zelle" von mehreren Dutzend Personen sind darin dokumentiert. Schubi wird darin als Person beschrieben, die sich gleichsam in der Tradition „Stauffenberg, der Weißen Rose und RAF" (sic!) bewege. Die Behauptungen des Informanten dienten als Vorwand seine Zelle zu durchsuchen. Schubi wurde verboten, in dieser Zeit die Zelle zu betreten. Ein unabhängiger Zeuge war nicht zugegen, auch seinen Anwalt durfte er nicht informieren. Der Staatsschutz fand allerdings keine Beweise, um die Aussagen des Informanten zu belegen. Der Informant soll auch als Zeuge im Prozess gehört werden.



Konstruktion des Tatmotivs

Bereits bei der ersten Hausdurchsuchung wurden T-Shirts mit linken Motiven beschlagnahmt, während die Polizei eigentlich nach dunkler Kleidung suchte. Aus einer nachgewiesenen Teilnahme an Protesten gegen den Castor-Transport im Wendland 2011 sowie an Blockupy im Jahre 2013 in Frankfurt konstruierte die Staatsanwaltschaft die Behauptung, Schubi würde auch Fußballspiele nutzen, um Straftaten aus der Deckung der Masse heraus auszuüben. Und obwohl es dafür keinerlei objektive Beweise gibt, begründete die Generalstaatsanwaltschaft damit ihre Ablehnung einer Haftbeschwerde: Der Angeklagte würde im Falle einer Freilassung unmittelbar in den Untergrund abtauchen und von dort aus weitere schwere Straftaten gegen den Staat durchführen. Die politische Einstellung soll herhalten, um ein Tatmotiv zu liefern. Dieses wird umso mehr benötigt, weil ein sogenannter „Szenekundiger Beamter" Schubi nicht der gewaltbereiten Fussballfanszene zuordnete.

Diese Hilfskonstruktion und die massive Rechtsbeugung sowie die kurzzeitige Anordnung von Beugehaft gegen einen Zeugen deuten darauf hin, dass ein unbedingter Verurteilungswille besteht. Schubis Gefangenschaft soll ein Zeichen in die hiesige Fanszene als auch in die linke Szene senden. An neun Prozesstagen wurde Schubis Fall vor dem Landgericht Rostock bereits verhandelt. Ein Ende ist noch nicht in Sicht. •

1 Spiegel-Online, 30.11.2014, „Ost-Derby in Rostock: Innenminister Caffier verlangt Aufarbeitung der Krawalle"; Ostseezeitung, 30.11.2014, „Massive Ausschreitungen nach Hansa-Spiel: 13 Polizisten verletzt" **2** Ostseezeitung, 04.07.2015; „Fan-Gewalt: Kritik an Bewertung der Richter" **3** Ostseezeitung, 10.08.2015, „Wir müssen die Polizei schützen" **4** NDR, 28:07:2015, „Ermittlungen nach Attacke auf Polizisten" **5** Nordkurier, 04.06.2015, „Prozess gegen Hansa-Fan startet gleich mit einer Panne"

INTERVIEW

Robert Claus forscht zur Extremen Rechten, Geschlechterverhältnissen und Fußballfanszenen. 2010 veröffentlichte er gemeinsam mit Esther Lehnert und Yves Müller den Sammelband „Was ein rechter Mann ist... Rechtsextremismus und Männlichkeiten". Mit ihm sprachen wir über das wieder ins öffentliche Bewusstsein getretene gemeinsame Auftauchen von Neonazis und Hooligans.

„HoGeSa ist Teil einer längeren Entwicklung"

INTERVIEW MIT ROBERT CLAUS

Im letzten Jahr trat das Zusammenwirken von Neonazis und Hooligans mit der großen und von Ausschreitungen begleiteten Demonstration unter Federführung von „Hooligans Gegen Salafisten" (HoGeSa) in Köln wieder öffentlich in Erscheinung. Kam dieser Auftritt tatsächlich überraschend oder war es Produkt einer länger andauernden und kontinuierlichen Entwicklung?

HoGeSa ist Teil einer längeren Entwicklung. Zuvor hatten extrem rechte Hooligans mehrfach versucht, sich in anderen Netzwerken städteübergreifend zu organisieren, wie z.B. innerhalb der „Gnu Honnters" — also „New Hunters", den „Neuen Jägern" (siehe AIB Nr. 103). Deren erklärtes Ziel war es, die Antifa aus dem Stadion zu prügeln. Somit waren vor der Demonstration in Köln weder Hooligans verschwunden noch hatten sich ihre Schnittstellen zur extremen Rechten aufgelöst. Allerdings fiel die Anzahl der Teilnehmenden mit knapp 5.000 Personen in Köln unerwartet hoch aus. Einen rechten Aufmarsch dieser Größe hatte es seit den jährlich stattgefunden Neonazidemonstrationen in Dresden nicht mehr gegeben.

Gibt es eine „rechte Repolitisierung" in- und außerhalb der Stadien? Steckt dahinter gar eine Strategie der extremen Rechten?

Der Versuch organisierter Neonazi-Strukturen, stärker in der Hooligan-Szene präsent zu sein, reicht bis in 1980er Jahre zurück. Doch ist sie nicht immer so erfolgreich wie bei der Borussenfront in Dortmund zu jener Zeit: Größere Teile der Hooligans sehen sich als Teil einer fußballaffinen Jugendkultur und stehen auch Parteien wie der NPD eher fern. Sie bilden ein extrem rechtes, rassistisches Milieu, dass sich zu gemeinsamen Gewaltorgien, alkoholisierten Auswärtsfahrten, Konzerten und Kampfsport zusammen findet. Jedoch seltener zu Parteitagen und Kameradschaftstreffen. Mobilisierbar sind sie aber für Demonstrationen — wenn also der Eventcharakter im Vordergrund steht. HoGeSa konnte dieses Milieu, wenn auch nur für kurze Zeit, erfolgreich mobilisieren. Doch selbst in Köln sind manche Hooligans ob der offen politischen Ausrichtung wieder abgereist und erst gar nicht mehr zur Folgeveranstaltung nach Hannover gekommen. Besonders die rechte Hooligan-Band „Kategorie C" mit ihren Kontakten ins organisierte Neonazi-Spektrum sowie ihrem Auftreten als jugendkulturell-gewaltaffin spielt eine nicht zu unterschätzende Rolle als Bindeglied.

Welche Effekte auf die Hooliganszene in Deutschland sind seit dem letzten Jahr zu verzeichnen?

Die Szene tritt wieder mit einem deutlich gestärkten Selbstbewusstsein auf. Denn selbst wenn die HoGeSa-Demonstrationen immer kleiner und teilweise abgesagt wurden, war sie berauscht ob ihres Erfolges. HoGeSa ist zu einer starken Marke geworden und die Szene zehrt von ihrem Kölner Event. Zudem hatten schon vorher Hooligangruppen an einigen Orten die Machtfrage in der Kurve gestellt. In Aachen beispielsweise wurden die „Aachen Ultras" solange von Rechten — zu denen auch die Hooligans vom „Westwall" gehörten — bedroht, bis sie 2013 ihren Rückzug aus dem Stadion erklärten. Dies bekam nach Köln weiteren Aufschwung: In Bremen attackieren rechte Hools seit Jahresbeginn wieder verstärkt die Ultraszene.

Gleichzeitig trat eine andere Entwicklung ein. Der Bundesgerichtshof verurteilte Anfang des Jahres die „Hooligans Elbflorenz" aus Dresden als kriminelle Vereinigung und schuf somit einen Präzedenzfall. In der Folge lösten sich mehrere Hooligangruppen in Erwartung des kommenden Verfolgungsdrucks auf, u.a. der Aachener „Westwall". Doch kann dies nur oberflächlich darüber hinwegtäuschen, dass diese Gruppen jenseits der großen Öffentlichkeit weiterhin existieren.

Ist die große Präsenz von Hooligans bei den PEGIDA-Demonstrationen und ihren diversen bundesweiten Ablegern damit zu erklären oder welche Ursachen siehst du in der kontinuierlichen Teilhabe?

Hier muss man genau hinschauen. In Köln fehlten große Teile der ostdeutschen Hooliganszenen. Die hatten ihr HoGeSa in PEGIDA gefunden und stellten dort große Teile des Ordnungsdienstes. Das wiederum überrascht kaum, denn Hooligans trainieren

Kampfsport und arbeiten nicht selten in Security-Firmen. Man darf das ganze Business nicht pauschal verurteilen, jedoch ist es in manchen Regionen schwierig einen Ordnungsdienst zu finden, der keine einschlägigen Personen beschäftigt. Beim DFB-Pokalspiel des Chemnitzer FC im August trug nahezu der komplette Ordnerdienst für den Gästeblock Klamotten von Thor Steinar.

Hinzu kommt natürlich die ideologische Komponente. Viele Hooligangruppen haben sich tatsächlich einmal als Schutzgruppen für die eigene Fanszene vor den Angriffen anderer Fans gegründet. Es galt und gilt, das eigene Stadion, die eigene Stadt, die eigenen Szene zu beschützen und somit eine männliche Ehre zu bewahren. Dieser patriarchale Gedanke von ständiger „Bedrohung und Schutz" ist sehr anknüpfungsfähig für extrem rechte Ideologien sowie Männerbilder und leicht auf Volk und Nation erweiterbar. Insofern fällt die rassistische Idee, Deutschland müsse vor Islamismus oder schlichtweg Migration geschützt werden dort auf fruchtbaren Boden.

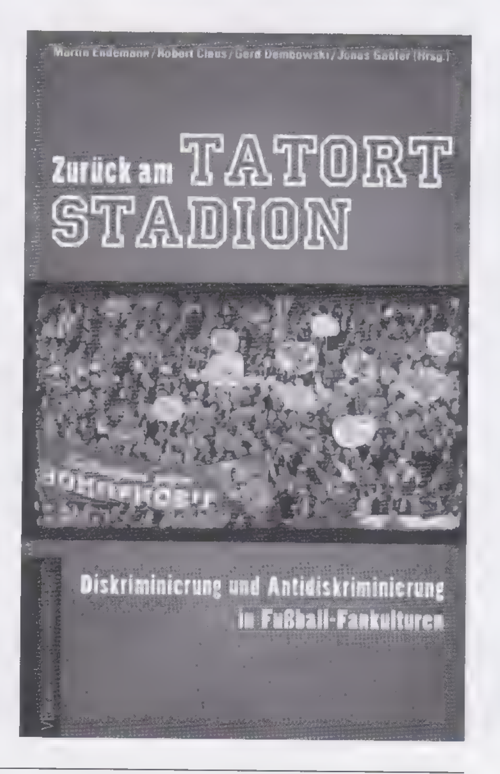
Profitiert die Neonazi-Szene deiner Meinung nach vom Auftreten rechter Hooligans?
Absolut. Organisierte Neonazis rekrutieren sich oftmals aus einem Milieu, das schlichtweg gemeinsame Hobbies teilt, so banal es klingt. Diese heißen Fußball gucken, Kampfsport trainieren, rassistische und sexistische Witze machen sowie extrem rechte Musik hören. Männerbündelei, Alkohol und Gewalt durchziehen das gesamte Repertoire und bilden eine Erlebniswelt, in der eine niedrigschwellige Politisierung stattfindet. Bei weitem nicht alle Jugendlichen gehen dann auch den Weg in organisierte Partei- oder Kameradschaftsstrukturen. Jedoch ist der extrem rechte Hooliganismus ein enorm wichtiger Pool zur Rekrutierung.

Welche Konflikte treten innerhalb der Fußball-Fanszene zu Tage und lässt sich eine Zunahme antifaschistischer und antirassistischer Organisierung in- und außerhalb der Stadien durch linke Fans beobachten?
Trotz allem: Die Entwicklung der bundesdeutschen Fanszenen ist insgesamt eine positive. Noch in den 1990er Jahren gehörten Reichskriegsflaggen und Affenlaute gegen Schwarze Spieler zum festen Repertoire in vielen Kurven. Das ist heute kaum noch der Fall. Die Verbände haben zum Teil ihre Blicke und Maßnahmen geschärft, viele Fanprojekte leisten gute Arbeit und vor allem die Fanszenen selber haben einen Prozess durchgemacht und Aktivitäten aus sich selber heraus entwickelt. 1993 gründete sich das „Bündnis aktiver Fußballfans" (BAFF), das Anfang der 2000er Jahre mit der Ausstellung „Tatort Stadion" gegen die extreme Rechte durch Deutschland tourte. Viele Initiativen folgten, wie z.B. die Kampagne „Fußballfans gegen Homophobie" vor fünf Jahren. Das war vor der Jahrtausendwende noch völlig undenkbar. Bei aller gebotenen Vorsicht gilt also: Extrem rechte Bedrohungen sind real, die extrem rechten Netzwerke funktionieren. Aber große Teile der Fanszenen wehren sich, in den letzten Jahren z.B. in Bremen oder auch Dortmund.

Wie schätzt du die weitere Entwicklung bezüglich des Engagements rechter Hooligans auf der Straße und den Stadien ein?
Wie gesagt: Extrem rechte Hooligans bewegen sich zwischen kollektiven Rauscherfahrungen wie in Köln, gemeinsamen Exzessen durch Gewalt und Konzerte einerseits, dem Verfolgungsdruck als „kriminelle Vereinigungen" und sich wehrenden Fanszenen andererseits.

Es wird zu weiteren Konfrontationen kommen, von denen die allermeisten Stadionbesucher_innen jedoch kaum etwas mitkriegen. Denn insgesamt ist der Fußball sehr sicher. Entscheidend wird sein, die Teile der Fanszenen dauerhaft zu unterstützen, die sich gegen Neonazis und Diskriminierungen engagieren. Denn nur sie kennen ihre Kurven, stehen dort jede Woche und bestimmen die (politische) Atmosphäre. •

Robert Claus ist Mitherausgeber des Sammelbandes **„Zurück am Tatort Stadion — Diskriminierung und Antidiskriminierung in Fußball-Fankulturen"** 19,90 EUR; 384 Seiten, 13,5 x 21,5 cm, Paperback, ISBN: 978-3-7307-0131-7



RUMÄNIEN

Über die Geschichte und Aktualität der extremen Rechten in Rumänien sowie Gegenaktivitäten und Themen der emanzipatorischen Linken haben wir mit Vicktor, einem antifaschistischen Aktivisten des Projekts CLACA[1] in Bukarest ein Interview geführt.

„Countering the racist discourse“

Hallo Vicktor, könntest Du uns einen kurzen Überblick über das Spektrum rechter Aktivitäten in Rumänien geben? Was sind ihre Themen und wie sind sie organisiert?

Die extreme Rechte in Rumänien entwickelte sich in den 90ern. Neonazis und Neo-Legionäre wurden vor allem aus Fußballfans und Hooligans rekrutiert. Die heutigen „Legionäre“[2] beleben die faschistische Ideologie der historischen „Legionärsbewegung“ (Mișcarea Legionară) der 20er und 30er Jahre wieder. Seit 2005 organisieren sie Demonstrationen gegen Gayprides und traten dort mit neo-faschistischen Fahnen und Aufrufen auf. Darunter befanden sich Bilder von Ion Antonescu[3] und rot-weiße Keltenkreuze, die auf das Hakenkreuz anspielen, dessen Darstellung in Rumänien verboten ist. Ihre Hauptthemen sind Homophobie und die Bewahrung traditioneller Familienbilder, neuerdings auch antiziganistische Themen.

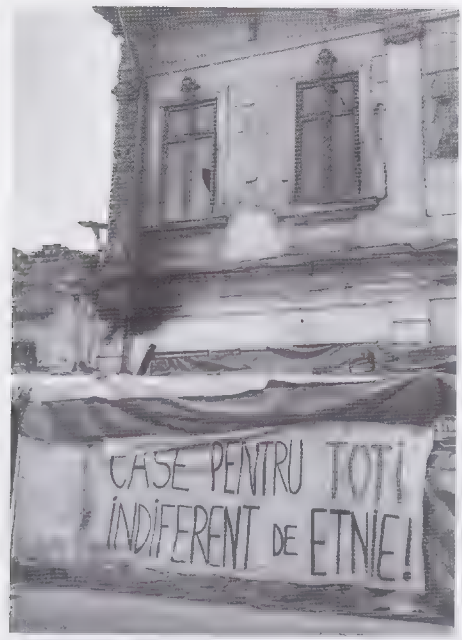
Weitere Organisationen sind die Noua Dreaptă (Neue Rechte)[4] und der ‚Resistenza Nationale' (Nationaler Widerstand). Beide waren vor allem in den 2000ern aktiv. Außerdem gibt es weniger gut politisch organisierte Ultras von den Fußballvereinen „FC Dinamo București" und „FC Steaua București". Sie befassen sich vor allem mit Auseinandersetzungen mit anderen Clubs und faschistischer Propaganda in den Stadien. Bilder von Antonescu und Corneliu Zelea Codreanu, dem Anführer der Legionärsbewegung, sind immer wieder in den Stadien zu sehen. Seit 2008/09 vereint die Kampagne „Bassarabia e Romania“ (Bessarabien ist Rumänien) ethnische Nationalisten, die Bewegung der Legionäre und sogar einige Liberale. Bessarabien ist eine Region der Republik Moldawien, die von 1918 bis 1940 zu Rumänien gehörte und danach Teil der Sowjetunion wurde. Die Kampagne bezeichnet die Region als ‚ethnisch' rumänisch und fordert die Rückgabe an Rumänien. Sie gibt sich demokratisch und fordert ein Referendum, in dem über die Zukunft Bessarabiens abgestimmt werden soll. Sie unterstützt damit ethnisch rumänische Nationalisten und Rassisten in Moldawien und vertritt einen subtilen anti-magyaren (ungarenfeindlichen) und anti-russischen Chauvinismus. Die Kampagne ist sehr erfolgreich und trifft auf Zustimmung in der Umwelt- und Antikorruptionsbewegung sowie in Fußballstadien. Jedes Jahr organisiert sie wachsende Proteste. Die extreme Rechte wie Nuoa Dreaptă, der Nationale Widerstand und die Legionärsbewegung, ist im Gegensatz zu der politischen Macht „Bessarabia e Romania“ nicht am öffentlichen politischen Diskurs beteiligt.

In der Regel gibt es wenige Auseinandersetzungen oder Angriffe auf unsere Strukturen, mit Ausnahme einiger Attacken von ein paar Legionären auf unsere Genoss_innen bei den sozialen Protesten gegen die Goldminen in Roșia Montană. Sie sehen uns weniger als Bedrohung. Obwohl die Situation nicht wie in Bulgarien oder Ungarn ist und wir nur in den 1990ern einige Pogrome in Dörfern in Transylvanien hatten, ist die Bedrohung dennoch vorhanden. In Rumänien gibt es keine extreme Rechte wie Jobbik in Ungarn oder die Goldene Morgenröte in Griechenland. Ich denke, diese Bewegungen entstehen, um gegen Linke oder antifaschistische, antirassistische, anarchistische Bewegungen oder Flüchtlinge vorzugehen. Für eine militante, paramilitärische extreme Rechte scheint es in Rumänien gerade keinen Grund zu geben. Weil hier wenige Migrant_innen leben und diese fast unsichtbar sind, stellen sie kein ‚Problem' dar. Höchstens die Repression gegen Roma-Gemeinden. Da jedoch der Großteil der Gesellschaft rassistisch und antikommunistisch ist, treffen Staat und Kapital auf Zustimmung der Bevölkerung.

Wie stellt sich der historische Diskurs um Ion Antonescu in der extremen Rechten, der Gesellschaft, den Medien und der Politik dar?

Der Großteil der ethnischen Nationalisten und sogar Lehrer und Universitätsdozenten, besonders an der Fakultät für Geschichte der Universität Bukarest, sympathisieren mit Antonescu. Nicht deshalb, weil er Faschist und Antisemit war. Nein, die meisten Rumänen sehen in ihm einen Kämpfer gegen den Kommunismus und Kommunismus wird als eines der schlimmsten Dinge angesehen. Diese Sichtweise wurde durch die Propaganda der 90er Jahre begünstigt, die jeden linken, alternativen Diskurs kriminalisierte und dem Ceaușescu-Regime[5], welches es versäumte, ein fortschrittliches politisches Bewusstsein zu fördern.

Es gab nie eine Gegenbewegung zum Personenkult um Antonescu. Der Holocaust gegen Roma und Juden wird in den Geschichtsbüchern wenig thematisiert. Stattdessen wird sein Kampf gegen die Russen dargestellt, der ihn zu einem Patrioten macht, weil er rumänisches Territorium zurückerobert hat. Deshalb wurde er in den Jahren 2005 und 2006 bei einer Umfrage zum größten Rumänen der Geschichte auf Platz eins gewählt.



Protest gegen die Räumung einer Roma-Siedlung in Bukarest: „Häuser für alle, egal welcher Ethnie!"

Im Gegensatz zu „Bessarabia e Romania" und Nuoa Dreaptă, die Antonescu als Kämpfer gegen Russland vereinnahmen, beziehen sich die rechten Parteien nicht sehr stark auf ihn. Einzig der letzte rumänische Präsident Traian Băsescu bezog sich positiv auf ihn. Was die extreme Rechte Antonescu jedoch vorwirft, ist, dass er Rumänien zu einer politisch und ökonomisch verfügbaren Kolonie von Hitler gemacht habe, welche die Drecksarbeit erledigen durfte, und nicht zu einem echten Alliierten.

Wie sieht es mit Gegenaktivitäten gegen die extreme Rechte und nationalistische und diskriminierende Tendenzen in der Gesellschaft aus?

Die antifaschistische Bewegung in Bukarest ist weniger mit Neonazi-Attacken oder direkten Auseinandersetzungen auf den Straßen konfrontiert und so können wir uns mehr sozialen Themen widmen. Wir wirken also mehr dem staatlichen rassistischen Diskurs entgegen als dem der extremen Rechten. Wir veranstalten vor allem Festivals und Konzerte, beteiligen uns an Aktionen gegen Zwangsräumungen und fordern Grundrechte für Roma ein. Aktionen gegen die extreme Rechte begannen in den 2000ern mit NGO's, die sich gegen Antidiskriminierung und Menschenrechtsverletzungen engagierten. Sie kritisierten den Diskurs der extremen Rechten und forderten gesetzliche Sanktionen dagegen. Wir, aus einem eher subkulturellen Hintergrund kommend, haben mit den NGO's vor sieben, acht Jahren ein Bündnis gegründet, um antirassistische Proteste und Kampagnen in Bukarest zu organisieren. Als ein Roma in Italien beschuldigt wurde eine Frau vergewaltigt und ermordet zu haben, löste das in Rumänien zwischen 2006 und 2008 einen Skandal aus. Es gab eine breite Kampagne, von einigen Mitgliedern der Regierung bis hin zu extremen Rechten. Der Diskurs zielte darauf ab, Roma aus dem rumänischen ‚Nationalkörper' zu entfernen. Sie wollten sie tatsächlich irgendwo hinschicken. Wir haben eine große antirassistische Demonstration in Bukarest organisiert, um dem entgegen zu treten. Diese wurde sowohl von Antifaschist_innen organisiert als auch von Bürgerrechtsorganisationen. Viele Gruppen waren auf der Straße: Liberale, große NGO's, Medien- und Frauenrechtsaktivist_innen. Seitdem organisieren wir jedes Jahr antirassistische Demonstrationen und es ist eine linke antirassistische Bewegung entstanden. Der sozialistische oder anarchistische Teil in Bukarest umfasst ca. 20 bis 30 Leute. Wenn wir über antirassistische Solidarität reden — zum Beispiel nach rassistischen Übergriffen oder faschistischen Kundgebungen — gibt es ein breiteres Bündnis dagegen. Es handelt sich jedoch eher um eine spontane Allianz, die sich in der Öffentlichkeit gegen Antidiskriminierung wendet. Eine langfristige, organisierte Arbeit gegen faschistische Geschichtsschreibung und Diskurse passiert leider nur sehr wenig.

Im Bereich der ‚Propaganda' haben wir unsere Freunde der Zeitung GAP (Gazeta Arta politica)[6]. Darin werden besonders die historischen Wurzeln des Faschismus und Möglichkeiten von gegenwärtigen Gegenaktionen analysiert. Aber als linke, soziale Bewegung ist Antifaschismus fast nicht existent. In bestimmten Bereichen der Antidiskriminierungsarbeit können wir auf Liberale und NGO's zählen. Man kann das bei Räumungen von extrem armen Roma sehen. Zum Beispiel im Sommer 2014 konnten wir viele solidarische Menschen gegen die Räumungen mobilisieren und außerdem gegen den Diskurs in den Medien vorgehen, dass es sich um 100 arme und kriminelle Roma-Besetzer handele, von denen die Nachbarschaft ‚bereinigt' werden solle.

Das ist rassistische Praxis. Die Gründe, warum tausende arme rumänische Roma emigrieren müssen, nämlich weil sie keine Arbeit und keine Möglichkeit finden, ihre Kinder groß zu ziehen, sind rassistische Diskriminierungen, die auch sehr stark in den öffentlichen Einrichtungen verankert sind. Gemeinden weigern sich zum Beispiel, Sozialwohnungen für Roma zu schaffen. Armut wird sehr stark auf die ethnische Herkunft zurückgeführt. Dagegen müssen wir vorgehen. Unsere Kämpfe sind eng mit Themen der sozialen Gerechtigkeit verbunden. Was wir in Bukarest wirklich vermissen sind breite soziale Kämpfe. Viele Leute sind sehr zurückhaltend gegenüber radikalen, linken Ideen. Sozialismus und Anarchismus werden immer noch als Terror-Ideologien kriminalisiert. Auf der Ebene der ‚Propaganda' muss viel getan werden. Es geht nicht nur um Antifaschismus und ‚Anti-Nazi' sondern auch um die Rückgewinnung linker Ideen. Das ist auch das, was wir versuchen mit CLACA zu machen.

Danke für das Gespräch und viel Erfolg!

1 Das Projekt CLACA in Bukarest ist ein unabhängiges Zentrum für gemeinschaftliche Aktivitäten, politische Organisation, Debatte und kritische Bildung, mit alternativer Bibliothek und Raum für Veranstaltungen. https://centrulclaca.wordpress.com **2** „Eiserne Garde", „Legionärsbewegung" (Mișcarea Legionară) oder auch „Legion des Erzengel Michael" war von 1927 bis 1941 die größte (klerikal-) faschistische und antisemitische Bewegung bzw. Partei im Königreich Rumänien. Auch heute beziehen sich extrem rechte Gruppierungen auf diese historischen Vorbilder („(Neo-)Legionäre"). **3** Ion Victor Antonescu war während des Zweiten Weltkriegs von 1940 bis 1944 Diktator des Königreiches Rumänien. Im Bündnis mit der faschistischen Legionärsbewegung errichtete er das Regime des „Nationallegionaren Staates", nach der Ausschaltung der Legionäre eine reine Militärdiktatur. Verbündet mit NS-Deutschland fielen unter seiner Regierung hunderttausende Juden von der rumänischen Armee verübten Massakern und ethnischen Säuberungen zum Opfer, rund 25.000 Roma wurden deportiert. **4** Die im September 1999 gegründete militante Organisation Noua Dreaptă, (Neue Rechte) steht in offener Nachfolge zur Eisernen Garde. Sie rekrutiert sich überwiegend aus Studenten, begreift sich als christlich, und agiert vor allem homophob und antiziganistisch. Sie unterhält Beziehungen zur NPD und ist Mitglied der Europäischen Nationalen Front (ENF). **5** Nicolae Ceaușescu, von 1965 bis 1989 Staatsoberhaupt der Sozialistischen Republik Rumänien. **6** Gazeta Arta Politika: http://artapolitica.ro/?lang=en

FRANKREICH

Front National — eine Partei im Konflikt mit ihrem Gründer

BERNARD SCHMID

Der große Clash blieb schlussendlich aus. Noch kurz vor Mittag am zweiten Tag der „Sommeruniversität" des französischen Front National (FN), die am 5. und 6. September 2015 in Marseille stattfand, sah es aus, als könne es alsbald „scheppern". Einige dem früheren Parteivorsitzenden Jean-Marie Le Pen, der von der Partei am 20. August ausgeschlossen worden war, treu gebliebene Anhänger kündigten gegenüber der Medienöffentlichkeit an, sie würden den gewaltsamen Durchbruch auf das Gelände starten, falls der Alte nur dazu aufrufe. Im Vorfeld war Jean-Marie Le Pen, weil formal nicht mehr Parteimitglied, bei der Veranstaltung in der Mittelmeerstadt zur unerwünschten Person erklärt worden. Doch am 5. September 2015, parallel zur Eröffnung der Zusammenkunft seiner Ex-Parteifreunde, trommelte Jean-Marie Le Pen unweit vom Tagungsort seine eigenen Getreuen in einem Restaurant zusammen.

Deswegen war sogar der paramilitärische, offizielle Ordnerdienst der Partei — das DPS (Département Protection — Sécurité, also „Abteilung Schutz und Sicherheit") seiner Aufgaben entbunden worden, zugunsten einer privaten Securityfirma, die freilich durch den seit seinen Studententagen bekannten extremen Rechten Frédéric Chatillon geleitet wird. War doch der parteieigene Ordnerdienst jahrelang auf den alten Boss der französischen extremen Rechten eingeschworen worden, also Jean-Marie Le Pen, der den FN von seiner Gründung im Oktober 1972 bis im Januar 2011 geleitet hatte. Danach hatte er den Parteivorsitz an seine heute 47-jährige Tochter Marine Le Pen abgegeben, glaubte jedoch, aus den Kulissen heraus nach wie vor die politische Kontrolle behalten zu können. Worin er sich, auf Dauer jedenfalls, getäuscht hatte.



Marine Le Pen bei einer 1. Mai Kundgebung der FN.

Auch wenn „JMLP", wie Freund & Feind ihn allgemein nennen, nun auf den Versuch eines mit körperlicher Gewalt durchgesetzten Eindringens verzichtet hat: Er wird nicht klein beigeben. In Marseille kündigte er die Gründung einer eigenen politischen Formation unter dem Titel „Rassemblement Bleu-blanc-rouge" („Blau-weiß-rote Sammlung", benannt nach den Nationalfarben der Trikolore) an, die jedoch innerhalb des FN parteiintern agieren können soll — die amtierende Parteiführung reagierte eher ablehnend als mit Begeisterung auf diese Vorstellung. Darüber hinaus will der inzwischen 87-jährige nicht nur politisch und kampagnenmäßig, sondern auch juristisch gegen seinen Parteiausschluss vorgehen. Bereits einmal hat er sich erfolgreich wieder in die Reihen der von ihm mit gegründeten „Bewegung" hineingeklagt. Am 4. Mai 2015 war er von seinen Mitgliedsrechten „suspendiert", also mit einem vorübergehenden Ausschluss belegt worden. Voraus ging der Streit um zwei Interviews mit ihm, die in der ersten und zweiten Aprilwoche erschienen waren. Darin hatte er erneut, wie mehrfach seit 1987, den Holocaust relativiert und so offen wie noch nie den Marschall Pétain, den Chef des mit NS-Deutschland zusammenarbeitenden Kollaborateursregimes von 1940 bis 1944, in Schutz genommen. Der jüngeren Führungsgeneration gilt dies alles als heutzutage kontraproduktiv, man möchte sich lieber auf „zeitgemäße" Agitation gegen Einwanderer und insbesondere gegen eine „muslimische Bedrohung" konzentrieren.

Zugleich plante die Parteiführung, mittels einer Urabstimmung der Parteimitglieder den Posten des „Ehrenvorsitzenden“, der eigens für Jean-Marie Le Pen geschaffen worden war, wieder abzuschaffen. Doch dann funkte die durch „JMLP“ eingeschaltete Justiz dazwischen. Am 2. und 8. Juli sprach sie mehrere erstinstanzliche Entscheidungen zu seinen Gunsten, am 28. Juli erfolgte ihre Bestätigung im Berufungsverfahren. Jean-Marie Le Pen konnte demnach nicht auf Zeit ausgeschlossen werden, da der Zeitraum nicht befristet worden war, und auch der Ehrenvorsitz konnte nicht — wie geplant — auf dem Wege einer Urabstimmung per Brief oder e-Mail abgeschafft werden; stattdessen müsse satzungsgemäß ein Parteitag dafür einberufen werden. Jean-Marie Le Pen triumphierte und fuhr munter mit offenen Attacken gegen die aktuelle Parteispitze fort. Letztere richteten sich in besonders aggressiver Weise gegen den 33-jährigen Vizevorsitzenden Florian Philippot, den er unter anderem aufgrund seiner (inzwischen auch in der Öffentlichkeit bekannten) Homosexualität gezielt angriff. Aber auch Bemühungen seiner Nachfolgerin Marine Le Pen, das Abschwören ihrer Partei vom offenen Antisemitismus demonstrativ zur Schau zu stellen, griff Jean-Marie Le Pen in Presseaussendungen und Videobotschaften systematisch an und auf.

Auch entlang einer anderen Frage sind strategische Konflikte aufgebrochen. Und zwar wurde und wird die wirtschafts- und sozialpolitische Ausrichtung des Front National verstärkt zum Streitgegenstand. Seit 1990 setzte die dominierende Fraktion der extrem rechten Partei verstärkt auf soziale Demagogie. Hauptsächlich in der Erwartung, aufgrund ihrer Prognose „Der Marxismus ist tot“ — vor dem Hintergrund der Krise im Ostblock — die Linke verdrängen und als alleinige „Opposition gegen die herrschende Ordnung“ dastehen zu können. Doch dies hat nicht vollständig funktioniert, und die extreme Rechte schaffte es insbesondere nicht, die Gewerkschaft aus ihrer Rolle zu verdrängen. Marine Le Pen hat diese Orientierung im Diskurs des FN, die bereits vor 25 Jahren begonnen hatte, nur fortgesetzt und verstärkt. Auch wenn bürgerliche Journalisten sich heute oft auf naive Weise darüber erstaunt zeigen, dank Marine Le Pen zeige ihre Partei heute vermeintlich plötzlich auch eine „soziale Sensibilität“.



Jean-Marie Le Pen bei einer 1. Mai Kundgebung der FN.

Seit einigen Monaten ist der FN jedoch genau deswegen scharfen Angriffen ausgesetzt. Die konservativ-wirtschaftsliberale stärkste Oppositionspartei — früher UMP, inzwischen in Les Républicains umbenannt — griff ihn scharf wegen angeblicher „Linkslastigkeit“ seiner Programmatik an. Die wegen rassistischer Ausfälle berüchtigte konservative Abgeordnete Nadine Morano kreidete dem FN im April gar ein „linksradikales Wirtschaftsprogramm“ an. Jean-Marie Le Pen griff und greift ebendiese Kritik auf und schwadroniert heute über einen „Linkskurs“. Andere Kreise in der Partei schlossen sich dem in der Sache an.

Dies zeigt auch Wirkung. So schwächte Marine Le Pen in den letzten Wochen ihre Kritik am Wirtschaftsliberalismus spürbar ab, griff im Juli 2015 vor allem die Steuerbelastung für kleinere und mittlere Unternehmen an und setzte der Staatsintervention Grenzen: Nach wie vor spreche sie sich für einen Staat als „strategischen Wirtschaftsplaner“ — so eine Formulierung aus ihrem Wahlprogramm von 2012 — aus; dieser dürfe jedoch, fügte sie nun hinzu, kein „aufdringlicher“ oder „übergriffiger“ Staat gegenüber der Privatwirtschaft sein. Auch lässt Marine Le Pen in jüngster Zeit durchblicken, ihre Partei könnte für die Verlängerung der gesetzlichen Regelarbeitszeit von (seit dem Jahr 2000) theoretisch 35, auf erneut 39 Stunden wöchentlich eintreten. Damit knüpft sie offen an ein Kampagnenthema an, das in regelmäßigen Abstanden durch alle möglichen wirtschaftsliberalen, konservativen und reaktionären Kreise beschworen wird, die in schrecklichen Tönen und finsteren Farben den „Niedergang Frankreichs“ prophezeien (welcher angeblich aus der „verlotternden Arbeitsmoral“ resultiere, die wiederum aus der 2000 erfolgten Arbeitsverkürzung erwachse). Auch wenn manche Teile des Großkapitals und viele Großunternehmen auf ein Zurück hinter die sozialdemokratische „Arbeitszeitreform“ von 2000 gar nicht scharf sind — denn diese brachte zwar den Lohnabhängigen eine Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit im Jahresmaßstab, aber zugleich eine verstärkte, ja seitdem verallgemeinerte Flexibilisierung der Arbeitszeiten (mit unregelmäßig langen Arbeitswochen, die sich nach den Produktionszyklen oder der Auftragslage der Unternehmen richten können, verschärfter Arbeitshetze durch Verdichtung der Arbeit usw.) Bei vielen Kleinunternehmern und „Mittelständlern“ dagegen bildet die Forderung nach einer Verlängerung der Regelarbeitszeit — zurück hinter die 35-Stunden-Woche — ein zentrales ideologisches Anliegen, das in ihren Augen einen hohen Symbolgehalt aufweist.

•

Abonniert

das Antifaschistische Infoblatt

KONTAKT

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF 8DC1
51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM

Antifaschistisches Infoblatt
28. Jahrgang
Nummer 108 | 3.2015

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. Ulrike Müller
(Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

ABOKONDITIONEN

Preise*

• 5 Ausgaben im Abonnement	17,50 Euro
• 10 Ausgaben im Abonnement	35,00 Euro

Weiterverkauf

• ab 3 Exemplaren je	3,50 Euro
• ab 5 Exemplaren	20% Rabatt
• ab 50 Exemplaren	25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 107



AIB 106

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe [ ]
für 5 ○ 10 ○ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle [ ] Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

[ ]

Datum, Unterschrift

Empfänger_innen

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Rassistische Brandanschläge auf bewohnte und geplante Unterkünfte von Geflüchteten Januar bis August 2015

Brandanschläge 2015
27.06.2015 Lübeck

Brandanschläge 2015
25.08.2015 Nauen

Brandanschläge 2015
24.08.2015 Espelkamp

Brandanschläge 2015
07.08.2015 Duisburg-Hochfeld

Brandanschläge 2015
26.08.2015 Leipzig

Brandanschläge 2015
13.08.2015 Niederstedem

Brandanschläge 2015
21.08.2015 Neustadt/Waldnaab

Brandanschläge 2015
24.08.2015 Weissach im Tal

Brandanschläge 2015
07.05.2015 Wallersdorf

Unterstützt durch Lokaler | Map data © 2015 OpenStreetMap contributors



Ein Projekt des apabiz – antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin

www.rechtesland.de

blog.rechtesland.de twitter.com/rechtesland

Ihr habt Chroniken zu rechten Aktivitäten? Wir bringen Eure Daten auf Rechtes Land. Die Online-Karten könnt ihr bei Euch einbinden.

Kontaktiert uns unter info@rechtesland.de